

ao

aktuelle
ostinformationen



Ukraine in der Zerreißprobe?

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,

im Mittelpunkt dieser Ausgabe der „aktuellen ostinformationen“ stehen die jüngsten Entwicklungen im Ukraine-Konflikt, der trotz enormer diplomatischer Anstrengungen bisher zu keinem friedlichen und alle beteiligten Seiten auch nur annähernd zufriedenstellenden Ende geführt werden konnte.

In weiteren Beiträgen geht es um die Frage nach einer effektiven außerschulischen politischen Bildung mit Jugendlichen (Stefanie Aringhoff) sowie um ein Gedenkstättenprojekt, das den am Ende des Zweiten Weltkriegs durchgeführten Hungermärschen von KZ-Häftlingen im Raum Celle gewidmet ist und das aus der Feder unseres Hustedter Kollegen Björn Allmendinger stammt.

Schließlich setzt sich der Artikel von Elżbieta Mączyńska ganz explizit mit den Dysfunktionen in unseren westlichen Wirtschaftsordnungen auseinander.

Darüber hinaus berichten wir über unseren auch im Jahre 2014 durchgeführten deutsch-tunesischen Jugendaustausch, ein PAD-Seminar mit engagierten Deutschlehrerinnen aus zahlreichen Ländern dieser Welt sowie über ein in Kooperation mit der Stätte der Begegnung durchgeführtes SV-Seminar.

Im Mittelpunkt unseres Erinnerns steht die Gestalt von Tadeusz Mazowiecki, dem ersten frei gewählten Ministerpräsidenten Polens nach 1945, der sich in besonderem Maße um die deutsch-polnische Aussöhnung verdient gemacht hat. Ihm widmet Theo Mechtenberg einen einfühlsamen, rückschauenden Essay.

Außerdem veröffentlichen wir – wie gewohnt – eine Dokumentation und zahlreiche Rezensionen, die in erster Linie den historisch-politischen Entwicklungen in unseren ostmittel- und südosteuropäischen Nachbarländern gewidmet sind.

Zbigniew Wilkiewicz

Inhalt

Beiträge

<i>Zbigniew Wilkiewicz</i> Russland, die Ukraine und die EU	4
<i>Stefanie Aringhoff</i> Außerschulische politische Jugendbildung.....	21
<i>Björn Allmendinger</i> Die Todesmärsche 1944/45	31
<i>Elżbieta Mączyńska</i> Dysfunktion sozial-ökonomischer Systeme	39

Berichte

<i>Anke Ralle</i> Deutsch-tunesischer Jugendaustausch 2014	57
<i>Navina Engelage</i> Schule mitgestalten – Eigeninitiative fördern	66
<i>Nataliya Aleksova</i> Erfahrungsbericht zum PAD-Seminar	68

Rezensionen

<i>Miklós Bánffy: In Stücke gerissen</i>	71
<i>Andrej Kurkow: Jimi Hendrix live in Lemberg</i>	73
<i>Varujan Vosganian: Buch des Flüsterns</i>	74
<i>Steffen Huber: Polnische Sozialphilosophie</i>	75
<i>Mark Blyth: Wie Europa sich kaputtspart.....</i>	80
<i>Konrad Schuller: Ukraine. Chronik einer Revolution.....</i>	84

Erinnern

<i>Theo Mechtenberg</i> Tadeusz Mazowiecki in Memoriam (1927-2013)	87
<i>Anna Goc</i> Begegnung mit dem Doktor	94

Beiträge

*Zbigniew Wilkiewicz***Russland, die Ukraine und die EU. Von der Scheinpartnerschaft zur Gegnerschaft?****Einleitung**

Der im politischen Raum benutzte Begriff der Partnerschaft setzt bekanntlich ein großes Maß an Vertrauen voraus. Er meint nicht nur einen erfolgreichen Abgleich wirtschaftlicher und (sicherheits-) politischer Interessen, sondern basiert auf einem gemeinsamen durch Verträge und ein gemeinsames Wertesystem garantierten Planen, Argumentieren und Handeln. Besonders die letzten beiden Jahre haben im Hinblick auf das Verhältnis zwischen der EU, der Ukraine und der Russischen Föderation (RF) deutlich gemacht, dass nicht nur das Vertrauen zwischen diesen Partnern verloren gegangen ist, sondern dass es ganz offensichtlich auch kein gemeinsames, tragbares Wertesystems gibt, das die Eliten und Gesellschaften dieser politischen Entitäten miteinander teilen. Der pluralistischen, demokratisch geführten EU, einem supranationalen Gebilde, das bisher die größten Probleme hatte, auch im bestehenden Ukraine Konflikt eine einheitliche Sprache zu sprechen, steht eine zentralistische, autoritär geführte RF gegenüber, deren politische Eliten offen hegemoniale geopolitische Ziele formulieren und bereit sind, sie auch mit völkerrechtswidrigen und militärischen Mitteln durchzusetzen. Die Opposition in der RF wurde durch die repressiven Maßnahmen des Staatsapparats, durch massive Propaganda und die für die Masse der Russen offensichtlich populären Schachzüge ihres Präsidenten erfolgreich mundtot gemacht.¹ Dies gilt auch für Angehörige der russischen Intelligenz und Zivilgesellschaft, die im Falle einer regimekritischen Haltung von der Propaganda sehr schnell dem feindlichen Lager der „Nationalverräter“ „ausländischen Agenten“ zugeordnet oder schlicht als „Fünfte Kolonne“ bezeichnet werden.² Der spektakuläre, weiterhin unaufgeklärte Mord an dem Regimekritiker Boris Nemzow, stellt – so betrachtet – nur die Spitze eines monströsen Eisbergs dar.³ Dazwischen liegt eine in ihrer staatlichen Existenz massiv bedrohte Ukraine, die bislang – in einem weitgehend schein-demokratischen System befangen – von wenigen Oligarchen beherrscht wurde,

¹ Stefan Scholl: Memorial droht die Schließung. Die wichtigste russische Bürgerinitiative gerät immer mehr unter staatlichen Druck. Heute Urteil über Auflösung. In: FR, 28.01.2015, S. 8-9

² Anna Schor-Tschudnowskaja: Eine Wanne voller Blut jeden Abend. Der Schock über Putins unerklärten Krieg gegen die Ukraine sitzt bei den russischen Intellektuellen tief. In: NZZ, 02.02.2015, S. 23

³ Friedrich Schmidt: Keine Worte. Zehntausende Moskauer trauern bei einem Gedenkmarsch um Boris Nemzow. Viele glauben, dass er wegen seines Kampfes für Frieden in der Ukraine sterben musste. In: FAZ, 02.03.2015, S.3; ders.: Ein Rebell mit Sex-Appeal. Boris Nemzow war Musterschüler, Gouverneur, Putin-Kritiker – und in den Augen der Nationalisten ein Verräter. Ebenda; ders.: Nach Nemzow-Mord: Was haben die Kameras des Kreml aufgezeichnet? Begleiterin des Ermordeten berichtet über Tathergang/ Beisetzung heute in Moskau. In: FAZ, 03.03.2015, S.1; Stefan Scholl: Merkwürdige Zufälligkeiten. Im Moskauer Mordfall an Kreml-Kritiker Nemzow terten die Ermittler auf der Stelle. In: FR, 03.03.2015, S.7; Boy: Zum Abschied ein Versprechen. Weggefährten und zahlreiche Botschafter erweisen dem ermordeten Oppositionspolitiker Nemzow die letzte Ehre. In: FAZ, 04.03.2015, S.5;

die sich das Land und dessen wertvolle Ressourcen zuvor in kleptomanischer Manier angeeignet hatten.

Nach dem Euromaidan und dem erfolgten Führungswechsel sowie der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine hofft man im Westen nun, dass es in dem kriegs- und krisenerschütterten Land zumindest langfristig betrachtet zu ernsthaften wirtschaftlichen und politischen Reformen sowie zur Übernahme europäischer Norm- und Wertvorstellungen kommen wird – und somit zum Aufbau einer echten und nicht nur deklarativen Partnerschaft. Hingegen hat die über lange Zeit gepflegte Scheinpartnerschaft zwischen der EU und der RF mittlerweile den Charakter einer Gegnerschaft angenommen, die in die Ära des kalten Krieges zurückzuweisen scheint. Der RF scheint weder im Verhältnis zur Ukraine noch zur EU am Aufbau partnerschaftlicher Beziehungen zu liegen. Zur Ukraine gab es seitens der russischen Akteure bestenfalls ein patriarchalisches Verhältnis, im Grunde genommen wurde sie immer als integraler Bestandteil der RF betrachtet. Die Eliten der RF misstrau(t)en der Außenpolitik und dem Wertesystem des Westens, das sie als heuchlerisch und imperialistisch brandmark(t)en. Dabei sind sie auch gegenwärtig bestrebt, einen Keil zwischen die USA und die EU sowie zwischen einzelne EU-Staaten zu treiben. Aufgrund der Zuspitzung des militärischen Konflikts im Osten und Süden der Ukraine verwandelt sich die einstige Scheinpartnerschaft zwischen der EU und der RF zunehmend in Gegnerschaft.⁴ Drastisch gelitten hat das schon zuvor asymmetrische Verhältnis zwischen der Ukraine und der RF. Die brutale russische Aggression auf der Krim und in der Ostukraine legte den wahren Charakter der Beziehungen zwischen beiden Staaten offen. Das zynische, völkerrechtswidrige militärische Vordringen der RF hat nicht nur für eine spürbare Isolierung des Landes, sondern auch dafür gesorgt, dass der schon zuvor brüchige Mythos von den einträchtigen beiden ostslawischen Brudervölkern vorläufig und wohl auch mittelfristig ausgedient hat. Von einer auf Erpressung und Asymmetrien basierenden gegenseitigen Scheinpartnerschaft hat man sich zu politischer Gegnerschaft und nun auch zu offener Feindschaft hin entwickelt, die mittlerweile in blanken Hass umgeschlagen ist.⁵

Angesichts dieser die Sicherheit Gesamteuropas gefährdenden Entwicklungen und des spürbaren wirtschaftlichen Niedergangs in der Ukraine und in der RF steht die EU, die selbst noch immer an einer keineswegs überstandenen Wirtschaftskrise laboriert, vor gewaltigen Herausforderungen, die sie nur dann meistern kann, wenn sie mit einer Stimme spricht, Einigkeit zeigt und unverbrüchlich am transatlantischen Bündnis festhält.

⁴ Zbigniew Wilkiewicz: EU und russisch-ukrainischer Konflikt. Die Legende von der Partnerschaft. In: aktuelle ostinformationen, 1-2, 2014, S. 8-20, S. 20

⁵ Bernhard Clasen: Leichen auf den Straßen. Rund eine Million Menschen sind vor den Gefechten im Osten der Ukraine geflohen. Dagebliebene berichten aus den Städten des Kriegsgebiets. In: TAZ, 09.02.2015, S. 2; ders.: Wer die Heimat nicht liebt. Ukrainische Reservisten sollen an die Front. Wer dagegen protestiert, muss mit Festnahme rechnen. Einem Journalisten droht eine mehrjährige Haft, weil er zur Dienstverweigerung aufrief. Ebenda

Russland: Wirtschaftskrise, Autokratie, Kollektivismus und Expansion

Aufgrund des Verfalls des Erdöl- und Erdgaspreises sowie grundlegender struktureller Probleme befindet sich die russische Wirtschaft nicht nur seit dem Ukraine-Konflikt in einer anhaltenden Wirtschaftskrise. Die relativ spät und stufenweise eingeleiteten Sanktionen des Westens spielen in diesem Zusammenhang nur eine sekundäre Rolle. Bis Dezember 2014 rutschte die RF demzufolge immer tiefer in die Wirtschaftskrise. Wiederholt hob die russische Notenbank den Leitzins, um den Verfall der Währung aufzuhalten. Angesichts dieser Zinserhöhung ist davon auszugehen, dass in nächster Zeit zahlreiche kleine und mittlere Unternehmen in die Insolvenz abgleiten werden, und sich sicherlich auch die Arbeitslosenrate erhöhen wird.

Im ganzen Land beobachtet(e) man angesichts anziehender Lebensmittelpreise Hamsterkäufe: so stieg der Preis für Buchweizen beispielsweise um 80 Prozent. Importe im Maschinenbau sind von November 2013 bis November 2014 um 15 Prozent geschrumpft, bei Textilien und Schuhen sind es 26 Prozent. Hinter der Inflation und dem Absturz der Wirtschaft steht ein Mix aus fallendem Ölpreis, strukturellen Problemen und Sanktionen, Faktoren, die sich auch im Jahr 2015 weiterhin verstärken. Ökonomen halten deshalb für 2015 einen Absturz des BIP bis zu 6 Prozent für möglich. Angesichts dieser alles andere als rosigen zu bewertenden Aussichten bleibt die Kritik an Staatspräsident Putin in der RF aber weiterhin verhalten. Im Gegenteil, er wird weiterhin von einem sehr hohen Grad an Zustimmung getragen⁶

Entsprechend optimistisch äußerte sich der Kreml-Chef auf seiner zehnten Jahreskonferenz am 18. Dezember 2014, bei der er die Botschaft verkündete, dass alles im Lot sei und dass die russländische Gesellschaft und Nation nichts zu befürchten habe. So reagierte Putin auf die Frage, ob er angesichts der Wirtschaftskrise nicht fürchte, die Unterstützung der Eliten zu verlieren, was eine Palastrevolution hervorrufen könnte, mit Humor, indem er hervorhob, dass es angesichts des Mangels an Palästen auch keine Palastrevolution geben könne. Der Kreml-Herr fuhr fort: Trotz der Krise habe die russische Wirtschaft zugelegt, allerdings sei der fallende Rubelkurs auf den fallenden Ölpreis zurückzuführen. Auf die Folgen der westlichen Sanktionen ging er nur am Rande ein. Insgesamt prognostizierte er, dass die RF die Krise in spätestens zwei Jahren überwinden werde.

Für den Konflikt mit der Ukraine machte er einzig und allein den Westen verantwortlich, der Russlands „Unabhängigkeit und das Recht auf Existenz“ bedrohe. Russland hingegen schütze nur seine nationalen Interessen und greife niemanden an. Ferner verglich er das Streben mehrerer, einst sowjetischer Staaten in die Nato mit der Errichtung einer neuen Berliner Mauer. Damit hielt er an seiner frappierenden Auslegung des Konflikts fest, dass sich die RF nichts zu Schulden kommen lasse,

⁶ Klaus-Helge Donath: Schnell noch etwas kaufen. Das Geld verliert an Wert, Wirtschaft stürzt ab. Dahinter steht ein böser Mix: Fallender Ölpreis, strukturelle Probleme und Sanktionen verstärken sich. Regierung kämpft um Stabilität der Währung. In: TAZ, 19.12.2014, S. 6;

vorbildlich agiere und die westlichen Partner die ganze Verantwortung tragen.⁷ Russland verteidige nur seine Interessen und seine blanke Existenz vor einem aggressiven Westen, der dem russischen Bären ans Fell wolle.⁸ Diese aus westlicher Sicht paradox anmutende Interpretation des Konflikts, die offensichtlich auf einer enormen Ladung unbewiesener Propaganda und lange gehegter Ressentiments beruht, bedarf einer Erklärung, zumal sie ganz offensichtlich von einem Großteil der russischen Gesellschaft geteilt wird. In diesem Zusammenhang scheint die These, dass Putin mit dieser Sicht der Dinge die russische Sehnsucht nach dem Kollektiv bediene, durchaus plausibel, trägt aber zur Zementierung feststehender, sehr alter Eigen- und Fremdstereotype bei: Die Sowjetmacht habe das Prinzip der Gemeinschaft und des kollektiven Schaffens, das in der russischen Tradition und Lebensweise schon zuvor über Jahrhunderte funktionierte und von der orthodoxen Kirche unterstützt wurde, lediglich weiter entwickelt. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion seien die meisten Menschen mit den neuen Werten des Individualismus und der individuellen Freiheit nicht zurechtgekommen. Zumal man es nicht gewöhnt war, eigene Entscheidungen zu treffen und Opposition als (unzulässige) Abweichung interpretierte: In den Augen der meisten Russen seien zivilgesellschaftliche Aktivisten, die die russische Regierung – die das große Ganze symbolisiert – kritisieren, nichts als Taugenichtse. Stabilität und Sicherheit seien den meisten Russen weitaus wichtiger als das Recht auf Eheschließung homosexueller Paare. Deshalb habe die westliche Gesellschaft zu verstehen, dass der Kollektivismus bis heute die Basis der russischen Mentalität sei: Jeder möchte Teil einer starken Gemeinschaft sein. Putin nutze dieses Streben für sich und biete den Menschen die Rückkehr aus der gesellschaftlichen Isolierung. Die Verehrung der Machthabenden und der Kollektivismus sei durchaus nichts Künstliches, von außen Eingebrachtes oder Erzwungenes, vielmehr gehöre sie unabdingbar zur russischen Mentalität.⁹ Allerdings – so die konträre Position – betreibe die russische Führung, die zusehends autoritärer und repressiver agiert, der eigenen Gesellschaft gegenüber ein gefährliches Spiel, da sie weder zu notwendigen wirtschaftlichen noch gesellschaftlichen Reformen bereit ist, was dafür sorgt, dass sich die innere Krise weiter zuspitzt. Dies könnte zukünftig dazu führen, dass die hohen Popularitätswerte Putins drastisch abnehmen und es trotz zunehmender staatlicher Repression gegen die Opposition zum Wiederaufflammen zivilgesellschaftlicher Proteste kommt.¹⁰

⁷ ders.: „Wir haben hier keine Paläste“. Der russische Präsident schaut gelassen in die Zukunft: In spätestens zwei Jahren werde das Land die Krise überwunden haben. Ebenda

⁸ Friedrich Schmidt: Zauberer eigener Art. Wladimir Putin hat bei seinem jährlichen Stelldichein mit der Presse dem Westen die Schuld an der Krise gegeben. Der russische Bär verteidige nur seine Taiga. In: FAZ, 19.12.2014, S. 4

⁹ Stanko, Andrei: Ich, das Volk. In: TAZ, 09./10.08.2014, S. 19; Inna Hartwich: Der russische Mythos. Zwischen Leid und Hoffnung: Weil den Russen für das Unfassbare ihrer Geschichte und Kultur die Worte fehlen, flüchten sie sich in ein Konstrukt. Eine kleine Erkundung der rätselhaften „russischen Seele“. In: FR, 24.03.2015, S.20-21; Klaus-Helge Donath: Man kommt sich verdächtig vor. Die Krim-Annexion hat in der russischen Gesellschaft Spuren hinterlassen. Ein Gespräch mit der Autorin Alissa Ganijewa über die Anti-Maidan-Bewegung, Denunzianten und Freunde, die in den Krieg ziehen. In: TAZ, 23.03.2015, S.13

¹⁰ Grzegorz Gromadzki: Niebezpieczna gra. Władza wobec społeczeństwa w Rosji 2014. In: pl.boell.org/pl/2014/07/02/niebezpieczna-gra-wladza-wobec-spoleczenstwa-w-rosji-2014, 02.02.2015

Dass sich Putin in seinen öffentlichen Auftritten nicht selten der Thesen und Theoreme extrem konservativer russischer Denker und Religionsphilosophen wie Nikolaj Berdjajew (1874-1948), Iwan Iljin (1883-1954) und Wladimir Solowjow (1853-1900) bedient, die den allgemeinen, besonders aber den westlichen Werteverfall und die besondere Mission des russischen Volkes und der Orthodoxie hervorhoben, ist propagandistisch betrachtet konsequent, wenn auch geradezu absurd, vergegenwärtigt man sich, dass die heute von einem ehemaligen sowjetischen KGB-Agenten als Pioniere eines russischen Weges gefeierten Philosophen zum Teil zu den Passagieren des sog. „Philosophenschiffs“ gehörten, mit dessen Hilfe sich die Sowjetmacht im Jahre 1922 der geistigen Blüte der Nation entledigte.¹¹ Dass der russische Staatspräsident dabei seine ostentative Religiosität im Rahmen einer massiven Unterstützung der russischen Orthodoxie publikumswirksam zur Schau trägt, entspricht dabei durchaus dem auf zaristische Vorbilder zurückgehenden Kalkül – und wird von den orthodoxen Kirchenhierarchen und einem großen Teil der russländischen Gesellschaft wohlwollend aufgenommen.¹² Dazu passte dann auch, dass Putin in seiner Rede an die Nation am 04.12.2014 der Krim eine sakrale Bedeutung für die Russen zusprach, vergleichbar mit dem Tempelberg in Jerusalem für Muslime und Juden. Auf der Krim – so seine historisch kaum haltbare These – befände sich die Quelle der vielfältigen, doch einheitlichen russischen Nation und des zentralisierten russischen States.¹³ Hierzu passt ebenfalls der mit einigem Aufwand gedrehte und Mitte März 2015 im russischen Fernsehen ausgestrahlte Dokumentarfilm „Die Krim – der Weg ins Vaterland“, in dem gegenüber dem Westen die entschiedene Kampfbereitschaft Putins betont und die ukrainische Regierung in Kiew dämonisiert wird.¹⁴

Die extrem nationalistische, auf die Wiedererrichtung des großrussischen Imperiums abhebende Diktion des russischen Staatspräsidenten geht nachweislich auch auf die Politikberatung des promovierten Philosophen und Politikwissenschaftlers Alexander Dugin zurück, der nicht nur offizieller Berater des Duma-Vorsitzenden Sergej Naryschkin ist, sondern auch als geheimer Favorit Putins gilt. Dugin, der in den 1990er Jahren noch dem Nationalsozialismus und Faschismus zuneigte und bei der reaktionären „Pamjat“ aktiv war, wirft heute dem Westen vor, faschistisch und totalitär zu sein, da er die eigenen Werte wie Demokratie, Menschenrechte, Individualismus und Marktwirtschaft für universal erkläre und anderen Gesellschaften aufdrängen wolle. In diesem Kontext fordert Dugin, dass der Westen seine Werteordnung als nur lokale Größe verstehen sollte. Er ist eng mit der europaskeptischen europäischen Rechten vernetzt, verachtet als konservativer Revolutionär die Masse und versteht sich ganz

¹¹ Luisa Maria Schulz: Putins Flüsterer. Der russische Präsident wird philosophisch. In: FAZ, 28.05.2014, S. 13

¹² Adam Szostkiewicz: Krzyż Putina. In: Polityka, 18.04.-06.05.2014, S. 46-47; deutsche Übersetzung: Das Kruzifix Putins. In: aktuelle ostinformationen, 3-4 (2014), S. 66-70

¹³ Reinhard Vesper: Die Erfindung des Tempelberges. Wladimir Putin, Fürst Wladimir der Heilige und die Sakralisierung der Gewalt. In: FAZ, 30.12.2014, S. 8

¹⁴ Reinhard Vesper: Zum Kampf bereit. Die politische Botschaft des Dokumentarfilms „Die Krim – der Weg ins Vaterland“. In: FAZ, 17.03.2015, S.8

offensichtlich als Missionar der eurasischen Bewegung.¹⁵ Diese ideologische Begründung der eurasischen Ausrichtung der RF, die sich aus der Gegnerschaft zu den USA und der EU als supranationalem Gebilde speist, dient in einer Situation, in der die RF außenpolitisch weitgehend isoliert ist, auch der Suche nach weiteren politischen Verbündeten in Europa. Dabei ist zu beachten, dass die eurasischen Partner der RF, Weißrussland und Kasachstan, aufgrund der Wirtschaftskrise in Russland und des Konflikts mit der Ukraine – mit einer entsprechenden Instrumentalisierung der dortigen russischen bzw. russischsprachigen Minderheit – befürchten müssen, ebenfalls zu Objekten der „Russischen Welt“ (Russkij Mir) zu werden. Bei der Konzeption der „Russischen Welt“ handelt es sich bekanntlich um ein Konglomerat verschiedener Strömungen des antiwestlichen, antiliberalen und neoimperialen russischen Nationalismus, bei dem die Ukraine einen geopolitischen Kernbestandteil darstellt. Grundlagen dieser Ideologie sind die Vorstellung von der „Heiligen Rus“, die mit ihr verbundene ethno-kulturelle Gemeinschaft der ostslawischen Völker der Russen, Ukrainer und Belorussen, die Russische Orthodoxe Kirche, die russische Sprachkultur und der nicht hinterfragte Mythos vom gemeinsamen Sieg über den Faschismus im Großen Vaterländischen Krieg.¹⁶ Auf der aktuellen politischen Ebene ist im Kontext des Ukraine Konflikts deutlich geworden, dass sich die RF sehr stark mit den extrem rechten, nationalistischen und EU-skeptischen europäischen Strömungen und Parteien solidarisiert, sie sogar – wie im Fall des Front Nationale – finanziell unterstützt.¹⁷ Die in den umstrittenen Abstimmungsgebieten auf der Krim und in der Ostukraine zugelassenen europäischen Wahlbeobachter entstammten durchgängig rechtsradikalen Bewegungen und Parteien, die sich angeblich um nationale Identität und abendländische Werte sorgen. In Deutschland gibt es zahlreiche Unterstützer Putins in der AfD und der sog. Pegida, aber auch deutsche Ex-Kanzler und Vertreter der Linken sowie namhafte Vertreter der Wirtschaft brachten viel Verständnis für die Sicherheitsinteressen der RF auf, weit weniger für die der Ukraine und die der ostmitteleuropäischen Partnerstaaten, wie der renommierte deutsche Historiker Heinrich August Winkler bereits im April 2014 konstatierte.¹⁸ Putin erhält in Europa durchaus auch den Beifall christlicher Fundamentalisten und der amerikanischen Rechten. Auf russischer Seite setzt man deshalb auch auf rechtsextreme Parteien wie die ungarische Jobbik oder die bulgarische Ataka, die ebenso wie die RF die Hegemonie der USA und die supranationalen Strukturen der EU ablehnen und sich für konservative Werte, etwa die Ablehnung der Homosexualität, einsetzen. Nach dem Sieg der Syriza in Griechenland wurden die bereits bestehenden engen Beziehungen zu dem rechtslastigen neuen Außenminister Griechenlands, Nikos Kotzias, der ein erklärter Putin- und Dugin-Bewunderer ist, intensiviert, zumal man sich davon versprechen durfte, dass Griechenland weitere

¹⁵ Kerstin Holm: Auf diesen Mann hört Putin. Alexander Dugin ist ein Abenteurer des Geistes. Im isolierten Russland wächst er zur Kultfigur heran. Er sammelt die europäischen Rechten und gilt als Putins Einflüsterer. Eine Begegnung. In: FAZ, 16.06.2014, S.9

¹⁶ Wilfried Jilge: Die Ukraine aus Sicht des „Russkij Mir“. In: Russland-Analysen, 278,06.06.2014, S.2-5, S.2; Timothy Snyder: Putins Projekt. Die Ukraine hat keine Zukunft ohne Europa. Aber Europa hat auch keine Zukunft ohne die Ukraine. In: FAZ, 14.04.2014, S.6

¹⁷ Timothy Snyder: Die Rechten schließen sich zusammen, Putin führt sie an. In: FAZ, 17.05.2014, S11

¹⁸ Christian Bommarius: Putins rechte Freunde. Heinrich August Winkler über konservative Ideologen. In: FR, 15.04.2014, S.10

Sanktionen der EU gegen die RF nicht befürworten würde.¹⁹ Die Kooperation mit interessierten europäischen Parteien wird seitens der RF konsequent fortgesetzt. So war für den 22. März 2015 in Sankt Petersburg ein „internationales konservatives Forum“ geplant, an dem 1.500 Mitglieder russischer und europäischer nationalistischer Parteien teilnehmen sollten. Alexander Dugin – als Verfechter der Eurasischen Bewegung – war als Gastredner vorgesehen. Aus Europa erwartete man Politiker von Ataka, der italienischen Lega Nord, der deutschen NPD und der Freiheitlichen Partei Österreichs. Sicherlich besteht ein Ziel dieser Aktivitäten darin, einen Keil zwischen die Mitgliedstaaten der EU zu treiben, nicht zuletzt deshalb, weil auch 2015 über eine eventuelle Verlängerung oder gar Verschärfung der gegen die RF verhängten Sanktionen entschieden werden muss, was bei den EU-Staaten aber Einstimmigkeit voraussetzt.²⁰ Inwiefern die Führung Griechenlands tatsächlich in der Lage ist, die russische Karte gegen die EU auszuspielen, erscheint aber fraglich.²¹

Ukraine: Revolution, Oligarchenwechsel und Reformen

Die Frage, wie es wirtschaftlich und politisch in der Ukraine weiter gehen wird, ist offen und brennt allen Beteiligten und Beobachtern des seit November 2013 schwelenden Konflikts, der sich zu einem regelrechten Krieg zwischen der Ukraine und den von der RF unterstützten Separatisten auswuchs, auf den Nägeln. Während ein recht großer Teil der Aktivisten des Euromaidan nach dem Sturz Janukowitschs auf weitere Veränderungen drängte und seine Unzufriedenheit offen manifestierte, weil man sich weit mehr erhofft hatte, gab es auch zahlreiche in- und ausländische Kommentatoren, die skeptisch blieben und davon ausgingen, dass in der Ukraine alles beim Alten bleiben könnte.²² Dies galt zumindest bis zur Ablösung der Übergangsregierung und bis zum Amtsantritt von Petro Poroschenko.

Nach der Annexion der Krim und dem am 16. März eilends einberufenen Referendum, als sich die militärische Situation an der russisch-ukrainischen Grenze gefährlich zuzuspitzen begann, kommentierte der ukrainische Schriftsteller, Musiker und Maidan-Aktivist Serhij Zhadan in seinem Essay „Vier Monate Winter“ die Lage so: „In einigen Regionen übernehmen Oligarchen wichtige Verwaltungsposten. Julia Tymoschenko kehrt in die Politik zurück. Es beginnt die Registrierung der Präsidentschaftskandidaten,

¹⁹ Michael Martens, Friedrich Schmidt: Nach Moskau! Nach Moskau! Der griechische Außenminister hat zweifelhafte Kontakte zum russischen Rechtsradikalismus. Nirgends dürfte Syrizas Sieg mehr Freude hervorgerufen haben als im Kreml. In: FAZ, 29.01.2014, S. 2; Michael Stabenow: Brüsseler Fußnoten. Athens Haltung zu Russland irritiert die EU, ebenda

²⁰ Friedrich Schmidt: Putins neue Freunde. Russland will einen Keil zwischen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union treiben. In: FAZ, 27.12.2014, S. 8; ders.: Des Kremls neue Freunde. In Sankt Petersburg treffen sich europäische Nazis mit russischen Ukrainekämpfern – mit freundlicher Unterstützung Moskaus. In: FAZ, 23.03.2015, S. 6; Klaus-Helge Donath: Des Kremls neue Freunde aus dem Westen. Am „Internationalen Russischen Konservativen Forum“ nahmen rund 300 Vertreter faschistischer, nationalistischer und rechtsextremer Parteien und Gruppierungen teil. Die meisten kommen aus Europa. In: TAZ, 24.03. 2015, S.3; Stefan Scholl: Das neue Reich. In St. Petersburg huldigen Europas Rechtsradikale Russland und verfluchen den Westen. In: FR, 25.03.2015, S.8

²¹ Majid Sattar: Tsipras, Putin und das große Spiel. Besuch in Berlin: Im sechsten Jahr der Griechenland-Rettung hat sich die Welt verändert. Dies ändert auch die EU-Strategie. In: FAZ, 23.03.2015, S.2

²² Jean-Arnault Dérens, Laurent Geslin: Schwergewichte aus Donezk. Die Revolution in der Ukraine ist eher ein Oligarchenwechsel. In: Le Monde diplomatique, April 2014, S. 11

die Wahlen sollen im Mai stattfinden. Es gibt kaum neue Gesichter. In den sozialen Netzwerken wird der Ruf nach einem neuen Maidan laut.²³

Ganz ähnlich äußerte sich der Leiter des Sozialforschungszentrums in Kiew, der Soziologe Wladimir Ischtschenko im April 2014: „Diese Regierung steht für dieselben Werte, wie die vorige: Wirtschaftsliberalismus und persönliche Bereicherung. Nicht alle Aufstände sind Revolutionen. Es ist wenig wahrscheinlich, dass die Maidan-Bewegung zu tiefgreifenden Veränderungen führen wird und deshalb wirklich als Revolution bezeichnet werden kann. Der seriöseste Kandidat bei der Präsidentschaftswahl ist tatsächlich der `Schokoladenkönig` Petro Poroschenko, einer der reichsten Männer des Landes.“²⁴ In der Tat ist nur schwer vorstellbar, dass der sog. ukrainische „Pluralismus der Oligarchen“, der unter Präsident Kutschma eingeführt wurde und dessen Markenzeichen ständige politische Wechsel waren, die den jeweiligen Auseinandersetzungen und den konkurrierenden Interessen der mächtigen Oligarchen folgten, so bald durch demokratischere Formen der Machtteilung ersetzt werden kann. Und sicherlich muss man davon ausgehen, dass die zentralen Forderungen der Maidan-Bewegung – wie soziale Gerechtigkeit, Kampf gegen Korruption und Entmachtung der sich auf Kosten der Gesamtbevölkerung bereichernden Oligarchen – noch lange nicht eingelöst werden.

Bekanntlich wurde die Übergangsregierung in der Ostukraine von mächtigen Oligarchen unterstützt, die sich den separatistischen Angriffen und der russischen Aggression zu widersetzen begannen, zumal sie ihre Wirtschaftsinteressen bedroht sahen. Der Übergangspräsident Alexander Turtschinow verfügte im Frühjahr 2014 gerade einmal über ca. 6.000 Mann in Gefechtsbereitschaft, die er in den abtrünnigen Provinzen der Ostukraine gegen die sog. Separatisten hätte einsetzen können. Diese schwierige, die Sicherheit des Landes gefährdende Situation änderte sich auch nicht durch die vom Parlament in Kiew am 13. März beschlossene Aufstellung einer Nationalgarde, in die auch der politisch umstrittene ultranationalistische Rechte Sektor einbezogen wurde. So war die Regierung im hohen Maße auf die Hilfe der von einigen Oligarchen finanzierten, ausgebildeten und ausgestatteten Verbände angewiesen. Damit wurden ureigene staatliche Funktionen von Oligarchen übernommen und finanziert.

Der Interimspräsident Turtschinow übertrug nach dem Machtwechsel in Kiew dem Milliardär Ihor Kolomojskij die Führung des Gebiets Dnipropetrowsk: einem machtbewussten Oligarchen, der sich in den vergangenen Jahren nicht nur als ein besonders rücksichtsloser Geschäftsmann, sondern auch als großzügiger Mäzen und Wohltäter der jüdischen Gemeinde in Dnipropetrowsk hervorgetan hatte. Wesentlich früher als sein größter Rivale Rinat Achmetow, der den Donbass kontrollierte, hatte sich Kolomojskij für die provisorische Regierung in Kiew ausgesprochen, was wohl darauf zurückzuführen war, dass seine Geschäfte nicht so stark mit der russischen Wirtschaft

²³ Serhij Zhadan: Vier Monate Winter. In: Juri Andruchowytsch (Hg.): Euromaidan. Was in der Ukraine auf dem Spiel steht. Berlin 2014, S.63-79, S. 79

²⁴ Ebenda

verwoben waren wie die anderer ukrainischer Magnaten. Kolomojskij galt als der bei weitem wichtigste „private Sponsor“ jener Freiwilligenbataillone, die die Ukraine vor der russischen Aggression schützen sollten. Ihre Aufgabe bestand darin, gegebenenfalls bewaffnete Separatisten aus dem Donbass daran zu hindern, auch nach Dnipropetrowsk vorzustoßen.²⁵ Seine Haltung änderte sich allerdings, als die Regierung begann, seine Machbasis in den Ölkonzernen „Ukrnafta“ und „Ukrtransnafta“ einzuschränken. Der erboste Oligarch wehrte sich nunmehr nicht nur mit Waffen, sondern auch mit öffentlichen vorgetragenen Kraftausdrücken aus der berühmtesten russischen „Materschtschina“ (Mütterflüche) gegen den ihm drohenden Machtverlust.²⁶ Am 25. März 2015 wurde Kolomojskij von Staatspräsident Poroschenko schließlich als Gouverneur von Dnipropetrowsk abgesetzt, nachdem der ukrainische Geheimdienst SBU aufgedeckt hatte, dass er in seinem Machtkampf mit dem Paten des Donbass, Rinat Achmetow, plante, Betriebe des Rivalen mit Waffengewalt zu besetzen, und sich nicht scheute, in diesem Kontext Kämpfer des „Rechten Sektors“ einzusetzen.²⁷

Nachdem die Führung der sog. „Volksrepublik Donezk“ das von ihr besetzte Territorium am 12. Mai 2014 zu einem „souveränen Staat“ erklärt und Moskau gebeten hatte, einen Beitritt zur Russischen Föderation zu prüfen²⁸, rief der Milliardär und Pate des Donbass, Rinat Achmetov, in einer spektakulären Erklärung, in der er die Separatisten der „Volksrepublik Donezk“ zu „Feinden“ und zu „Völkermördern am Donbass“ erklärte, am 20. Mai 2014 zum Widerstand gegen die Abtrennung des Donbass auf. Zuvor hatte er bereits am 9. Mai in Mariupol, wo es zu Unruhen gekommen war, und wo sich sein größtes Stahlwerk befindet, den Werkschutz zur Unterstützung der Polizei auf die Straße geschickt. Offenbar fürchtete er einen Anschluss an Russland sowie die durch die Unruhen hervorgerufene Beeinträchtigung seiner auf der Stahlindustrie beruhenden Wirtschaftsinteressen²⁹. Bis dahin hatte Achmetov –ähnlich wie der Oligarch Dymtro Firtasch – dem Familienclan Janukowitschs nahe gestanden. Beide werden von der neuen Regierung rechtlich nicht verfolgt und verfügen weiterhin über ihre Seilschaften in den staatlichen Verwaltungs- und Sicherheitsstrukturen.³⁰ Firtasch machte im März 2015 von sich reden, als er sich

²⁵ Konrad Schuller: Der Oligarch des Westens. Der Milliardär Ihor Walerjowitsch Kolomojskij ist in Dnipropetrowsk ein angesehener Mann: großzügig, kulturbeflissen und brutal. In: FAZ, 09.05.2014, S. 3

²⁶ Konrad Schuller: Die Revolution frisst ihre Financiers. Auf Druck des Westens kündigen die Erben des Majdans ihr Bündnis mit den Oligarchen auf. Der Milliardär Kolomojskij wehrt sich mit Waffen und Kraftausdrücken gegen den Machtverlust. In: FAZ, 23.03.2015, S.6; Bernhard Clasen: Wenn das Gesetz des Dschungels nicht gilt. Zwischen dem Oligarchen und Gouverneur von Dnipropetrowsk und dem Präsidenten Petro Poroschenko ist ein offener Machtkampf entbrannt. Die erste Runde geht an Poroschenko. In: TAZ, 23.03.2015, S.10

²⁷ Konrad Schuller: Der gestürzte Oligarch und der Rechte Sektor. Die Akte Kolomojskij. In: FAZ, 26.03.2015, S.5; Stefan Scholl: Eisberg mit böser Zunge. Gouverneur Kolomoiski hat seinen Posten verloren – nicht aber seine Macht. In: FR, 26.03.2015, S.8; Reinhard Vesper: Der Kampf der Oligarchen. Was Putin und Poroschenko gemeinsam haben – und was nicht. In: FAZ, 27.03.2015, S.8; Bernhard Clasen: Trügerische Einheit. Nach dem Rücktritt des Gouverneurs von Dnipropetrowsk, Ihor Kolomojskij, machen alle Beteiligten gut Wetter. Doch die Unzufriedenheit ist nicht zu übersehen. In: TAZ, 30.03.2015, S.11

²⁸ Prorussische Separatisten bitten Moskau um Aufnahme. In: FAZ, 13.05.2014, S. 1,2

²⁹ Konrad Schuller: Der Pate ruft auf zum Widerstand. In: FAZ, 21.05. 2014, S. 2

³⁰ Inna Melnykovska: Die Oligarchen und die Politik in Kriegs- und Krisenzeiten. Wie kann das eherne Gesetz der Oligarchie in der Ukraine gebrochen werden? In: Ukraine-Analysen, 143, 11.12.2014, S. 18; Stephan Löwenstein, Konrad Schuller: Lupenreiner Oligarch. Der ukrainische Milliardär Dymtro Firtasch finanziert das Engagement von Peer Steinbrück und Michael Spindeleger –und hofft auf Vorteile für sich und Russland. In: FAZ, 11.03.2015, S.3

mit mehr oder minder prominenten westlichen Politikern umgab, um mit deren Hilfe die „Agentur zur Modernisierung der Ukraine“, eine Art Marshall-Plan für die Ukraine ins Leben zu rufen. Der unter Korruptionsverdacht stehende Oligarch, der mit diesem Schritt einen Fonds schaffen will, in den auch Moskau einbezogen werden soll, fordert – ähnlich wie der Kreml – eine „Föderalisierung“ der Ukraine.³¹ Das achtköpfige Beratergremium besteht aus polnischen, britischen, französischen und deutschen Politikern und soll innerhalb von 200 Tagen ein Reformprogramm für die Ukraine erarbeiten. Die Agentur operiert parallel zu staatlichen EU-Initiativen und es fehlt ein ukrainischer Elitenkonsens, um die von außen entwickelten Reformvorschläge umzusetzen.³²

Die Kontinuität oligarchischer Macht wurde durch die Wahl Poroschenkos zum Staatspräsidenten am 25. Mai 2014 gewahrt. Er gehört dem Pintschuk-Clan an, der sich seit längerer Zeit für die Aufnahme der Ukraine in die EU und die NATO einsetzt.³³ Zur Wahl Poroschenkos mag beigetragen haben, dass die Maidan-Proteste in seinem eigenem Sender „Kanal 5“ live übertragen wurden und so eine relativ objektive Berichterstattung gewährleistet wurde, die den massiven russischen Propagandafeldzug erfolgreich konterkarierte. Mit seinem Sieg wurde der rivalisierende Achmetow-Clan, der lange Zeit hinter der Partei der Regionen Janukowitschs gestanden hatte, zurückgedrängt. Nach seiner Wahl zum Staatspräsidenten ernannte Poroschenko die Oligarchen Serhej Taruta und Kolomojskij zu Gouverneuren von Donezk bzw. Dnipropetrowsk. Spätestens danach – so die Einschätzung von Klaus Müller – setzte in der Ukraine die politische Ernüchterung ein, da man wahrnahm, dass es zu einem einfachen Austausch von Oligarchen gekommen war.³⁴

Die ursprünglichen Ziele der Maidan-Proteste waren in weite Ferne gerückt, das von Robert Michels bereits 1911 formulierte „Eherne Gesetz der Oligarchie“, dass bei einem revolutionären Umsturz die Oligarchen durch neue Oligarchen ersetzt werden, schien Bestätigung zu finden. Dieses Gesetz könnte nur durch qualitative Änderungen gebrochen werden, dadurch nämlich, dass die Oligarchen – bei Wahrung ihrer Eigeninteressen – sowohl Demokratie als auch Autokratie unterstützen würden.³⁵ Eine solche Entwicklung ist – so Inna Melnykovska – auch in der Ukraine denkbar, indem die Oligarchen die wirtschaftliche Liberalisierung fördern, zum politischen Wettbewerb und damit dazu beitragen, sich selbst in eine traditionelle Wirtschaftslobby zu verwandeln. Hilfreich seien bei diesem Prozess die Verfassungsänderung in Richtung parlamentarisches Regierungssystem, die Dezentralisierungsreform sowie die

³¹ Stephan Löwenstein, Konrad Schuller: Lupenreiner Oligarch. Der ukrainische Milliardär Dmytro Firtasch finanziert das Engagement von Peer Steinbrück und Michael Spindelegger – und hofft auf Vorteile für sich und Russland. In: FAZ, 11.03.2015, S.3

³² Fabian Burkhardt: Externe Einflüsse auf den ukrainischen Reformprozess: Wer bekommt was, wann und wie? In: Ukraine-Analysen, 148, 24.03.2015, S.21-24

³³ Marc Hujer: Der Grenzgänger. Er ist Kunstsammler, Philanthrop und der westlichste aller Oligarchen. Sein Geld verdient Wiktor Pintschuk aber im Osten. Das bringt ihm Konflikte. In: Der Spiegel, 6, 2015, S. 78-82

³⁴ Klaus Müller: Die Clans der Ukraine. Machtverhältnisse in einer Demokratie, die nie existiert hat. In: Le monde diplomatique, Oktober 2014, S. 8-9

³⁵ Melnykovska, S. 19

Einführung des proportionalen Wahlsystems, offene Parteilisten und eine transparente Parteienfinanzierung, die den horizontalen, den vertikalen und den innerparteilichen Wettbewerb stärken und den Wandel der Oligarchie forcieren können.³⁶ Dies heißt im Klartext, dass die immer noch dominierenden Eliten die Axt an die Wurzel ihrer eigenen Dominanz legen müssten, um durch eine wirksame Korruptionsbekämpfung zum Gemeinwohl des ganzen Landes beizutragen.³⁷

Vom Umsturz zu Reformen: Aufgaben für die ukrainische Regierung und die EU

Petro Poroschenko hatte vor seiner Wahl zum Staatspräsidenten angekündigt, dass es bei der Zusammenarbeit in Sachen Korruptionsbekämpfung eine Vereinbarung mit der EU sowie transparente Regeln bei der Parteienfinanzierung geben werde. Ferner stellte er in Aussicht, dass bisherige Nutznießer des alten Systems – wie Firtasch und Achmetow – ihren Einfluss auf die Politik verlieren würden. Ebenso kündigte er an, nach seiner Wahl seine Unternehmen – mit Ausnahme des Privatsenders „Fünfter Kanal“ – zu verkaufen.³⁸ Dies war, gekoppelt an das Regierungsprogramm der aus den Wahlen vom 26. Oktober 2014 hervorgegangenen Koalition aus fünf Parteien (Block Petro Poroschenko, Volksfront, Selbsthilfe, Radikale Partei von Oleh Ljaschko und Vaterland), eine Ankündigung, die zumindest etwas Hoffnung auf grundlegende Veränderungen keimen ließ. Aus dem etwa 70seitigen Koalitionsvertrag lässt sich entnehmen, dass man sich in den Bereichen Nationale Sicherheit und Verteidigung (mit der beabsichtigten Öffnung zur NATO hin), der Verfassungsreform (mit dem Vorhaben, ein Gesetz zur Amtsenthebung des Präsidenten und zur Aufhebung der Immunität von Richtern und Staatsanwälten zu verabschieden), der Änderung des Wahlgesetzes (Listenwahlrecht auf nationaler Ebene), der Wirtschaftsreform (Begrenzung staatlicher Regulierungen und Übernahme der aus dem Assoziierungsabkommen mit der EU resultierenden Verpflichtungen: Privatisierung rentabler Kohlekraftwerke, Streichung der Subventionen für die Kohleförderung bis 2021, Ausbau der Kernenergie bei gleichzeitigem Abbau der Importe von Erdgas, Kohle, Öl bis auf 30 Prozent des jährlichen Gesamtverbrauchs) viel vorgenommen hat.³⁹ Gleichzeitig gilt zu bedenken, dass die Liberalisierung des Arbeitsmarkts erhebliche soziale Verwerfungen hervorrufen wird, zumal keine nennenswerte soziale Flankierung dieses Prozesses vorgesehen ist, da die Staats- und Sozialausgaben des Landes hoch sind und zukünftig zurückgeführt werden müssen, ohne durch eine ultraliberale Schocktherapie mittelfristig die aus anderen Transformationsprozessen wohlbekannte Systemnostalgie zu bewirken.⁴⁰ Hinzu kommt, dass sich der Staat weiterhin im Kriegszustand befindet und unklar bleibt, wie sich die Situation in der Ostukraine entwickelt. Die wirtschaftliche und soziale Situation

³⁶ Melnykovska, S. 18

³⁷ Stephan Meuser: Der „Euromaidan“ – Ein Jahr danach. Bilanz eines ukrainischen Epochenjahres. In: FES Perspektive, <http://www.fes.de/lnk/1f9>, 27.01.2015, S. 5

³⁸ Im Gespräch: Der ukrainische Präsidentschaftskandidat Petro Poroschenko. Der einzige Ausweg sind Wahlen – und nicht Maschinenpistolen. Die Fragen stellt Reinhard Vesper. In: FAZ, 09.05.2014, S. 2

³⁹ Tadeusz A. Olszański: Die wichtigsten Punkte des Koalitionsvertrags. In: Ukraine-Analysen, 143, 11.12.2014, S. 5-9

⁴⁰ Gunter Deuber: Sozialausgaben und Staatshaushalt in der Ukraine. Die Herausforderung der fiskalischen Konsolidierung. In: Ukraine-Analysen, 144, 28.01.2015, S. 2-4, S. 4

in den von den Separatisten gehaltenen Gebieten der Ostukraine ist desolat. Hunderttausende von Menschen sind entweder nach Russland oder in andere Teile der Ukraine geflüchtet. Der Wiederaufbau von zerstörten Wohnhäusern, Verkehrsverbindungen und Industriebetrieben wird erhebliche finanzielle Mittel erfordern, über die die hochverschuldete Ukraine nicht verfügt. Die Ukraine hat durch den Konflikt bis Anfang 2015 schätzungsweise 20 Prozent ihres Volksvermögens verloren, dazu die Krim und 30 Prozent der Gebiete um Donezk und Lugansk. Die Industrieproduktion schrumpfte um zehn, das BIP um sieben Prozent. Trotzdem nahm man mehr Steuern als 2013 ein, da man die Sozialprogramme einfroren und zehn Prozent der Staatsangestellten entließ. Dennoch bleibt die Schuldenlast enorm und man benötigt neue Kredite des IWFs über die bereits zugesagten 17 Milliarden Dollar hinaus. Insofern ist nachvollziehbar, dass die ukrainische Führung bei ihren Auslandsbesuchen immer wieder betont, dass das Land ohne ein enormes Hilfsprogramm des Westens nicht überleben kann.⁴¹ Dies geschieht aber in einer gesamtpolitischen Situation, in der man den Eindruck gewinnen kann, dass der Westen in der Ukraine-Krise versagt und der Osten der Ukraine für die EU so weit entfernt zu sein scheint, wie Syrien oder Afghanistan.⁴² Hinzu kommt, dass die Russische Föderation und die von ihr unterstützten Separatisten ganz offensichtlich an einer weiteren politischen und wirtschaftlichen Destabilisierung des Landes interessiert bleiben. So sollen unter anderen auch die zahlreichen ukrainischen Arbeitsmigranten aus der RF abgeschoben werden, was sicherlich nicht nur der aktuellen russischen Wirtschaftskrise geschuldet ist, sondern auch einen deutlichen politischen Akzent hat. Russland machte keine Anstalten, den Waffenstillstand von Minsk einzuhalten, weder ist die Grenze zur Ukraine dichtgemacht worden, noch wurden die russischen Truppen abgezogen, ganz zu schweigen von der fortgesetzten Lieferung russischer Waffen an die Separatisten.⁴³ Es wird deutlich, dass die RF weiterhin kein substantielles Interesse an neuen Friedensgesprächen hat. Bei westlichen Kommentatoren geht man deshalb davon aus, dass Russland – solange es nur geht – den Konflikt als Hebel zur Destabilisierung der Ukraine nutzen werde.⁴⁴ Dies hat zur Folge, dass die Ukraine erhebliche Anstrengungen unternimmt (Teilmobilisierung im Januar 2015), um ihre Verteidigungsfähigkeit zu erhöhen und ein weiteres Vordringen der Separatisten in der Ostukraine zu verhindern; dies bedeutet auch, dass man an ukrainischen Schulen den patriotischen Geschichtsunterricht und die militärische Früherziehung intensiviert.⁴⁵ Damit folgt man im Grunde genommen russischen/sowjetischen Vorbildern zum Aufbau einer wehrhaften patriotischen Gesellschaft. Nach dem Scheitern des geplanten Gipfeltreffens in Astana (15.01.2015) und dem wenig erfolgreichen Außenministertreffen in Berlin

⁴¹ Im Gespräch: Der ukrainische Ministerpräsident Arsenij Jazeniuk. „Um zu überleben, brauchen wir ein gewaltiges Hilfspaket“. In: FAZ, 09.01.2015, S. 5

⁴² Stefan Scholl: Hungerspiele im Donbass. Der Westen hat in der Ukraine-Krise versagt. In: FR, Weihnachtsausgabe 2014, S. 8

⁴³ afp/dpa: Minimaler Fortschritt. Kiew und die Separatisten in der Ostukraine tauschen jeweils 30 Gefangene aus /Weiter sollen folgen. In: FR, 27./28.12.2014, S. 9

⁴⁴ Klaus-Helge Donath: Weiterzündeln im Osten der Ukraine, solange es geht. Moskau hat kein Interesse an neuen Friedensgesprächen. Auch Kiew setzt auf Militär. In: TAZ, 20.01.2015, S. 11

⁴⁵ Joseph Croitoru: Die Ukraine wird sowjetisch – von innen. Patriotischer Geschichtsunterricht und militärische Früherziehung für die Kleinen sind im Kommen, Ausbildung an der Waffe ist eingeschlossen. In: FAZ, 21.01.2015, S. 11

(21.01.2015) wurde immer deutlicher, dass es der RF in erster Linie in einem Gipfeltreffen ohne Vorbedingungen darum geht, die ukrainische Regierung mit Unterstützung westlicher Staaten dazu zu bringen, auf die russischen Vorstellungen von einer Verfassungsreform der Ukraine einzugehen, die unter der Losung der sog. „Föderalisierung“ die Autonomie für die von den Separatisten kontrollierten Teile des Donbass garantieren soll.⁴⁶ Einen solchen Status hatte bekanntlich die Krim, bevor sie annektiert wurde. Es braucht also nicht zu wundern, dass sich die ukrainische Führung mit einem solchen Projekt kaum anfreunden kann.

Optionen der EU: Einlenken, Konfrontation, abgestufte Sanktionen und endlose Verhandlungen

Angesichts der Verletzung der Prinzipien der 1990 verabschiedeten Charta von Paris durch Russland (widerrechtliche Annexion der Krim, russische Grenzen, die international nicht anerkannt sind) und dadurch, dass Russland unbeirrt dafür sorgt, dass die nach Westen strebenden Staaten Moldova, Georgien und Ukraine instabil bleiben, weil sie als Teil der russischen Einflusszone betrachtet werden, ist und bleibt die NATO – viel stärker als die EU – das Instrument der Rückversicherung vor den Ansprüchen der RF.

Trotz oder gerade wegen der Gefahr einer erneuten Spaltung des Kontinents sollte – so die Haltung fast aller außenpolitischen Akteure der EU und Deutschlands – der Interessenausgleich mit Moskau gesucht werden, denn die RF ist und bleibt ein fester Bestandteil der europäischen Sicherheitspolitik.

Für Deutschland bedeutet dies, dass es seine Sicherheitspolitik mit den USA, mit Frankreich und Polen und immer im Rahmen der NATO und der EU abstimmen und keine Alleingänge machen sollte. Jegliches Ansinnen Moskaus in dieser Art sei abzulehnen.⁴⁷

Welche Alternativen gibt es aber grundsätzlich für die europäische/deutsche Außenpolitik? Einerseits bleibt eine weitere Kooperation mit der RF erwünscht, andererseits sind die von Putin eingeleiteten Regelverletzungen inakzeptabel. Sicherlich muss man der These des deutschen Außenministers Steinmeier zustimmen, dass Sicherheit nur mit der RF und nicht gegen sie möglich ist.

Hieraus wurde aber von einigen politischen und wirtschaftlichen Akteuren in Deutschland abgeleitet, desillusioniert, aber pragmatisch zur Tagesordnung überzugehen. Nicht zuletzt der umstrittene Aufruf von 65 deutschen Prominenten aus Politik, Wirtschaft und Kultur Anfang Dezember 2014, in dem angesichts einer angeblich heraufziehenden Kriegsgefahr zu einem Ausgleich mit Putin aufgerufen

⁴⁶ Wojciech Konończuk, Andrzej Wilk, Marek, Menkiszak: Die Eskalation der Kämpfe im Donbass. In: Ukraine-Analysen, 144, 28.01.2015, S. 11-12, S. 12

⁴⁷ Oliver Thränert: Der große Graben. Das Tauziehen zwischen Russland und dem Westen hat gerade erst begonnen. In: ipg-journal.de/rubriken/aussen- und sicherheitspolitik/artikel/der-grosse-graben-654, 05.11.2014

wurde, sorgte in Politik und Medien für Unruhe. Eine genaue Textanalyse dieses Papiers zeigt deutlich, wie einseitig, realitätsfremd, unverbindlich und das Selbstbestimmungsrecht der Völker ignorierend darin argumentiert wurde.⁴⁸ Allerdings gab es sowohl in der veröffentlichten Meinung als auch aus Expertenkreisen eine vernichtende Kritik an diesem Papier, so dass man in Deutschland durchaus von einem dramatischen Stimmungsumschwung – selbst bei einstigen Putin-Verstehern – sprechen kann.⁴⁹ Auf der anderen Seite sprachen sich andere europäische politische Akteure für scharfe Wirtschaftssanktionen und eine dauerhafte NATO-Präsenz in Ostmitteleuropa aus. Hierzu gehörten in erster Linie Repräsentanten der baltischen Staaten und Polens, die im militärischen Vorgehen Russlands und der zunächst eher abwartenden Haltung der EU eine Gefahr für die Souveränität ihrer eigenen Länder erblicken mussten.⁵⁰ Aufgrund der sich Ende Januar 2015 zuspitzenden militärischen Konflikte, besonders nach der Einnahme des Flughafens Donezk durch die Separatisten (22.01.2015) und des Raketenbeschusses der für die Ukraine wichtigen Hafen- und Industriestadt Mariupol (25.01.2015), bei dem es zahlreiche zivile Opfer gab, und für den letztendlich die RF verantwortlich gemacht werden muss, wurde der an sich schon seit dem Abkommen von Minsk immer wieder gewaltsam gestörte Friedensprozess ganz und gar in Frage gestellt. Von einer Zurücknahme der gegen die RF gerichteten Sanktionen konnte nun nicht mehr die Rede sein, zumal man damit rechnen musste, dass der Beschuss von Mariupol den Beginn einer russischen Offensive zur Herstellung einer Landverbindung zur Halbinsel Krim bedeuten konnte.⁵¹ Auch nach dem 2. Minsker Abkommen vom 12. Februar 2015, das keine politische Lösung, wohl aber eine humanitäre Verbesserung der Lage brachte, bleibt Mariupol weiterhin bedroht.⁵² Mit der Einführung eines gestaffelten Sanktionsmechanismus, gekoppelt an zahlreiche Gesprächs- und Verhandlungsangebote entschied man sich auf westlicher Seite im Laufe

⁴⁸ Pascal Beucker: Welche Lehren aus der Geschichte? 65 Persönlichkeiten aus Politik, Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft warnen vor Krieg und fordern eine andere Russlandpolitik. Marieluise Beck von den Grünen hält dagegen: sich an die Seite der Ukraine stellen. In: TAZ, 08.12.2014, S.2; Klaus Naumann: Wir brauchen Sicherheit vor Russland. In: FAZ, 13.12.2014, S.10; Wladimir Jasskow: Wer solche Feinde hat, braucht keine Freunde mehr. Wer über die Ukraine und Russland in Allgemeinplätzen nachdenkt und schreibt, der kämpft nicht für den Frieden, sondern betreibt Kollaboration: Eine Antwort auf den Aufruf „Wieder Krieg in Europa?“ In: FAZ, 14.01.2015, S.12

⁴⁹ Kerstin Holm: Sitzenbleiber mit Pokerface und großem Latinum. In: FAZ, 23.01.2015, S.9

⁵⁰ Aleksander Kwaśniewski: Kein vereinigt und stabiles Europa ohne die Ukraine! Die EU sollte auf den russischen Konfrontationskurs entschieden und mit einer Stimme antworten. In: IPG, 05.05.2014, S.1-6; Im Gespräch: Der finnische Ministerpräsident Alexander Stubb über die Ukraine-Krise, die neue EU-Kommission und den Streit über den Freihandel. „Die Integration Russlands in den Westen war eine Illusion“. In: FR, 10.09.2014, S.2; Jan Opielka: Polen zweifelt an Deutschland. Armee wird mit Milliardenprogramm modernisiert – zur Freude von US-Konzernen. In: FR, 01.10.2014, S. 6; Jan Opielka: Symbolbesuch in Warschau. Nato-Generalsekretär Stoltenberg lobt die Steigerung der Rüstungsausgaben in Polen. In: FR, 07.10.2014, S.8; Joseph Croitoru: Russlandverstehrer unerwünscht. In Europa brennt es, und Deutschland macht sich die Haare: Anders als die Tschechen wollen Rumänen und Polen sich von Deutschland in der Ukraine-Krise nicht führen lassen. In: FAZ, 24.03.2015, S.11

⁵¹ Bernhard Clasen: Niemand hatte damit gerechnet. Nach dem blutigen Angriff auf Mariupol beschuldigen sich alle Seiten. Die Angst vor weiterer Eskalation des Krieges wächst. Präsident Poroschenko: „Verbrechen gegen die Menschlichkeit. In: TAZ, 26.01.2015, S.3; Klaus-Helge Donath: Mobilisierungsökonomie unter Kriegsbedingungen, ebenda; Stefan Scholl: Gezielt Zivilisten beschossen. Aus Rebellengebiet abgeschossene Raketen töten in Mariupol Dutzende Menschen. In: FR, 26.01.2015, S. 6; Konrad Schuller: Niemand hat die Absicht, eine Stadt anzugreifen. Nach dem Raketenangriff auf Mariupol droht eine neue Eskalation der Gewalt in der Ostukraine. In: FAZ, 26.01.2015, S. 2; Stefan Scholl: Kesselschlacht bei Delbazewo. Rebellen greifen Bahnknotenpunkt an. In: FR, 27.01.2015, S. 8-9; Bernhard Clasen: Wieder Tote und Verletzte bei Gefechten im Donbass. Strategisch wichtiger Ort Delbazewo stark umkämpft. EU droht mit verschärften Sanktionen. In: FR, 28.01.2015, S. 10

⁵² Cedric Rehman: Warten auf den Feind. In: TAZ, 24.03.2015, S.4-5

des Jahres 2014 bekanntlich für eine dritte Option, die bisher aber noch nicht den erhofften Erfolg, ein Einlenken Moskaus, gebracht hat. Ob man mittelfristig erfolgreicher sein wird, bleibt abzuwarten, denn gerade Ende 2014/Anfang 2015 mehrten sich die Stimmen führender politischer Akteure in Deutschland, Italien und Österreich, die aufgrund des stetig fallenden Ölpreises und der westlichen Sanktionen einen wirtschaftlichen Kollaps der RF befürchteten, der auch für Europa gravierende Folgen haben könnte. Dabei wurde in Frage gestellt, ob dadurch, dass man Russland wirtschaftlich in die Knie zwingt, mehr Sicherheit für Europa entstehen werde. Dies konnte durchaus als ein zwischenzeitliches Einknicken vor Putin gewertet werden.⁵³

Unabhängig davon, wie man seitens der EU zukünftig verfährt, ist eine rationale, fundierte und immer wieder zu überprüfende sicherheitspolitische Analyse des Ukraine Konflikts, der Ziele und der Motive der RF und ihrer Folgen für Europa unabdingbar. Dies bedeutet mehr Verantwortung für die EU, eine intensive gegenseitige Abstimmung der Ziele der GSVP sowie die Ausgestaltung einer sinnvollen Kooperation mit der NATO.

Dabei muss illusionslos konstatiert werden, dass der Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts bislang nur innerhalb der EU und der NATO existiert, jenseits davon ist die Welt nicht erst seit dem März 2014 instabil und konfliktreich. Dies zu ändern, bleibt weiterhin eine fundamentale Herausforderung für Europa und Deutschland.⁵⁴

In dieser sich Ende Januar/Anfang Februar 2015 wieder zuspitzenden Situation wird es entscheidend darauf ankommen, ob sich die ukrainischen Reformkräfte mittelfristig durchsetzen können, und ob sie eine adäquate strukturelle, wirtschaftliche und politische Unterstützung durch die EU und den IWF erhalten. Sicherlich wird der ukrainische Reformprozess, der aufgrund des Assoziierungsabkommens mit der EU an bestimmte Bedingungen gebunden ist, genau beobachtet und überprüft werden müssen, um zu verhindern, dass sich das Szenario vom Winter 2013/2014 wiederholt. Kernfragen des am 10.09.2014 ratifizierten Freihandelsabkommens zwischen der EU und der Ukraine sind:

- Umfassender Regeltransfer: Korruptionsbekämpfung
- Menschenrechtsschutz, Energieversorgung, Verbraucherschutz
- Unterstützung lokaler Kräfte, die bisher nur rhetorisch und selektiv implementiert wurden
- Entkoppelung von politischer und wirtschaftlicher Macht (Oligarchen)
- Herbeiführung eines Elitenkonsenses nach den Wahlen vom 26. 10. 2014

Deshalb wird seitens westlicher Akteure im Zusammenhang mit dem Regelungsbedarf und der neuen Entwicklungsstrategie gefordert, die Antikorruptionsmaßnahmen durch

⁵³ Stefan Scholl: Angst vor der ökonomischen Krise. Viele westeuropäische Spitzenpolitiker fordern Entspannung im Osten und knicken vor Putin ein. In: FR, Weihnachtsausgabe 2014, S. 9

⁵⁴ FES: Internationale Politikanalyse, Oktober 2014: Über den Tag hinausdenken. Optionen für den Umgang mit einem zunehmend unberechenbaren Nachbarn, S. 1-19, S. 19

die EU zu überwachen, die finanziellen Hilfen und Visaerleichterungen an Fortschritte zu koppeln (neuer Verwaltungsapparat) und ein Netzwerk aus staatlichen und nicht-staatlichen Akteuren aus der EU und der Ukraine zu schaffen.⁵⁵ Die ersten Ansätze hierzu gibt es bereits. Ob allerdings der von den westlichen Geberländern vertretene austeritätspolitische Ansatz angesichts der wirtschaftlich desolaten Situation des Landes erfolgversprechend ist, scheint angesichts seines offenkundigen Versagens in Südeuropa mehr als fraglich zu sein.⁵⁶

Unabhängig davon geht es für die EU aber auch um die Festigung ihres Wertesystems und ihrer politischen Glaubwürdigkeit. Dabei muss man schmerzhaft zur Kenntnis nehmen, dass das „Modell EU“ ganz offensichtlich nicht für alle europäischen Staaten taugt, insbesondere nicht für das eurasische Russland. Während der überwiegende Teil der Ukraine zukünftig wohl näher an die EU heranrücken wird, heißt das Ziel für die Beziehungen mit Russland momentan und auch wohl mittelfristig nicht Konvergenz, sondern – wie in Zeiten des Kalten Kriegs – friedliche Koexistenz.⁵⁷ Auch sollte man begreifen, dass der Konflikt grundsätzlicher Natur ist, da es nicht nur um die Zukunft der Ukraine, sondern auch um die Zukunft Europas und Russlands geht. Sollte es der Westen schaffen, die russische Aggression zu stoppen und eine souveräne sowie demokratische Ukraine zu erhalten, so wird das auch Russland zukünftig verändern. Gelingt es aber dem Kreml, die Ukraine zu destabilisieren und sie in eine Zone der Konfrontation zu verwandeln, werden Militarismus und Revisionismus in der russischen Politik gestärkt. Dann – so der frühere schwedische Ministerpräsident und Außenminister Carl Bildt – werde die Aggression nicht in der Ukraine enden. Deshalb entscheide sich in der Ukraine die Stabilität von Europa.⁵⁸ Insofern war nicht verwunderlich, dass man angesichts der erdrückenden Überlegenheit der von Russland massiv unterstützten Separatistenverbände in den USA, aber auch in der EU über eine Belieferung der ukrainischen Armee mit Defensivwaffen nachzudenken begann. Hierüber dachte man schließlich auch auf der Münchner Sicherheitskonferenz laut nach, wobei sich unterschiedliche Positionen herauschälten. Während die westlichen Akteure hervorhoben, dass es für den Konflikt keine militärische Lösung geben könne, und sie deshalb in ihrer Mehrheit Waffenhilfe an die Ukraine ablehnten, wurde gleichzeitig deutlich, dass Putin auf dem besten Weg war, den Beweis zu erbringen dass es – mitten in Europa – durchaus die Option gibt, den Konflikt einer ihm genehmen militärischen Lösung zuzuführen.⁵⁹

⁵⁵ Julia Langbein: Regeltransfer ohne Elitenkonsens? Vorschläge zur Umsetzung des Assoziierungsabkommens mit der Ukraine. In: UA-Analysen, 137, 30.09.2014, S. 2-4

⁵⁶ Stephan Meuser, op.cit., S. 1

⁵⁷ Frank Herold: Ukrainische Lehren. In: FR, 29.12.2014, S. 11

⁵⁸ Im Gespräch: Carl Bildt: Ein Krieg mit Russland ist leider denkbar. In: FAZ, 06.02.2015, S. 2; Günter Bannas: Fassungslosigkeit angesichts der Eskalation. Berlin ringt um Frieden in der Ukraine, ebenda; Michael Stabenow: Mehr innere Stärke. Als Reaktion auf die Krise in der Ukraine will die Nato den Schutz der östlichen Mitglieder verbessern. Die Allianz hat dazu die Gründung einer „Speerspitze“ beschlossen, ebenda; Reinhard Veser: Minsk in weiter Ferne. Der OSZE reißt der Geduldsfaden, ebenda; Carter will Waffen an Kiew liefern. Weißes Haus: Militärische Lösung des Konflikts unmöglich, ebenda

⁵⁹ Wolfgang Ischinger, Tobias Bunde: Die doppelte Null-Lösung für die Ukraine. In: FAZ, 06.02.2015, S. 8; Klaus-Dieter Frankenberger, Johannes Leithäuser: Bittere Wahrheiten. Die Bundeskanzlerin ließ sich in München nicht beirren. Sie will eine Eskalation in der Ukraine um jeden Preis vermeiden. In: FAZ, 09.02.2015, S. 2

Aus ukrainischer Sicht war es deshalb nur konsequent, dass der ukrainische Staatspräsident Poroschenko immer wieder gezielt auf die Wertethematik einging und die Europäer an ihre eigene Verantwortung erinnerte.⁶⁰ Die deutsche Diplomatie bedient(e) sich dabei der Doktrin des „strategischen Abwartens“ und verfolgt(e) die Doppelstrategie des „conagement“ als einer Mischung aus einer Politik der Zurückhaltung (containment) und des Engagements (engagement).⁶¹ Sicherlich sollte die Bewahrung einer freiheitlichen Friedensordnung in Gesamteuropa erhalten und durch die verantwortlichen europäischen Akteure entschieden verteidigt werden. Dies kann nur geschehen, indem man die derzeitige Führung der Ukraine massiv unterstützt.⁶²

Der zuletzt auf deutsche Initiative hin mit großem Aufwand am 12.02.2015 in Minsk zwischen der RF, der Ukraine, Deutschland und Frankreich sowie den ostukrainischen Separatisten vereinbarte Waffenstillstand brachte aber nur eine Feuerpause – und nicht den erhofften Frieden.⁶³ Das bedeutet, dass sich Putin mit seiner militärischen Aggression durchgesetzt – und der Westen – ganz realpolitisch – einer „Föderalisierung“ – sprich Teilung – der Ukraine zugestimmt hat.⁶⁴ Mitentscheidend war hierfür, dass die zumindest kurzfristig kontrovers diskutierte Möglichkeit einer besseren Bewaffnung der ukrainischen Truppen durch die USA oder einzelne Mitgliedstaaten der EU zurückgestellt wurde.⁶⁵ Somit sind wir einer faktischen Teilung der Ukraine und des Kontinents ein großes Stück näher gerückt. Die Anfang März 2015 einsetzende Debatte um die Schaffung einer eigenständigen europäischen Armee und kollektiven Verteidigung weist ganz eindeutig in diese Richtung.⁶⁶ Die Folgen für Gesamteuropa sind unabsehbar.

⁶⁰ Petro Poroschenko: Europas Werte stehen nicht zum Verkauf. In: FAZ, 19.01.2015, S. 8

⁶¹ Anna Kwiatkowska-Drożdż, Kamil Frymark: Deutschland im Russland-Ukraine-Konflikt: eine politische oder eine humanitäre Aufgabe. In: Ukraine-Analysen, 148, 24.04.2015, S.2-5

⁶² Bernard-Henri Lévy, George Soros: Wir müssen der Ukraine helfen. Wenn Europa nicht handelt, wird Putin den Kontinent spalten. In: FAZ, 29.01.2015, S. 11

⁶³ Stefan Scholl: Kämpfen bis zur letzten Minute. Beide Seiten starten vor Gipfel Offensive. In FR, 11.02.2015, S. 4; Katja Tichimirowa: Wie Minsk II aussehen könnte. Beim Krisengipfel muss auch über den Einsatz einer internationalen Truppe entschieden werden. Ebenda, S. 4-5; Pascal Beucker, Dorothea Hahn: Mission: Eis brechen. Scheitern einkalkuliert: Angela Merkel will auch dann weiter nach einer diplomatischen Lösung im Ukraine Konflikt suchen, wenn heute keine Einigung mit Putin und Poroschenko zustande kommt. Geduld sei „unsere Pflicht, dafür sind wir Politiker“. In: TAZ, 11.02.2015, S. 2; Bernhard Clasen: Feuerpause, kein Frieden. Nach wochenlangem Beschuss trauen sich die Menschen in der Ostukraine wieder auf die Straße. Doch die Waffenruhe bleibt brüchig. In: TAZ, 16.02.2015, S. 5;

⁶⁴ Nikolas Blome, Matthias Gebauer, Christiane Hoffmann: Die längste Nacht. In letzter Minute hat der Gipfel von Minsk eine Eskalation in der Ukraine-Krise verhindert. Doch der Preis ist hoch: De facto nimmt der Westen eine Teilung des Landes hin. Die Kanzlerin zeigt sich als lupenreine Realpolitikerin. In: Der Spiegel, 8, 14.02.2015, S. 22-28, S. 28

⁶⁵ Klaus-Helge Donath: Ein Krieg mit gleichen Waffen. Der russische Militärexperte Alexander Golts über den Zustand der russischen und ukrainischen Streitkräfte sowie Folgen möglicher US-Waffenlieferungen an Kiew. In: TAZ, 10.02.2015, S. 11; Andreas Ross: Mehr Zuckerbrot, weniger Peitsche für Putin. Washington übt sich nach dem Minsker Abkommen in Zweckoptimismus. In: FAZ, 14.02.2015, S. 6; Ann-Dorit Boy: Die Schlacht um Debalzewe. Die Einhaltung der in Minsk vereinbarten Waffenruhe könnte sich in dieser strategisch wichtigen Ortschaft entscheiden, um die noch immer heftig gekämpft wird. Ebenda; Dieselbe: Die letzten Menschen von Swetlodarsk. Die Städte nahe der Frontlinie im Osten der Ukraine geraten immer wieder unter schweren Beschuss. Wem geben die Einwohner die Schuld an dem Krieg? In: FAZ, 16.02.2015, S. 4; Stefan Scholl: Der Glaube an den Frieden fehlt. In der Ostukraine gehen ungeachtet des Waffenstillstands die heftigen Gefechte um die Stadt Debalzewe weiter. In: FR, 16.02.2015, S. 6

⁶⁶ Nikolas Busse: Europas neue Teilung. In: FAZ, 11.03.2015, S.1

Stefanie Aringhoff

Außerschulische politische Jugendbildung – Eine kritische Betrachtung

Politische Bildung außerhalb der Schule geht oftmals ihren ganz eigenen Weg. Nach Wolfgang Sander ist es das Ziel außerschulischer politischer Jugendbildung (ASPJB), Gelegenheiten zu bieten, über sich, seinen biographischen Weg, seine Erfahrungen in Institutionen und der Gesellschaft ebenso wie über Politik und Zukunft nachzudenken und nachdenken zu lernen (2008: 144). Dieser Nachtrag zur außerschulischen politischen Bildung möchte der von Wolfgang Sander aufgestellten These gegenüberreten und infrage stellen, ob das tatsächlich alles ist, was (außerschulische) politische Jugendbildung leistet oder leisten sollte: Nachdenken und nachdenken zu lernen. Er soll sich nicht mit den Inhalten auseinandersetzen, sondern einen kritischen Blick auf die partizipative Bildung insgesamt werfen und verdeutlichen, in welchen Bereichen in Zukunft etwas geändert werden muss, damit sie sich wieder attraktiv präsentieren kann. Dabei heißt kritisch nicht, dass eine negative Sichtweise wiedergegeben wird, sondern, dass die politische Partizipation hinterfragt und von einer anderen Seite betrachtet werden soll. Nach einem Einblick in die Hauptforderung nach Partizipation, werden Baustellen und Entwicklungsmöglichkeiten der außerschulischen politischen Jugendbildung herausgestellt, bevor es um den konkreten Bezug der ASPJB zu ihren Adressaten geht. Das Fazit soll schließlich die Rolle der ASPJB klar definieren.

Diskussionen drehen sich häufig um die Geschichte der außerschulischen politischen Jugendbildung (ASPJB), um konkrete Programme und Ziele und nicht zuletzt um das Selbstverständnis der ASPJB. Was aber leistet ASPJB? Was *muss* sie leisten? Ist ASPJB Ersatz für alles, was in der Schule nicht geleistet werden kann? Der Gedanke des Notnagels oder der Aushilfskraft für schulische politische Bildung kommt nicht von ungefähr: Zwar hat schulische politische Bildung eine wichtige Funktion, doch häufig wird im Unterricht vor allem politisches Wissen vermittelt und abgefragt und politisches Urteilsvermögen trainiert. Der weitergehende Schritt darüber hinaus fehlt oft. Ein Paradebeispiel dafür sind die Spiele der Bundeszentrale für politische Bildung, die auch als Unterrichtsmaterial angeboten werden. Sie fragen reine Fakten, wie beispielsweise Jahreszahlen oder politische Begriffe, ab und zielen auf politisches *Wissen* (vgl. z.B. bpb 2010: Irre genug. & bpb 2009: Früher oder später?).

Wo aber bleibt das politische *Handeln*? Wenn schulische politische Bildung nur einen eingeschränkten Teil politischer Bildung vermittelt, dann muss der fehlende Teil, der *praktische* Teil, an anderer Stelle aufgeholt werden. Sander vertritt die Sichtweise, dass ASPJB dazu dient, Orte zum Nachdenken zu verschaffen. Diesem Ansatz ist insbesondere Benedikt Widmaier mit seiner kritischen Sichtweise gegenüberzustellen. Er vertritt die Forderung, dass eines der wichtigsten Ziele non-formaler Bildung

¹ Stefanie Aringhoff ist Soziologiestudentin an der Universität Bielefeld. Der Text entstand im Rahmen eines im Sommersemester 2013 durchgeführten Seminars zur Didaktik der Sozialwissenschaften und wurde uns freundlicherweise von der Autorin zur Verfügung gestellt.

politische *Partizipation* sein sollte (vgl. Widmaier 2011: 102). Entscheidend ist dieser Schritt hin zur Partizipation, da politisches Wissen und politische Kompetenzen nicht nur Voraussetzung, sondern auch Folgen aktiver Beteiligung sind; zudem führt Partizipation zu einer stärker praxisorientierten politischen Mobilisierung (ebd. 101-102). Oft gerät die praktische Orientierung in der Realität aber aus dem Blickfeld – hier muss aufgerüttelt werden, Dialog stattfinden und die politische Jugendbildung muss sich wieder ihrer eigenen Rolle bewusst werden.

Gleichzeitig sollte es ASPJB bei ihrem Anspruch an Partizipation aber nicht darum gehen, das Bürgerleitbild des ständig (politisch) aktiven Bürgers zu verfolgen². Oft tut sich die Frage auf, ob es nicht ausreichend ist, sich zeitweilig mit politischen Themen zu beschäftigen. Beide Bilder dienen aber nicht als Idealtypus; in der ASPB geht es nicht darum, den einen oder anderen Typ zu bevorzugen, sondern die Beteiligten dazu zu befähigen, sich bewusst für eine Rolle, also einen Bürger-Typ, zu entscheiden. Dabei spielt es keine Rolle, ob der Bürger aktiv oder passiv ist, wichtig ist, dass er sich seiner Ausrichtung *bewusst* ist. ASPB muss hierfür Gelegenheiten bieten, sich auszuprobieren.

Under Construction: Baustellen und Entwicklungsmöglichkeiten der ASPJB

Die geringen Teilnehmerzahlen außerschulischer politischer Jugendbildung, die sich auf einem Niveau von 1-2% befinden (Hafeneger 2010: 874), eine Beschreibung der Lage durch Klaus-Peter Hufer als „schwierig“ (2004: 162) und Gerhard Strunk zufolge in Bezug auf die politische Erwachsenen-Bildung sogar als „schier desolat“ (2004: 270) zeugen von einer nachlassenden Attraktivität der ASPJB. ASPJB ist an einem Punkt angekommen, an dem einige Dinge geändert werden müssen. Verschiedene Ansatzpunkte sollen im Folgenden Entwicklungsmöglichkeiten der ASPJB zeigen und verdeutlichen, an welchen „Baustellen“ gearbeitet werden muss. Vor allem zwei Punkte dürfen dabei nicht aus dem Blick geraten: Zum einen sollte ASPJB sich nicht von (oftmals finanziell beteiligten) Interessen Dritter leiten lassen, zum anderen sollte sie aber auch nicht versuchen, sich alleine am Markt zu behaupten und sich als Einzelkämpfer zu profilieren.

Als Grund für die nachlassende Attraktivität der ASPJB sieht Peter Faulstich eine Angebotsverminderung auf dem Markt der ASPJB (vgl. 2004: 344). Ein Grund für diese Verminderung der Angebote sind die finanziellen Rahmenbedingungen, die die Angebote der ASPB den Regeln des Marktes überlassen. An dieser Stelle ist auch der Staat gefragt, der ASPB entgegenzukommen und sie (insbesondere finanziell) zu unterstützen, um politische Bildung in ihrer Vielfaltigkeit zu erhalten.

An vielen Stellen wird die Ökonomisierung und Überführung (auch) der ASPJB in marktwirtschaftliche Strukturen angesprochen (vgl. z.B. Beer 2004: 42; Negt 2004: 200; Hufer et al. 2004: 343). Dabei wird sogar von einem ökonomischen Druck gesprochen.

² In der Betrachtung der Bürgerrolle gibt es sehr unterschiedliche Modelle. In diesem Fall wurde von einem dreiteiligen Modell mit ständig aktivem, zeitweise aktivem und passivem Bürgerbild ausgegangen. Eine ausführlichere Liste findet sich bspw. bei Hedtke, In: Hedtke, R. und Zimenkova, T. 2013: 67-68.

Starke Kritik übt Klaus-Peter Hufer daran, dass mittlerweile „auch aus vielen ehemals politisch-emanzipatorischen Initiativen der sozialen Bewegung ‚ganz normale‘ Weiterbildungseinrichtungen geworden [sind], die sich zu einem großen Teil durch funktionale Auftragsmaßnahmen [...] finanzieren“ (2011: 81). Er sieht es mit einem großen Fragezeichen, „[o]b da – Basisdemokratie hin oder her – immer noch ausreichend viel Schneid vorhanden ist, um möglicherweise unsaubere Geschäfte genau dieser Auftraggeber öffentlich anzuprangern“ (ebd.). In der heutigen Zeit wird es immer schwieriger, insbesondere Bildung wirtschaftlich zu betreiben. Gerade die Wirtschaftlichkeit ist aber ein entscheidender Faktor, um am heutigen Markt bestehen zu können. Dennoch hat ASPJB die Aufgabe, Interessen Anderer nicht einfach willkürlich zu übernehmen, sich anzupassen und sich zu einem homogenen Angebot zu entwickeln, sondern sich kritisch zu positionieren und nicht zu einem „Einheitsbrei“ zu verkommen. Gleichzeitig fordern Autoren wie Reinhold Hedtke, dass ASPB insbesondere den Machtaspekt ernst nehmen müsse und bestehende Institutionen und Machtverhältnisse hinterfragen sollte, um notwendige Veränderungen in Institutionen, Strukturen und der Politik zu erkennen und initiieren zu können (vgl. 2013: 69). ASPJB muss wieder an Partizipation heranrücken um mobil zu machen, sie darf nicht den Interessen der Finanziere beugen, muss ihre kritische Position unter Beweis stellen und deutlich machen, dass es um mehr geht, als darum, ein reines Freizeitangebot zur Unterhaltung zu schaffen.

Trotz der Tatsache, dass ASPB ihren Weg eigenständig verfolgen sollte, muss sie in Zukunft von ihrer bisweilen oft von anderen Institutionen isolierten Rolle abtreten. Johannes Weinberg vertritt dabei die Auffassung, dass ASPJB viele kleine demokratieförderliche Rollen – er spricht dabei ausdrücklich von Rollen im Plural – übernehmen könnte und sollte (vgl. 2004: 290). Durch diese Forderung verknüpft er zwei Aspekte: zum einen die Forderung nach einem breiteren Themengebiet, zum anderen die Forderung nach einer Öffnung der ASPJB hin zu verschiedenen Politikfeldern. Es geht nicht darum, ASPB auf einen Grundkonsens zu minimieren, sondern durch verschiedene Kooperationen ein möglichst breites Feld zu eröffnen. ASPJB soll nicht die Vorgaben der Politik bedingungslos übernehmen und ihr ohne Hinterfragen folgen; stattdessen muss sie sich als – gerne auch kritischer – Partner präsentieren. Ein Partner, der weder in einer Abhängigkeit steht, noch seinen eigenen Weg für den einzig richtigen hält. Interesse und ein respektvoller Umgang miteinander sind dabei entscheidend. Dieser Ansatz kann zu einem positiven Klima innerhalb der ASPJB und im Austausch mit politischen Kooperationspartnern beitragen, interessante neue Möglichkeiten eröffnen, Anknüpfungspunkte bieten und gleichzeitig Aktualität und Nähe zur Praxis ermöglichen – alles Faktoren, die die ASPJB derzeit dringend benötigt.

Nun soll aber noch einmal ein kurzer Blick auf den kurz beschriebenen „Einheitsbrei“ geworfen werden. Neben der Dimension, nicht mehr kritisch genug zu sein, spielt auch die Spillover-Hypothese, also der Gedanke, dass *ein* Ereignis gleichzeitig Folgen für ein *anderes* Ereignis hat, eine nicht unerhebliche Rolle. Dass in unserer Gesellschaft

soziales und ehrenamtliches Engagement trotz zunehmender Politikdistanz wachsen, wird gerne durch die Spillover-Hypothese dahingehend ausgeweitet und für die politische Bildung insofern ausgelegt, dass Engagement im generellen Kontext bereits zu einer Wahrnehmung der Verantwortlichkeit einer aktiven Gestaltung des politischen Systems führt (vgl. Reinders, In: Widmaier 2011: 140). Daraus ließe sich schließen, dass nahezu jegliches Engagement in unserer Gesellschaft bereits politisch ist, einfach, weil die Tätigkeit eine Auseinandersetzung mit dem System und (unsichtbaren) Regeln zwangsläufig bedingt. Berechtigte Kritik merkt daran unter anderem Benedikt Widmaier mit der spöttelnden Aussage Thorsten Hüllers an, warum es denn positive Effekte auf die Demokratie eines Landes haben sollte, wenn Bürger miteinander Fußball spielen (vgl. 2011: 105). Auch Horst Siebert spricht von einer „Entgrenzung“ der politischen Bildung (2004: 252). Die beiden Aspekte legen nahe, dass politische Bildung mittlerweile in vielfältiger Weise stattfindet, dass aber gleichzeitig auch nicht jede Aktivität als solche gedeutet werden darf. Viele Programme, die sich auch politischer Bildung zuordnen, sind einfache engagierte Freizeitprogramme. Deutlich wird durch diese Debatte aber, dass es weder an Interesse, noch an Einsatz seitens der Jugendlichen mangelt, aber doch oftmals an der Anknüpfung, um aus diesem Engagement heraus hinzuführen zu politischer Bildung. Was dem Engagement unserer Gesellschaft hinzugefügt werden muss, um ASPJB in die geforderte Partizipation umzusetzen, ist die *politische* Dimension. Hier spielen Kooperationen, Partnerschaften und Vernetzung eine entscheidende Rolle.

Vernetzung ist einer der Aspekte, den ASPJB bislang stark vernachlässigt hat. Für zukünftigen Erfolg spielt aber gerade diese eine tragende Rolle. Zwei Akteure sind dabei von besonderer Bedeutung: Auf der einen Seite die Schule als Institution, auf der anderen Seite die politisch aktive Jugendszene. Eine Vernetzung der ASPJB mit der schulischen Bildung stellt einen großen Themenkomplex dar, der in Zukunft eine größere Aufmerksamkeit erlangen muss und einer intensiven und konstruktiven Auseinandersetzung bedarf, um den Fortbestand erfolgreicher ASPJB zu sichern; dennoch soll ein kurzer Gedankenstoß in diese Richtung gehen. ASPJB zeichnet sich insbesondere dadurch aus, kurzzeitpädagogische Formen zu haben und sich in Tages- oder Wochenendangeboten wiederzufinden. Wolfgang Sander merkt dabei an, dass diese Angebote von ihrem didaktisch-methodischen Design in einer strikten Abgrenzung zu schulischem Lernen konzipiert sind und durch angestrebte Kooperationen mit Schulen mit diesen in einem Spannungsverhältnis stehen (vgl. 2008: 145). Mit Blick auf die schulischen Entwicklungen hin zu einem Ganztagsbetrieb, ist es für die ASPJB jedoch kaum umgänglich, eine Kooperation mit schulischen Trägern anzustreben. Dieses bedeutet zwangsläufig, dass sie nicht nur ihre Inhalte, sondern vor allem auch ihr Format anpassen muss, um diesem Trend gerecht zu werden. Die bislang gelebte strikte Abgrenzung hat dabei keinen Fortbestand.

Ausbauen sollte die ASPJB auch die Verbindung zur politisch aktiven Jugendszene. Albert Scherr beispielsweise sieht es als Aufgabe der ASPJB, sich dieser als Ort der Auseinandersetzung anzubieten und ihr politisches Engagement zu unterstützen (vgl.

2004: 238). Leisten kann es sich die ASPJB in Zukunft nicht mehr, dieser Möglichkeit der Zusammenarbeit keine Beachtung zu schenken. Hier kann bereits vorhandenes Potenzial durch Vernetzung ausgeschöpft werden. Eine Verbindung mit der genannten Gruppe kann in sehr unterschiedlicher Weise geschehen; es soll aber nicht darum gehen, den Jugendlichen eine politische Überzeugung aufzuoktroieren, sondern mit diesen gemeinsam politische Partizipation zu leben.

Der Aspekt der Vernetzung führt nun aber zu einer weiteren Baustelle: Nicht nur die Vernetzung nach außen muss verbessert werden, auch eine Vernetzung nach *innen* fehlt bisher in der ASPJB. Johannes Weinberg merkt an, dass politische Bildner sich weder über ihre konkreten Rollen untereinander, noch publizistisch oder im Internet austauschen (vgl. 2004: 290). Ein Austausch trägt aber dazu bei, auch einmal andere Sichtweisen, Methoden und Ansätze der außerschulischen politischen Jugendbildungsszene kennenzulernen und für sich selber kritisch zu hinterfragen. Erneut geht es hier nicht darum, einen Minimal- oder Grundkonsens zu schaffen, sondern einfach um einen kreativen Austausch, der zu Neuem anregen soll, vielleicht sogar aufrütteln kann oder dazu ermuntert, auch einmal andere Methoden und Projekte auszuprobieren. *Wie* könnte man besser einen frischen Wind in die ASPJB bringen, als zunächst dadurch, sich der Bandbreite und Möglichkeitsvielfalt überhaupt erst einmal bewusst zu werden? Und *wer* könnte besser darüber berichten, als diejenigen, die bereits mit Eifer in ihrer Aufgabe aufgehen und über vielfältige Erfahrungen verfügen?

Bewusst sein sollte man sich allerdings auch darüber, dass politische Bildung von der Persönlichkeit der Bildner stark abhängig ist. Scherr beschreibt dabei bereits einen Mangel an Nachwuchskräften, die über ein reflektiertes politisches Selbstverständnis verfügen (vgl. 2004: 235). Es muss daran gearbeitet werden, dass ASPJB seine Attraktivität nicht nur für Teilnehmer erhöht, sondern auch für Nachwuchskräfte in der Arbeit als politischer Jugendbildner. Da der Anspruch an die Bildner breit gefächert ist und weit über die Reflektionsfähigkeit des politischen Selbstverständnisses hinausgeht, ist es schwierig, hier Idealbesetzungen zu finden. Was aber von entscheidender Bedeutung ist, ist die Einstellung der Bildner zur ASPJB. Eine reine Übernahme der Rolle des Lehrenden ist alles andere als zielführend. Gerade hierin unterscheidet sich die ASPJB von der schulischen politischen Jugendbildung. Die Haltung und das Selbstverständnis des Bildners sollten nicht übergeordnet sein. Ein guter Bildner zeichnet sich dadurch aus, dass er Lerninitiator für die Teilnehmer, aber auch für sich selbst ist. Wolfgang Beer folgert daher, dass politische Bildung nur in einem dialogischen Verhältnis gelingen kann (vgl. 2004: 56). Hier müssen an vielen Stellen bereits vorhandene Ansätze vertieft werden und ASPJB muss sich neuen Methoden gegenüber öffnen und die Verhältnisse zwischen Teilnehmern und Lerninitiatoren neu gestalten.

ASPJB und die reale Lebenswelt - was muss ASPJB tun, um ihre Adressaten zu erreichen?

Einen alten Grundsatz der Bildungsarbeit greift Fritz Reheis in seiner kritischen Einführung in die politische Bildung auf: „Hole deinen Adressaten dort ab, wo er sich gerade befindet!“ (2014: 50) Das aber durchgängig umzusetzen gestaltet sich als schwierig. Da ASPJB ein Bereich ist, der einen marginalen Teil der Jugendlichen anspricht (s.o.), gestaltet sich diese Situation als optimal, um auf die Teilnehmer intensiv eingehen zu können. Gleichzeitig taucht aber auch immer wieder die Frage auf, wie ASPJB für einen größeren Anteil der Jugendlichen attraktiv werden kann. Sicherlich geht es nicht darum, ASPJB zu einem Massenphänomen mit einer nahezu vollständigen Beteiligungsquote zu erreichen, dennoch muss ASPJB sich auf Dauer attraktiv(er) machen, um sich selbst zu behaupten und um überzeugen zu können. Faktoren wie Generations- und Milieuzugehörigkeit, Geschlecht, Persönlichkeit und Herkunftskultur prägen die Jugendlichen jedoch so unterschiedlich, dass es immer schwieriger wird, mehr als nur einen marginalen Teil von ihnen zu erreichen. Dadurch wird ASPB interessengerichtet und situationsspezifisch angeboten. Es geht nicht um Allgemeinbildung, sondern um ein sehr ausgewähltes Interessengebiet auf beiden Seiten – zum einen auf Seiten der Anbieter dieser Angebote, gleichzeitig aber auch auf Seiten der Nachfrager, also der Teilnehmer. Diese Besonderheit der ASPB, die auf unmittelbar Interessen und Situationen eingeht oder eingehen kann, legt nahe, dass ein besserer und zielgerichteter Praxisbezug besteht. Oft wird jedoch kritisiert, dass gerade dieser Praxisbezug und die Vernetzung mit der aktuellen Situation in der Realität fehlen. Ferner muss die geforderte Partizipation den Anspruch erfüllen, sich der Lebenswelt der Jugendlichen anzupassen um erfolgreich zu sein.

Attraktiv kann ASPJB nur dann sein, wenn sie den Wandel der Zeit nicht nur wahrnimmt, sondern auch ernst nimmt und sich darauf einstellt. Insbesondere durch die starke schulische Verdichtung stellt sich die Frage nach dem rechten Format. Immer wieder wird betont, dass der Politikunterricht in der Schule nur eine geringe Rolle spielt, dass Problematiken gerade durch das hohe Aufkommen an fachfremd unterrichtenden Kollegen entstehen und dass die Inhalte immer stärker marginalisiert werden (vgl. z.B. Mickel 2004: 40; Massing 2004: 161). Hier besteht für die ASPJB die Möglichkeit, Lücken zu füllen und sich das zu Nutze zu machen, was schulische politische Bildung eben gerade nicht kann: Eigene Prioritäten setzen, selbst Inhalte herausgreifen, die nicht von Lehrplänen oder Curricula vorgegeben sind, und Experten aus ihren jeweiligen Bereichen einsetzen. ASPJB muss aber gleichzeitig auch mit der Zeit gehen und vor Veränderungen nicht die Augen verschließen. So ist eine Aktualität bei der Nutzung von Medien, aber auch eine Aktualität der Themen unerlässlich.

Indes darf sich ASPJB durch die Themenaktualität nicht zur „Reparaturinstanz“ für dringend notwendige Fälle entwickeln. Diese Feuerwehrfunktion ist zu spezifisch und zeitlich begrenzt; Christine Zeuner stellt heraus, dass damit keine andauernde Wirkung erzielt werden kann (vgl. 2004: 325). Gleichzeitig spielen aber „brennende“ Themen wie Rechtsextremismus und Antisemitismus in Zeiten einer globalisierten Welt eine nicht unerhebliche Rolle und gerade ASPJB muss hier eingreifen und handeln. Vergessen werden darf dabei nicht, dass es nicht um den erhobenen Zeigefinger geht,

sondern darum, einander im Dialog gegenüberzutreten und vor allem nachdenklich zu machen. ASPJB soll in Zeiten, in denen vieles immer ungewisser scheint und Individualisierung und Pluralisierung der Lebenswelten Jugendlicher diese vor immer größere Herausforderungen stellen, als Orientierungshilfe und Sicherheit dienen.

Fazit

Widmairers scharfe Forderung nach Partizipation führt ASPJB zu einem Punkt, an dem es über Nachdenken hinausgeht. Bei ASPJB geht es um das Lernen, um das Vertrautmachen mit Demokratie, politischer Kultur und Ordnung; es geht darum, nachdenklich zu machen, einen neuen Blick auf die Welt zuzulassen und Erfahrungen mit politischem Lernen zu machen. Lernen bedeutet dabei, sich selbst, die eigene Lebenssituation und auch -geschichte im gesellschaftlichen Kontext zu begreifen. Die meisten Angebote befinden sich auf einer Gratwanderung zwischen politischer Bildung als Wissensvermittlung, als Kritik an der Gesellschaft und dem Bedürfnis, etwas ändern zu wollen. Dieses Bedürfnis, etwas ändern zu wollen, muss durch aktive Teilhabe ermöglicht werden um politische Kompetenz zu fördern und um deutlich zu machen, dass es eben keine *schulische* politische Jugendbildung ist, die vor politischen Aktionen zurückweicht.

Beschäftigen muss sich ASPJB mit unterschiedlichen „Suchprozessen“ (Hafeneger 2004: 151). Nicht nur vielschichtige Veränderungen bei den Jugendlichen selbst müssen im Rahmen dieses Prozesses in die ASPJB mit einbezogen werden, sondern auch das Verhältnis von Bildung und Jugendhilfe muss klar definiert werden (ebd.). Vielfach angesprochen wurde nun auch der Aspekt, dass ASPJB wieder aktiver und politischer werden muss und gleichzeitig in seiner Form präsenter werden und sich in Form und Kultur der aktuellen Jugend- und Lebenswelt-Situation anpassen muss.

Es hat sich sehr klar herauskristallisiert, welche Funktionen die ASPJB übernehmen muss: Sie muss den Jugendlichen Orientierung bieten und damit dem gesellschaftlichen Wandel entsprechen und zeitgenössisch agieren; sie muss kooperieren und sich vernetzen – nicht nur auf einer, sondern auf vielen verschiedenen Ebenen; sie muss sich in Zeiten einer Vermarktung nahezu aller gesellschaftlicher Bereiche weiterhin als kritisch und eigenständig erweisen; und schließlich sollte sie sich als Ziel setzen, dass sie das, was Schule nicht leistet oder nicht leisten kann, zumindest in einem Punkt aufholt: politische Bildung mit Partizipation zu verbinden und in praktisches Handeln umzusetzen – das Potenzial ist da.

Anmerkungen:

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit und um den Lesefluss nicht stetig zu unterbrechen, wurde in diesem Text überwiegend die männliche Form verwendet. Gemeint sind aber stets sowohl die männliche, als auch die weibliche Form.

Diese kritische Auseinandersetzung mit außerschulischer politischer Jugendbildung diskutiert vor allem Aspekte, der Umsetzung und der zukünftigen Rolle ASPJB. Darüber hinaus gibt es in der politischen Bildung eine Diskussion um das zu verfolgende Konzept beziehungsweise die ihr zugrundeliegenden Theorieansätze. Hierbei findet sich eine Kontroverse zwischen Politikdidaktik, Demokratiepädagogik und politischer Pädagogik. Kritisch betrachtet diese Modelle beispielsweise Fritz Reheis in seiner Einführung in die Politische Bildung (2014: 147f.). Eine darüber hinausgehende europäische Perspektive, die auch Faktoren wie das Recht, an etwas nicht teilzunehmen in den Blick nimmt und vor allem die Stellung der ASPB im Staatsgeflecht betrachtet, bietet der kritische Ansatz zu „Education for Civic and Political Participation“ von Reinhold Hedtke und Tatjana Zimenkova (2013).

Quellenverzeichnis:

- BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) 2012: Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen und Leistungen zur Förderung der Kinder- und Jugendhilfe durch den KJP. Gemeinsames Ministerialblatt, 63. Jahrgang, Nr.9, S.142-155.
- Beer, Wolfgang 2004: Eine thematisch begründete Erweiterung politischer Bildung ist die systematische Ausweitung der Interdisziplinarität um den Bereich der Naturwissenschaften und der Technologieentwicklung. In: Hufer, Klaus-Peter, Kerstin Pohl & Imke Scheurich (Hrsg.) 2004: Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag. S.36-57.
- bpb - Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) 2009: Früher oder später. Kartenspiel. Bonn: o.V.
- bpb - Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.) 2010: Irre genug. Kartenspiel. Bonn: o.V.
- Faulstich, Peter 2004: Die Desintegration von „politischer“ und „beruflicher“ Bildung in Deutschland ist immer schon problematisch gewesen und heute nicht mehr haltbar. In: Hufer, Klaus-Peter, Kerstin Pohl & Imke Scheurich (Hrsg.) 2004: Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag. S.80-99.
- Hafeneger, Benno 2004: Der Traditionsbestand der außerschulischen politischen Jugendbildung ist nach wie vor unabgegolten. In: Hufer, Klaus-Peter, Kerstin Pohl & Imke Scheurich (Hrsg.) 2004: Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag. S.138-157.
- Hafeneger, Benno 2010: Politische Bildung. In: Tippelt, Rudolf/Schmidt, Bernhard (Hrsg.): Handbuch Bildungsforschung. Berlin: Springer VS, S.861-879.
- Hedtke, Reinhold & Zimenkova, Tatjana (Hrsg.) 2013: Education for Civic and Political Participation. A Critical Approach. New York: Routledge.
- Hufer, Klaus-Peter 2004: Politische Bildung ist Kristallisationskern für demokratische Haltungen und Handlungen. In: Hufer, Klaus-Peter, Kerstin Pohl & Imke

- Scheurich (Hrsg.) 2004: Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag. S.158-175.
- Hufer, Klaus-Peter 2011: Politische Bildung und politische Aktion. Rekonstruktion der Kontroversen und der Konsequenzen seit den 60er-Jahren. In: Widmaier, B. und Nonnenmacher, F. (Hrsg.): Partizipation als Bildungsziel. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag.
- Hufer, Klaus-Peter, Kerstin Pohl & Imke Scheurich (Hrsg.) 2004: Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag.
- Massing, Peter 2004: Ich beharre auf einem komplexen Demokratiebegriff und behaupte starrsinnig, dass Demokratielernen nur als Politiklernen möglich ist. In: Pohl, Kerstin (Hrsg.) 2004: Positionen der politischen Bildung 1. Ein Interviewbuch zur Politikdidaktik. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag. S.156-175.
- Mickel, Wolfgang W. 2004: Nach dem Krieg waren das öffentliche Auftreten von politischen Parteien und Interessengruppen sowie deren Auseinandersetzungen ein völliges Novum für uns Schüler. In: Pohl, Kerstin (Hrsg.) 2004: Positionen der politischen Bildung 1. Ein Interviewbuch zur Politikdidaktik. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag. S.36-45.
- Negt, Oskar 2004: Politische Bildung ist die Befreiung der Menschen. In: Hufer, Klaus-Peter, Kerstin Pohl & Imke Scheurich (Hrsg.) 2004: Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag. S.194-213.
- Reheis, Fritz 2014: Politische Bildung. Eine kritische Einführung. Wiesbaden: Springer VS.
- Sander, Wolfgang 2008: Politik entdecken – Freiheit leben. Didaktische Grundlagen politischer Bildung. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag.
- Scherr, Albert 2004: Politische Bildung als subjektorientierte, dem Prinzip des Dialogs verpflichtete Praxis. In: Hufer, Klaus-Peter, Kerstin Pohl & Imke Scheurich (Hrsg.) 2004: Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag. S.230-247.
- Siebert, Horst 2004: Erwachsene lassen sich gelegentlich „perturbieren“ und irritieren, aber nicht umerziehen. In: Hufer, Klaus-Peter, Kerstin Pohl & Imke Scheurich (Hrsg.) 2004: Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag. S.248-265.
- Strunk, Gerhard 2004: Die Auseinandersetzung mit sozialwissenschaftlichen Zugängen zur Erwachsenenbildung begleitet meine Arbeit in ihren wechselseitigen Bezügen. In: Hufer, Klaus-Peter, Kerstin Pohl & Imke Scheurich (Hrsg.) 2004: Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag. S.266-283.

- Weinberg, Johannes 2004: Weil Reflexion über sich und die anderen an allen Orten der Stärkung und Ausweitung bedarf, geht es zurzeit primär um die Förderung der Lernkulturen. In: Hufer, Klaus-Peter, Kerstin Pohl & Imke Scheurich (Hrsg.) 2004: Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag. S. 284-301.
- Widmaier, Benedikt 2011: Politische Bildung und politische Aktion. Eine aktuelle Herausforderung für non-formale Bildung. In: ders. und Nonnenmacher, F. (Hrsg.): Partizipation als Bildungsziel. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag. S.101-107.
- Zeuner, Christine 2004: Bildung sollte nicht nur der Selbstaufklärung und dem individuellen Fortkommen dienen, sondern auch der Handlungsfähigkeit mit dem Ziel der Veränderung und Gestaltung von Gesellschaft. In: Hufer, Klaus-Peter, Kerstin Pohl & Imke Scheurich (Hrsg.) 2004: Positionen der politischen Bildung 2. Ein Interviewbuch zur außerschulischen Jugend- und Erwachsenenbildung. Schwalbach/Ts: WOCHENSCHAU Verlag. S.320-339.

Björn Allmendinger

Die Todesmärsche 1944/45. Anregungen für die historisch-politische Bildungsarbeit¹

Der Todesmarsch vom KZ-Außenlager Kleinbodungen nach Bergen-Belsen

I. Vorbemerkung: Erinnerungsorte in der historisch-politischen Bildung

Das entdeckende Lernen anhand von gegenwartsorientierten Fragestellungen ermöglicht es, vor allem Jugendliche und junge Erwachsene für das Themenfeld „Nationalsozialismus“ zu sensibilisieren und Geschichte an konkreten Orten erfahrbar zu machen. Erinnerungsorte sind in diesem Zusammenhang sowohl Zentren für eine „aktive Auseinandersetzung mit dem NS-Verbrechen und (...) für politische und moralische Fragen der Gegenwart“ (Knoch 2009: 5) als auch mahnende Brücken in die Vergangenheit, und demzufolge Orte des Erinnerns und Gedenkens. Sie wecken historisches Interesse und stärken die kritische Urteils- und Handlungsfähigkeit (Emanzipation und Mündigkeit). Des Weiteren fördert die Einbeziehung von Erinnerungsorten in die historisch-politische Bildungsarbeit die Empathie gegenüber den Opfern der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft und ermöglicht zugleich, wie u. a. aus einem aktuellen Beschluss des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR) zur „Erinnerungsarbeit in der Jugendbildung“ zu entnehmen ist, „das Begreifen größerer politischer Bedeutungszusammenhänge (...) [sowie] den kritischen Umgang mit Geschichte und Erinnerungspolitik“ (DBJR 2014).

Das Lernen aus der Geschichte ist ohne die besondere Berücksichtigung politischer Zusammenhänge kaum möglich (vgl. hierzu Steinbach 2001). Viel zu oft wird allerdings, wie u. a. Dirk Lange konstatiert, Geschichte in der politischen Bildung als Vergangenheit missverstanden und die starke Gegenwartsdimension weitestgehend ignoriert, obwohl erst durch das historische Lernen (speziell an Erinnerungsorten und in Gedenkstätten) die Fähigkeit entwickelt wird, vergangenes Unrecht zu reflektieren und dieses mit gegenwartsbezogenen Fragestellungen (bspw. Migration, Rechtspopulismus, Menschenrechte, Antisemitismus etc.) zu verknüpfen (vgl. Lange 2014: 321).

Die Auseinandersetzung mit den Todesmärschen und dem organisierten Massenmord in der Kriegsendphase bietet in diesem Zusammenhang die Möglichkeit, die teils direkte Beteiligung der deutschen Bevölkerung an den Verbrechen des NS-Regimes zu verdeutlichen sowie anhand dessen die Kernelemente der NS-Ideologie herauszustellen.

II. Die Todesmärsche 1944/45

„Mindestens ein Drittel der Häftlinge starb noch kurz vor Kriegsende auf diesen `Todesmärschen`, in Transportzügen oder in völlig überfüllten Aufnahmelagern“ (Wenige 2006)

¹ Dieser Text entstand unter Mitwirkung von Horst Stehr und Harald Kolbe

Die Mauern des Schweigens, die Strategien des Verdrängens und die vielfältigen Formen der Tabuisierung sind auch heute noch allgegenwärtig und verhindern eine lückenlose Aufarbeitung der NS-Vergangenheit. Viele historische Details nationalsozialistischen Unrechts blieben bislang ungeklärt. Die Todesmärsche in der Kriegsendphase 1944/45 bilden hier keine Ausnahme. Auch in der Forschung spielen die Todesmärsche eher eine untergeordnete Rolle, wenngleich in den letzten Jahren durchaus ein zunehmendes Interesse an dieser Thematik zu beobachten ist. Exemplarisch stehen hierfür die Analysen von Daniel Blatmann (2011), aber auch die Versuche einzelner Gedenkstätten² durch Sonderausstellungen auf dieses „Schlusskapitel[] des nazistischen Genozids“ (ebd.: 28) aufmerksam zu machen.

Etwa 250.000 Menschen, d. h. ca. 35 Prozent der damaligen Konzentrationslagerhäftlinge, starben Anfang 1945 in Folge der Todesmärsche (vgl. ebd.: 29). Bekannt geworden sind in diesem Zusammenhang vor allem die Massaker von Celle (8. April 1945) und Gardelegen (13. April 1945):

Nach einem Bombardement des Celler Bahnhofs durch alliierte Fliegerverbände flohen am 8. April 1945 zahlreiche Häftlinge, die in völlig überfüllten Güterwaggons auf ihre Weiterfahrt ins Ungewisse warteten, in die umliegenden Wälder und ins Stadtgebiet – teils aus Angst vor den Bomben, teils aus Verzweiflung und Hoffnung dem nahenden Tod zu entrinnen. An der darauf folgenden Menschenjagd auf angebliche „Plünderer“ und „Volksschädlinge“ beteiligten sich neben Hitlerjungen, SA-Männern, Volkssturmmännern, örtlichen Polizisten und Parteifunktionären der NSDAP auch und vor allem zahlreiche gewöhnliche Bürger der Stadt. Das euphemistisch als „Celler Hasenjagd“ bezeichnete Massaker kostete etwa 200-300 Häftlingen das Leben. Noch bis heute findet sich auf dem 1992 errichteten Denkmal für die Toten des 8. April 1945 kein Hinweis auf die Beteiligung der Celler Zivilbevölkerung an diesem Kriegsendverbrechen. Alle Versuche dies zu ändern, scheiterten bisher. Nichtsdestotrotz unterstützte die Stadt Celle 2006 ein Forschungsprojekt der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten, das eine detaillierte Aufklärung dieser furchtbaren Ereignisse zum Ziel hatte (vgl. ebd.: 435 ff. oder Strebel 2009).

Das Massaker von Gardelegen trägt eine ähnlich brutale Handschrift. Vor den Toren der Stadt, in einer abgelegenen Feldscheune, ermordeten SS-Männer in Zusammenarbeit mit Volkssturmmännern, spontan von der SS rekrutierten Kapos, Luftwaffensoldaten, Fallschirmjägern, Angehörigen der Hitlerjugend, regulären Polizeikräften und Männern der Deutschen Arbeitsfront am Abend des 13. April 1945 insgesamt 1.016 Häftlinge, die zuvor aus verschiedenen deutschen KZs und deren Außenlagern „evakuiert“ und in die Hansestadt nördlich von Magdeburg gebracht worden waren. Lediglich 25 bis 27 von ihnen gelang die Flucht. An der anschließenden Vertuschungsaktion, die maßgeblich vom NSDAP-Kreisleiter Gerhard Thiele organisiert wurde, beteiligten sich neben

² Siehe z. B. die Ausstellung der Gedenkstätten Bergen-Belsen und Mittelbau-Dora „Zwischen Harz und Heide“ – KZ-Todesmärsche im April 1945“, die am 24. April 2015 offiziell eröffnet wurde.

Feuerwehmännern der Umgebung und Einheiten der Technischen Nothilfe auch zahlreiche Volkssturmänner – die Mehrheit von ihnen „alteingesessene Bürger der Stadt“ (Blatmann 2011: 546). Die Versuche die Spuren des Verbrechens an der Isenschnibber Feldscheune am Folgetag zu beseitigen, mussten jedoch aufgrund der herannahenden US-amerikanischen Truppen frühzeitig abgebrochen werden (vgl. ebd. 520 ff. oder Gring 1993).

Die Todesmärsche verliefen direkt durch deutsche Dörfer und Städte – wurden also in jedem Fall von deren EinwohnerInnen wahrgenommen. Hilfe seitens der örtlichen Bevölkerung blieb jedoch eine Ausnahme; vielfach wurden BürgerInnen sogar zu Mittätern der „Massaker an der „Heimatfront“ (Strebel 2009). Daniel Blatman bezeichnete diese „neue“ Gemeinschaft von Tätern als ‚lokale Abwicklungsgemeinschaft‘, deren Mitglieder sowohl altgediente Mörder waren (...), als auch Personen, die sich dem mörderischen Treiben erst anschlossen, als es ihr Lebensumfeld und ihre Familie betraf: Mitglieder des Volkssturms, Polizisten, lokale Parteifunktionäre, Angehörige der Hitlerjugend und andere Normalbürger“ (Blatman 2011: 692).

III. Der Todesmarsch vom KZ-Außenlager Kleinbodungen nach Bergen-Belsen

Als sich die alliierten Truppen auf deutschem Boden auf dem Vormarsch befanden, begann die SS-Führung die KZ-Häftlinge, die im ganzen Reich in Rüstungsbetrieben und auf Großbaustellen Zwangsarbeit verrichteten, in „frontfernere KZs“, insbesondere Bergen Belsen und Sachsenhausen, teils aber auch zu unbekanntem Zielen zu überführen. Aus dem KZ Mittelbau-Dora (Nordhausen am Ostharz) und seinen vielen Außenlagern zwischen Osterode und Sangerhausen wurden so in den ersten Apriltagen des Jahres 1945 über 40.000 Häftlinge mit der Bahn und, wo dies durch Kriegseinwirkungen nicht mehr möglich war, zu Fuß nach Westen und Norden in Marsch gesetzt. „Marschunfähig gewordene Häftlinge unterwegs einfach zu erschießen“, so Joachim Neander in seiner Untersuchung aus dem Jahre 1997, „war eine gängige Praxis der SS auf den Evakuierungsmärschen“ (Neander 1997: 428).

Am 4. April 1945 erhielt die SS-Leitung des KZ-Außenlagers Kleinbodungen, das von 1944 bis 1945 als Außenlager des KZs Mittelbau-Dora für die Reparatur von defekten bzw. beschädigten V2-Raketen zuständig war, den Befehl zur Räumung des Lagers. In fieberhafter Eile machte sich die SS daran, alle Lagerakten zu vernichten. Am nächsten Morgen sollte es laut Befehl zu Fuß bis Herzberg gehen, dort sollte die Verladung auf die Bahn mit dem Ziel KZ Bergen-Belsen erfolgen. Angetreten waren 613 Häftlinge. Neben der SS-Lagerleitung und 45 Wachmännern mit Hunden nahmen noch zwei versprengte SS-Aufseherinnen vom Außenlager Großwerther an dem Transport teil. (vgl. ebd.: 423 f.)

Nach 30 Kilometern erreichte die Kolonne am späten Nachmittag Herzberg. Wenige Stunden zuvor war hier jedoch das Bahnhofsgelände von alliierten Jagdbombern angegriffen worden. Ein Munitionszug hatte dabei Treffer erhalten und war detonierte.

Eine Verladung war unmöglich. Die SS-Lagerleitung entschied, den Transport zu Fuß fortzusetzen. Bis in den Abend hinein musste noch fünfzehn Kilometer weitermarschiert werden. Schließlich bezog man bei Osterode in einigen geräumten Baracken Nachtquartier. Am nächsten Tag ging es dann etwa 20 Kilometer weiter bis in die Nähe von Seesen, wo die Nacht im Freien in der Nähe von zwei Scheunen auf einem Feld verbracht werden musste. Einzelne Häftlinge befanden sich in einem derart schlechten körperlichen Zustand, dass ein Weitermarschieren kaum mehr möglich erschien. Genau hier wurden an den Häftlingen die ersten, durch Zeugenberichte dokumentierten, Morde verübt. (vgl. ebd.: 425 f.)

Der Häftlingszug quälte sich zu Fuß in mehreren Tagesetappen weiter über Salzgitter, Rünigen und Ohof und kam am 10. April 1945 gegen Abend in Groß Hehlen bei Celle an. Die Häftlinge wurden zu einer Scheune geführt, in der sie übernachten sollten. Im Ort lagen aber schon eine Einheit der Wehrmacht und eine der Waffen-SS. Der örtliche Militärbefehlshaber hatte sein Quartier unmittelbar gegenüber der Scheune im örtlichen Gasthof und fühlte sich nun durch die Anwesenheit und die Unruhe, die von dem Häftlingszug ausging, gestört (vgl. Gerz/Gerz 2010: 89). Er ließ dem Lagerkommandanten mitteilen, dass der gesamte KZ-Transport aus dem Ort zu verschwinden habe. Obwohl der Lagerkommandant diese Anweisung nach den Strapazen der vergangenen Tage ablehnte, wies der örtliche Militärbefehlshaber Offiziere der Waffen-SS und SS-Soldaten an, unverzüglich den Bauernhof zu räumen. Die SS schoss in die Luft und löste damit eine regelrechte Panik aus. Innerhalb weniger Minuten standen die völlig erschöpften Häftlinge zum Abmarsch bereit und wurden von ihren neuen Bewachern in aller Eile aus dem Ort getrieben. Wer dabei das Tempo nicht mithalten konnte, oder wer in dem Waldstück hinter Groß Hehlen zu fliehen versuchte, wurde unterwegs erschossen. In schnellem Marsch ging es auf der Landstraße weiter bis Wittbeck. Dort erst konnten die eigenen Wachmannschaften den Häftlingszug wieder übernehmen. Es wurde den vom Gewaltmarsch völlig erschöpften Häftlingen erlaubt, sich für kurze Zeit auf der Straße zu erholen. Dies war nach Zeugenangaben – Friedel S. kam mit seiner Mutter und seiner Schwester gerade aus Hustedt zurück nach Wittbeck – auf der Höhe des damaligen Gemeindehauses kurz hinter Wittbeck auf der linken Straßenseite (vgl. Schrader 2012: 80). Zur Übernachtung der Häftlinge geeignete Baracken oder leer stehende Scheunen gab es in Wittbeck jedoch nicht. Daher musste nochmals bis nach Hustedt weitermarschiert werden. Hier endlich erreichte der Häftlingszug auf einem bereits geräumten ehemaligen Feldflugplatz, in unmittelbarer Nachbarschaft zum heutigen Bildungszentrums HVHS Hustedt gelegen, mehrere Baracken eines kleinen ehemaligen Kriegsgefangenenlagers, die zur Übernachtung geeignet waren.

Der nächtliche Gewaltmarsch hatte zusätzlich zu der Strapaze des Tagesmarsches von Ohof bis nach Groß Hehlen (ca. 30 km) zu etlichen Erschießungen von Häftlingen geführt, die das von der neuen, ausgeruhten Bewachungsmannschaft vorgelegte Marschtempo nicht mehr mithalten konnten oder sogar zu fliehen versuchten. Eine ehemalige SS-Aufseherin gab als Zeugin im Bergen-Belsen-Prozess 1945 zu Protokoll,

mit eigenen Augen „mindestens acht Tote“, die durch Genickschüsse ermordet wurden, an der Straße gesehen zu haben (vgl. Gertrud Neumann; in: Philipps 1949: 346) – ähnliches berichtete auch die ehemalige SS-Aufseherin Ilse Steinbruch (vgl. Philipps 1949: 353). Der bereits erwähnte Zeuge Friedel S. aus Wittbeck gab relativ präzise an: „Als die Kolonne nach ihrer kurzen Rast in Wittbeck wieder aufbrach, hörte ich wenig später einen Schuss. Die Wache hatte erneut einen Häftling erschossen“ (Friedel S.; zit. n. Schrader 2012: 80).

In Hustedt, so erfuhr der Zeuge am nächsten Morgen, war ebenfalls bei Bauer Theis Knoop ein Häftling an der Hecke erschossen worden (vgl. Schrader 2012: 80). Die Zeugin Ilse H. aus Wittbeck, berichtete, dass sie noch spät am Abend mit anderen Kindern Völkerball gespielt hatte, als sie sah, wie es ab und zu blitzte und sie Schüsse hörte. Zusammen mit ihrem Vater sah sie wenig später den Zug mit den ausgemergelten KZ-Häftlingen herankommen. Noch entsetzter waren die Kinder, als sie am nächsten Morgen die erschossenen KZ-Häftlinge am Straßenrand liegen sahen: „Einer lag im Straßengraben bei Sülzers Feld, hier dicht am Ort. Einer an der Waldkante, wo es zum Jagdhaus geht und der Dritte nicht weit vom Schafstallweg an der Straße“ (Ilse H.; zit. n. Schrader 2012: 81). Der frühere Bürgermeister von Hustedt, Wilhelm H., konnte ebenfalls genaue Angaben machen und berichtete von drei Erschießungen: „(...) der eine am Dorfanfang, der andere zwischen uns und Jägerei und der dritte am Trüllerweg“ (Wilhelm H.; zit. n. Schrader 2012: 81). Friedrich Sülzer, damals 11 Jahre, sah und hörte, dass zwischen Wittbeck und Hustedt „alle 500 Meter einer [gemeint sind hier die KZ-Häftlinge; B. A.] erschossen wurde, der nicht weiter konnte“ (Sülzer; zit. n. Babel 2010). Am Vormittag des 11. April 1945 verließ der Häftlingszug sein Nachtquartier auf dem ehemaligen Feldflugplatz und trat die letzte Marschetappe an. Nach ca. 16 km wurde gegen 16:00 Uhr nachmittags das „Kasernenlager Bergen-Belsen“ erreicht (vgl. Babel 2010: 8).

Das KZ Bergen-Belsen war zu dieser Zeit schon hoffnungslos überfüllt. Der qualvolle Marsch war hier zwar zu Ende, die Leiden setzten sich aber fort. Viele Häftlinge starben in den Tagen vor und nach der Befreiung Bergen-Belsens (15. April 1945) an Hunger, Erschöpfung und Krankheiten (wie z. B. Typhus). Wie viele der Häftlinge den Evakuierungsmarsch von Kleinbodungen nach Bergen-Belsen überlebten, lässt sich nicht mit Sicherheit feststellen. Nach verschiedenen Aussagen war die Anklage im Bergen-Belsen-Prozess von „mindestens dreißig unterwegs Erschossenen“ (Neander 1997: 433) ausgegangen. Dies ist eine Größenordnung, die auch der Historiker Joachim Neander für wahrscheinlich hält. Alleine zwischen den Orten Groß-Hehlen und Hustedt wurden mindestens acht KZ-Häftlinge ermordet.

Wilhelm Dörr, stellvertretender Lagerführer im KZ-Außenlager Kleinbodungen, und Xaver Stärfel, Lagerführer im KZ-Außenlager Kleinbodungen, wurden nach der Befreiung des KZs Bergen-Belsen am 15. April 1945 wegen ihrer auf dem Todesmarsch begangener Verbrechen zum Tode verurteilt und am 13. Dezember 1945 im Zuchthaus Hameln hingerichtet.

IV. Anregungen für die historisch-politische Bildungsarbeit

Trotz der zahllosen Veröffentlichungen, Ausstellungen, Gedenkstätten, Veranstaltungen, Filme und Fernsehdokumentationen zu den mit den Oberbegriffen Auschwitz oder Shoa zusammengefassten Verbrechen stoßen wir auf lokaler Ebene immer wieder auf Unwissen, Abwehr, Verständnislosigkeit und eine gewisse „Schlussstrichmentalität“. Lässt man sich aber auf die Spurensuche vor Ort ein, dann erhalten bisher vertraute Gebäude oder Plätze plötzlich eine andere Bedeutung und einen anderen Charakter. Durch die Aufarbeitung und Sichtbarmachung historischer Orte können Erinnerungen wach gehalten und den Opfern und nachfolgenden Generationen das Gedenken an das Vergangene ermöglicht werden. Gleichzeitig leisten Erinnerungsorte einen wertvollen Beitrag zur lokalen und regionalen Erinnerungskultur. Sie regen zum Lernen aus und zum Lernen über die Geschichte an. Dadurch stellen sie einen wichtigen Beitrag zum Demokratielernen dar, d. h. zur Wertschätzung demokratischer Prinzipien, Verhaltensweisen und Institutionen, zum respektvollen Umgang miteinander, zur Solidarität, Toleranz und Mitmenschlichkeit sowie zur Achtung und Wahrung der Menschenrechte.

Durch die Errichtung eines Erinnerungsortes auf dem Gelände des Bildungszentrums HVHS Hustedt für die ermordeten Häftlinge des Todesmarsches von Groß Hehlen nach Hustedt, wird der Ort des Verbrechens und damit auch ein Teil vergessener oder gar verdrängter Lokalgeschichte nun endlich sichtbar. Der Erinnerungsort, bestehend aus insgesamt acht Gedenkstelen (der Anzahl der ermordeten Häftlinge entsprechend), bietet PädagogInnen und FachreferentInnen die Möglichkeit, die Geschichte des Nationalsozialismus anhand eines speziellen historischen Beispiels (hier: Todesmärsche) aufzugreifen und bspw. durch eine Ortsbegehung erfahrbar zu machen. Dadurch wird nicht nur die oftmals vorherrschende Authentizitätssehnsucht der Seminarteilnehmenden befriedigt, sondern auch die Beschäftigung mit der NS-Willkürherrschaft mit all ihren Folgen angeregt. Dabei sollte jedoch, wie Dirk Lange berechtigter Weise hervorhebt, vor allem bei der „Methodisierung von Lernprozessen (...) Rücksicht auf die historische Bedeutung des Ortes genommen werden“ (ebd.: 8), denn schließlich stellt dieser ein „Zeugnis des Leidens von Menschen und der Verbrechen des Nationalsozialismus“ (ebd.: 12) dar.

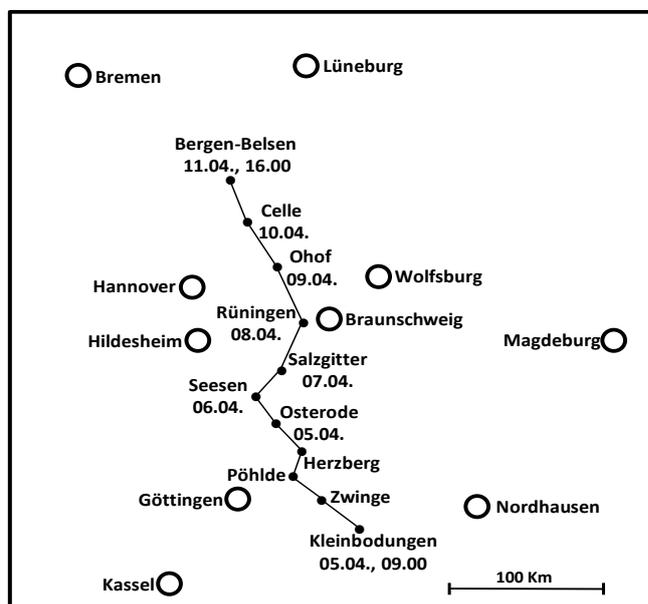
Erinnerungsorte bieten die Chance auf die veränderten Rahmenbedingungen (wie z. B. der Verlust von Zeitzeugen) neue methodische Zugänge zu entwickeln, alternative Vermittlungswege auszuprobieren sowie einen „räumliche[n] Bezug auf die nationalsozialistische Vergangenheit“ (Lange 2006: 7) herzustellen. Eigene Einstellungen und Verhaltensweisen können dadurch kritisch hinterfragt und in Verbindung zu gegenwartsorientierten Fragestellungen gesetzt werden. Nichtsdestotrotz ist politisch-historische Bildung natürlich kein „Allheilmittel“ zur Lösung gesellschaftlicher Problemlagen und aktueller Formen der Ungleichbehandlung, Ausgrenzung und Diskriminierung (vgl. hierzu auch Ahlheim 2007: 355).

LITERATURVERZEICHNIS

- Ahlheim, Klaus (2007)*: Rechtsextremismus und politische Bildung. In: Schoeps, Julius H./Botsch, Gideon/Kopke, Christoph/Rensmann, Lars (Hrsg.): Rechtsextremismus in Brandenburg. Handbuch für Analysen, Prävention und Intervention; 2. Auflage. Berlin: 355-358.
- Babel, Andreas (2010)*: Todesmarsch führt durch Groß Hehlen. Zeitzeugen erinnern sich an den 10. April 1945. In: Celler Zeitung; 22. Oktober 2010, S. 8.
- Blatman, Daniel (2011)*: Die Todesmärsche 1944/45. Das letzte Kapitel des nationalsozialistischen Massenmords. Reinbek.
- Carsten Gerz/Wolfgang Gerz (2010)*: Ein Schuss in den Hinterkopf. Westernohe.
- Deutscher Bundesjugendring (DBJR) (2014, zit. 2015)*: Beschluss: Erinnerungsarbeit in der Jugendbildung fördern und weiterentwickeln. Online unter: <https://www.dbjr.de/gremien/87-vollversammlung.html> [letzter Zugriff: 02.05.2015].
- Gring, Diana (1993)*: Die Todesmärsche und das Massaker von Gardelegen. NS-Verbrechen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges. Schriftenreihe des Stadtmuseums Gardelegen, Heft 1. Gardelegen.
- Knoch, Habbo (2009)*: Vom Ort der Tat zum Raum des Erinnerns. In: Dokument. Rundbrief der Lagergemeinschaft und Gedenkstätte KZ Moringen e.V., Nr. 26/2009: 5-9.
- Lange, Dirk (2006)*: Politische Bildung an historischen Orten. Vorüberlegungen für eine Didaktik des Erinnerns. In: Ders. (Hrsg.): Politische Bildung an historischen Orten. Materialien zur Didaktik des Erinnerns. Baltmannsweiler: 7-20.
- Lange, Dirk (2014)*: Historisches Lernen als Dimension politischer Bildung. In: Sander, Wolfgang (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung [Band 1420]; 4. Auflage. Bonn: 321-328.
- Neander, Joachim (1997)*: Das Konzentrationslager Mittelbau Dora in der Endphase der nationalsozialistischen Diktatur. Clausthal Zellerfeld.
- Philipps, Raymond (1949)*: Trial of Josef Kramer and Forty-four Others. Zeugenaussagen aus dem Bergen-Belsen-Prozess. London/Edinburgh/Glasgow.
- Schrader, Werner (2012)*: 777 Jahre Wolthausen/Wittbeck Ortschronik. Winsen.
- Siebert, o. A.(o. J.)*: Interview mit August-Charles Laval; Archiv der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Celle.
- Steinbach, Peter (2001)*: Geschichte und Politik – nicht nur ein wissenschaftliches Verhältnis. In: APuZ, B 28/2001: 3-7.
- Strebel, Bernhard (2009)*: Celle, 8. April 1945. Online unter: <http://www.zeit.de/2009/18/A-Celle-Massaker> [letzter Zugriff: 16.04.2015].
- Wenge, Nicola (2006)*: System der nationalsozialistischen KZ. Online unter: <http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/ravensbrueck/60676/system-der-nationalsozialistischen-kz?p=all> [letzter Zugriff: 21. Januar 2015].

ANLAGEN³

Todesmarsch KZ Mittelbau-Dora
(Außenlager Kleinbodungen)
zum KZ Bergen-Belsen, 05.-11. April 1945



³ Vgl. hierzu auch Siebert (o.J.): 13 ff. oder Neander 1997: 429. Darstellung: Harald Kolbe.

Elżbieta Maćzyńska

Das anomische Fundament der Dysfunktion sozial-ökonomischer Systeme

1. Einleitung

Jedes sozial-ökonomische System braucht einen Rahmen, der durch eine genau definierte und komplexe Wirtschaftsordnung bestimmt wird. Dieser Rahmen sowie gesellschaftlich bestimmende Ideen funktionieren als Wegweiser bei der Gestaltung der Wirtschaftsordnung und als Indikatoren der Wirtschaftspolitik, wobei sie die Rollen der Hauptakteure des sozial-ökonomischen Lebens vorgeben. Wie John Maynard Keynes hervorhob: „Die von Ökonomen und Politikwissenschaftlern vertretenen Ideen haben unabhängig davon, ob sie richtig oder falsch sind, einen größeren Einfluss als man allgemein annimmt. In Wirklichkeit regieren gerade sie die Welt“¹ Sie wirken sich auf die Intensität und die Orientierung der sozial-ökonomischen Veränderungen aus. Die globale Wirtschaftsgeschichte liefert viele Beweise aus verschiedenen Räumen und Epochen dafür, wie teuer erkaufte Fehler bei der Gestaltung der sozial-ökonomischen Ordnung sein können und sind.² Systemfehlern, mit den entsprechenden Konsequenzen, ist die Welt auch aktuell ausgesetzt.³ Dafür stehen das global gestörte Gleichgewicht, Krisen und das Chaos in der Weltwirtschaft. Weitere negative Phänomene sind die auseinander driftenden Pole von Reichtum und Armut oder die tiefreichende Störung der ökologischen Ordnung.⁴

Zur Häufung dieser Phänomene hat zweifellos die im Jahre 2008 in den USA beginnende Finanzkrise beigetragen, die sich allmählich in eine Wirtschaftskrise verwandelte, um zuletzt die Form einer globalen Verschuldungskrise anzunehmen. Die Folge sind weitere, neue Krisenerscheinungen in der Realwirtschaft oder anhaltende Ungleichgewichte. In dieser Krisentriade erweist sich das Problem der Zunahme des spekulativen Anteils im Finanzsektor als besonders schwer lösbar. Hieraus folgt, dass das Gleichgewicht zwischen realem und virtuellem Finanzsektor stark gestört ist. In der ökonomischen Fachliteratur bezeichnet man dies als fortschreitende, den Realsektor belastende „Finanzisierung“.⁵

Die aus der globalen Krise resultierenden Erfahrungen beweisen, dass Länder mit einem neoliberalen Wirtschaftsmodell am stärksten von ihr erfasst werden. Daher gewinnt auch die These an Bedeutung, dass die globale Krise keine typische Konjunkturkrise sei, sondern eine strukturelle Fundamentalkrise, eine Krise des Neoliberalismus und der

¹ Keynes, John Maynard: *Ogólna teoria zatrudnienia, procentu i pieniądza*. Warszawa 2003, S. 350

² Galbraith, J.K.: *Godne społeczeństwo. Program troski o ludzkość*. Warszawa 2012; Fukuyama, Francis: *Historia ładu politycznego. Od czasów przedludzkich do rewolucji francuskiej*. Poznań 2012

³ Klee, Jerzy: *Związki między gospodarką realną a wirtualną*. In: *O nowy model działalności państwa w sferze finansów*. Warszawa 2011; Krugman, Paul: *End This Depression Now!* New York, London 2013; Stiglitz, Joseph, E.: *Freefall. Jazda bez trzymanki*. Warszawa 2010; Roberts, Paul C.: *The Failure of Laissez Faire Capitalism and Economic Dissolution of the West*. Atwell Publishing 2013

⁴ Maćzyńska, Elżbieta: *Wyznaczniki modelu ustroju społeczno-gospodarczego*. In: *Zeszyty Naukowe, Uniwersytet Ekonomiczny w Poznaniu*, 230 (2012), S. 115-133

⁵ Klee, op.cit; Dembiński, Paul: *Finanse po zawale*. Warszawa 2011

falschen Hypothese von der Effektivität des Marktes (*Efficient Market Hypothesis*). Zwangsläufige und offensichtliche Konsequenz der Überzeugung von der Unfehlbarkeit des Marktes und seiner Effektivität ist das Streben, die Rolle des Staates weitgehend einzuschränken, zumal seine traditionellen Funktionen gemäß der neoliberalen Doktrin erfolgreich durch Marktmechanismen ersetzt werden können. Obschon Chaos und Zerstörung sowie sozial-ökonomische Schief lagen durch die globale Krise hervorgerufen werden, und damit die Rationalität der neoliberalen Doktrin falsifiziert wird, deutet doch vieles darauf hin, dass sie die Gestaltung der wirtschaftlichen Realität noch immer stark beeinflusst. Dies belegen zahlreiche Phänomene, unter anderem die weiterhin starke Position des spekulativen Finanzsektors im Ergebnis staatlicher Hilfen. Berücksichtigt man das in der Sachliteratur eingehend beschriebene Ausmaß des wirtschaftlichen Chaos und des global erschütterten Gleichgewichts (Einkommen, Arbeitsmarkt, Umwelt, Sektoren), so lässt sich die These, dass die Folgen der globalen Krise „für lange Jahre, vielleicht sogar für Jahrzehnte spürbar bleiben werden“ weder anzweifeln noch ignorieren.⁶

Die Reichweite und die Tiefe der globalen Krise lassen auf die Komplexität ihrer Ursachen schließen. Im vorliegenden Text beschränke ich mich auf Ursachen anomischen Charakters, die aus dem für den Neoliberalismus spezifischen Wertesystem und seinen Präferenzen sowie aus den angewandten Prinzipien und Kriterien der Messung und Bewertung menschlicher Aktivität und des Funktionierens der Wirtschaft resultieren. Diese Kriterien sind oft weder kohärent noch transparent, was zur Anomie beiträgt. Anomie bedeutet etwas vereinfacht Chaos und Widersprüche im Wertesystem und die daraus resultierende Unsicherheit sowie die Schwierigkeiten bei der Bewertung dessen, was im Handeln der Menschen und dem Funktionieren der Wirtschaft gut bzw. schlecht ist, und welche Methoden der Zielerreichung zulässig sind oder nicht. Anomie meint demnach „Chaos im axiologisch-normativen System der Gesellschaft, Unbestimmtheit und gegenseitige Widersprüche bei Werten und Normen, durch die legitime Handlungsziele und adäquate Methoden ihrer Erreichung angestrebt werden“.⁷ Eine der zahlreichen negativen Konsequenzen hiervon ist das sich verbreitende Phänomen nicht eingehaltener Absprachen und nicht erfüllter Verpflichtungen auf den unterschiedlichsten Entscheidungs- und Leitungsebenen. Dies wirkt sich destruktiv auf das gesellschaftliche Vertrauenskapital aus, womit einhergeht, dass die Fundamente der Gesellschaft und der Demokratie in Frage gestellt werden.

In diesem Beitrag wird die These vertreten, dass anomische Phänomene dieser Art das Risiko für Gesetzlosigkeit und Unordnung in einem sozial-ökonomischen System erhöhen und eine Konsequenz der axiologisch-normativen Merkmale der diesem System zugrunde liegenden neoliberalen Doktrin darstellen. Hieraus ergibt sich zugleich die Notwendigkeit systemischer Veränderungen, die auf die Wiederherstellung der sozial-ökonomischen Ordnung und die Bekämpfung gesellschaftlicher Anomien zielen.

⁶ Roubini, Nouriel, Mihm Stephen: *Ekonomia kryzysu*. Warszawa 2011, S. 27

⁷ Sztompka, Piotr: *Zaufanie. Fundament społeczeństwa*. Kraków 2007, S. 301

2. Axiologisch-normative Merkmale des Neoliberalismus

In den Arbeiten über die Ursachen der turbulenten Krisenphänomene in der Weltwirtschaft wird unter anderem auf Faktoren hingewiesen, die sich aus der Doktrinalisierung der Wirtschaft ergeben. Das findet seinen Ausdruck darin, dass das sozial-ökonomische System westlicher Staaten der neoliberalen Doktrin untergeordnet wird, mit dem ihr impliziten Glauben an einen unfehlbaren und effektiven Markt. Spektakulär wird die Stärke dieses Glaubens durch die These Fukuyamas vom Ende der Geschichte belegt, durch die Vorstellung, dass das neoliberale System der kapitalistischen Marktwirtschaft die endgültige und perfekte Form des Kapitalismus darstelle.⁸ Dem unkritischen Glauben an den perfekten Markt erlag selbst Robert Lucas, der im Jahre 1995 mit dem Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet worden war. Im Jahre 2003 ging Lucas davon aus, dass das Problem der Überwindung wirtschaftlicher, sich aus dem Konjunkturzyklus ergebender Depressionen dank des neoliberalen Modells vollständig gelöst worden sei: „central problem of depression-prevention [has] been solved, for all practical purposes“.⁹ Derartige Einschätzungen dominierten in der Zeit vor der globalen Krise. Die Krise widerlegte allerdings die Berechtigung dieser Auffassung vollständig und akzentuierte die Mängel sowie die sich nach der Krise einstellenden Fehlentwicklungen des Neoliberalismus.

Obschon dem Neoliberalismus die Hauptschuld für die globale Krise gegeben wird, fehlt es in der Fachliteratur an einer eindeutigen Charakteristik dieser ökonomischen Richtung. Den ersten wissenschaftlichen und komplexen (wenn auch kontroversen) Versuch, das Wesen und die historischen Wurzeln sowie die Evolution des Neoliberalismus darzustellen, bildet das von Philip Mirowski und Dieter Plehwe herausgegebene Werk u.d.T. *The Road From Mont Pelerin: The Making of Neoliberalism*.¹⁰ In Polen unternahm Andrzej Szahaj mittels eines philosophischen Ansatzes den Versuch, den Begriff des Neoliberalismus näher zu bestimmen.¹¹

Der Neoliberalismus knüpft an den Laissez-Faire-Liberalismus Adam Smiths an, der die wirtschaftliche Realität vom Ende des XVIII bis zum Anfang des XX Jahrhunderts bestimmte. Allerdings traten bereits Ende des XIX Jahrhunderts Dysfunktionen des Laissez-Faire-Kapitalismus auf, wie z.B. monopolistische Tendenzen bei der Industrialisierung, Konjunkturschwankungen, steigende Arbeitslosigkeit. Der klassische Laissez-Faire-Liberalismus Ende des XIX und Anfang des XX Jahrhunderts erodierte immer mehr und wurde durch einflussreiche antikapitalistische und etatistische Ideen geschwächt. Dies führte im Vorkriegsdeutschland zum Nationalsozialismus und seit der Oktoberrevolution des Jahres 1917 zum kollektivierten System einer zentral gesteuerten Wirtschaft in Russland. Die große Krise der Zwischenkriegszeit begünstigte den Keynesianismus, und nach dem Zweiten Weltkrieg kam es zur Stärkung des

⁸ Fukuyama, Francis: *Koniec historii*. Kraków 2009

⁹ Krugman Paul: *End This Depression Now*. Norton&Company 2012, S. 92

¹⁰ Mirowski, Philip, Plehwe, Dieter: *The Road From Mont Pelerin. The Making of Neoliberalism*. Harvard University Press 2009

¹¹ Szahaj, Andrzej: *Liberalizm wspólnotowość równość. Eseje z filozofii polityki*. Toruń 2013

Sozialismus. Diese Entwicklung bildete den Impuls für gegenläufige Aktivitäten, die auf die Belebung und Verteidigung liberaler Ideen sowie klassischer Grundsätze der Ökonomie ausgerichtet waren. Von fundamentaler Bedeutung war in diesem Zusammenhang die internationale Debatte im Rahmen des „Colloque Walter Lippmann“, die im Jahre 1938 in Paris stattfand. Auf diesem Colloquium wurde zum ersten Mal der von Alexander Rüstow kreierte Begriff des Neoliberalismus verwendet. Die Bezeichnung sollte den Unterschied zwischen der in dieser Debatte empfohlenen neuen, neoliberalen Konzeption und dem aus dem XIX Jahrhundert stammenden und auf den Regeln des *laissez-faire* basierenden klassischen Liberalismus akzentuieren.

Allerdings akzeptierten nicht alle Teilnehmer des Lippmannschen Kolloquiums den Begriff des Neoliberalismus. Wilhelm Röpke bezeichnete die Übernahme dieses Begriffs als ein nur wenig befriedigendes Resultat dieser Konferenz. Der die Universität Freiburg vertretende Walter Eucken lehnte ihn dagegen entschieden ab. In der Konzeption Euckens wird im Unterschied zum klassischen Laissez-Faire-Liberalismus davon ausgegangen, dass der freie Markt einen festgelegten institutionellen Rahmen benötigt, wodurch dem Staat eine größere Rolle zukommt als der in der Smithschen Theorie vorgesehenen Rolle des „Nachtwächters“. Angesichts der Aushebelung des Wettbewerbsgrundsatzes durch oligopolistische Unternehmen schien dies unerlässlich. Die Konzeption Euckens bildet das Fundament der ordoliberalen Theorie, die an die aus der Antike stammende Idee der „ordo“ anknüpft. Deren Wesen besteht darin, eine Ordnung zu schaffen, die der menschlichen Natur entspricht und zugleich wirtschaftliches Gleichgewicht garantiert.¹² Die ordoliberale Theorie legte die Grundlagen für die Prägung des Begriffs der „sozialen Marktwirtschaft“ durch den aus der Freiburger Schule stammenden Alfred Müller-Armack. Dieser Begriff zielt auf die Harmonisierung der wirtschaftlichen mit der sozialen Entwicklung. Das Modell der sozialen Marktwirtschaft wurde nach dem Zweiten Weltkrieg während der Regierungszeit Ludwig Erhards erfolgreich in die Wirtschaft Westdeutschlands implementiert.¹³ Etwas vereinfacht lässt sich sagen, dass dieses Modell ein Erbe des Lippmannschen Kolloquiums war, als Resultat der kontroversen Auffassungen seiner Teilnehmer, in deren Ergebnis die ordoliberale Theorie formuliert wurde.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg wieder aufgenommenen internationalen Kontakte der Teilnehmer des Lippmannschen Kolloquiums führten im Jahre 1947 in der Schweiz zwar zur Gründung der Gesellschaft Mont-Pèlerin, die sich der Verteidigung des klassischen Liberalismus verschrieb. Dies führte aber keineswegs zu einer Angleichung der Ansichten ihrer Mitglieder. Wohl deshalb, weil die Hauptakteure dieses Projekts zwei außergewöhnlich starke Persönlichkeiten waren: die späteren Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften Friedrich August von Hayek und Milton Friedman. Teilgenommen hatten übrigens noch zwei andere spätere Nobelpreisträger: George Stigler und James M. Buchanan.

¹² Pysz, Piotr: Społeczna gospodarka rynkowa. Ordoliberalna koncepcja polityki gospodarczej. Warszawa 2008
¹³ Erhard, Ludwig: Dobrobyt dla wszystkich. Warszawa 2012

Ordoliberalen Ideen und die soziale Marktwirtschaft erhielten in den Ländern der Europäischen Union im Jahre 2004 Verfassungsrang, davor schon im Jahre 1997 in Polen. In einem Teil dieser Länder, so auch in Polen, entsprechen diese Verfassungsparagrafen allerdings nicht der ökonomischen Realität.

In den angelsächsischen Ländern, besonders in den USA und in Großbritannien, triumphierte seit den 1970er Jahren des XX Jahrhunderts der Neoliberalismus. Die nachfrageorientierte Ökonomie im Sinne der Keynes'schen Konzeption, die mittels staatlicher Interventionen in Gestalt öffentlicher Aufträge und einer aktiven Fiskalpolitik des Staates auf die Weckung der Nachfrage zielte, wurde ad acta gelegt.

Allerdings kehrte man in den angelsächsischen Ländern nach einigen Jahrzehnten der Dominanz neoliberaler Ansätze aufgrund der globalen Krise in den von ihr erfassten Ländern zu den aus der Keynes'schen Theorie bekannten Rettungsinstrumenten zurück. Selbst der Guru des Chicagoer Schule, Robert Lucas, räumte ein: „we are all Keynesians in the foxhole“.¹⁴ Einmal im Rettungsboot griffen demnach alle nach den Rudern. Charakteristisch ist dabei, dass die Konzeption von Keynes in schwierigen Zeiten, nach der Krise der Zwischenkriegszeit und fast 30 Jahre nach dem Zweiten Weltkrieg Anwendung fand. Die Überwindung krisenhafter Situationen und der sich verbessernde Zustand der Wirtschaft schufen hingegen die Voraussetzungen für den Neoliberalismus, der auf eine beschränkte Rolle des Staates in der Wirtschaft und deren Regulierung durch den freien Markt zielt. Diese Ideen wurden durch Wissenschaftler der Universität von Chicago entwickelt und propagiert, daher der Name „Chicagoer Schule“, deren größte Triumphe in die 1990er Jahre fielen, als deren Repräsentanten mit Nobelpreisen ausgezeichnet wurden.

Die Veränderungen bei der praktischen Umsetzung so extrem unterschiedlicher theoretischer Konzeptionen werden von intensiven Debatten begleitet. Die auf dem Lippmann'schen Kolloquium begonnenen Auseinandersetzungen über das Wesens des Neoliberalismus halten paradoxerweise auch noch nach acht Jahrzehnten bis heute an. Weiterhin fehlt es allerdings an einer eindeutigen Definition und einem eindeutigen Verständnis des Begriffs „Neoliberalismus“. Zudem wird er nicht selten als Schimpfwort benutzt, als Epitheton und Etikett, das der Stigmatisierung oder Ausgrenzung dient. Gerade in der politischen Auseinandersetzung. Andererseits wird die Meinung vertreten, dass es so jemanden wie den *Neoliberalen* gar nicht gebe, da man nicht wisse, was der Neoliberalismus sei.¹⁵ Zugleich wird der Begriff Neoliberalismus sehr häufig und unzutreffend als Synonym des klassischen Liberalismus benutzt. Hinzu kommen definitorische Missverständnisse im Hinblick auf den Ordoliberalismus.

¹⁴ Skidelsky, Robert: The relevance of Keynes. In: Cambridge Journal of Economics (35), 17.01.2011, S.1-13

¹⁵ Gadomski Witold: Odpowiedź "neoliberalna". In: Gazeta Wyborcza Świąteczna, 07.08.2011

Die noch immer nicht beigelegten definitorischen Kontroversen verdeutlichen, dass der Liberalismus mehrere Namen trägt, so dass es notwendig scheint, zumindest drei Typen zu unterscheiden:

- Den klassischen Liberalismus als Fundament der klassischen Laissez-Faire-Theorie von Adam Smith,
- Den Ordoliberalismus,
- Den Neoliberalismus.

Die genannten drei Kategorien des Liberalismus stellen eine Klassifikation dar, die kontrovers bleibt. Sicherlich überlappen sie sich und man kann dieser Klassifikation auch vorhalten, dass sie zu stark vereinfacht. Sie zielt allerdings auf größere Transparenz, Präzision und Klarheit hinsichtlich des Liberalismus sowie auf die Eliminierung häufig vorkommender argumentativer Ungenauigkeiten oder Fehler. Die Behandlung des Liberalismus als einheitlicher Kategorie birgt das Risiko einer fehlerhaften Beurteilung der Ursachen für die Dysfunktionen des sozial-ökonomischen Systems in sich, da sie dem Liberalismus als solchem und nicht einer seiner Kategorien zugeschrieben werden.

Worin sich die drei genannten Kategorien des Liberalismus voneinander unterscheiden, ist vor allem ihr Umgang mit der sozial-ökonomischen Ordnung, der Rolle des Staates und der Ausformung des Wertesystems gesellschaftlicher Normen, inklusive der ethisch-moralischen. Stark verkürzt lässt sich sagen, dass im Unterschied zum klassischen Liberalismus und zum Neoliberalismus, mit den für sie charakteristischen Annahmen vom spontanen Entstehen der sozial-ökonomischen Ordnung, im Ordoliberalismus die Notwendigkeit postuliert wird, dass der Staat einen Ordnungsrahmen vorgibt. Der Ordoliberalismus basiert zudem auf der Annahme eines verantwortungsbewussten und ethischen Handelns der Wirtschaftssubjekte. Im Unterschied zum Ordoliberalismus werden der Neoliberalismus und der klassische Liberalismus durch den Marktfundamentalismus bestimmt, also die Annahme, dass der freie Markt mit dem Marktmechanismus die Wirtschaftsordnung so effektiv gestaltet, dass der Staat auf die Rolle eines Nachtwächters reduziert werden kann. Das, was den Neoliberalismus vom klassischen Liberalismus unterscheidet, ist also der Umgang mit ethisch-moralischen Fragestellungen. Das Gebot von Ethik und Moral bildet die Grundlage für den klassischen Liberalismus von Adam Smith. Die für den Neoliberalismus charakteristische Abkehr von ethisch-moralischen Fragen ergibt sich aus der Annahme, dass der freie Markt diese Probleme optimal löst. Das betrifft auch andere gesellschaftliche Fragestellungen.

Aufgrund der Abkehr des Neoliberalismus von ethisch-moralischen Fragestellungen, wird diese Richtung manchmal als Karikatur des Liberalismus betrachtet, bei der die liberalen Sorgen um die Freiheit des Einzelnen, die politische Gleichberechtigung und die Menschenrechte dadurch beschädigt werden, dass man sie ausschließlich auf eine

Wirtschaftsdoktrin reduziert.¹⁶ Der in Harvard lehrende Wirtschaftswissenschaftler Dani Rodrik stellte 2002 fest, dass zwischen dem Neoliberalismus und dem klassischen Liberalismus – als Fundament der neoklassischen Ökonomie – eine Beziehung bestehe, wie zwischen Astrologie und Astronomie: Neoliberalism is to neoclassical economics as astrology is to astronomy. In both cases, it takes a lot of blind faith to go from one to the other. Critics of neoliberalism should not oppose mainstream economics – only its misuse.¹⁷ Weder die Astrologie noch der Neoliberalismus sind Wissenschaften, vielmehr Ideologien. Noch prägnanter ausgedrückt, der Neoliberalismus verhält sich zum Liberalismus so wie der Fundamentalismus zu den Fundamenten. Adam Smith, der Klassiker einer überaus humanen Konzeption des Liberalismus, verband die Idee des freien Marktes mit Moral, Verantwortung und Ethik. Sein Werk „Theorie moralischer Gefühle“ betrachtete er als die unverzichtbare Basis für weitere, hauptsächlich ökonomische Erwägungen über die Natur und Ursache des Wohlstands der Völker. In der neoliberalen Konzeption des freien Marktes fehlt diese Symbiose, wodurch ein „fruchtbarer“ Nährboden für nicht ethische Verhaltensweisen entsteht. Deren Intensivierung führt zur Krise.

Die Suche nach der Antwort auf die Frage, warum Fragen der Moral und der sozialen Gerechtigkeit gegenwärtig marginalisiert werden, führt demnach zu den Werken Adam Smiths und der charakteristischen, falschen und einseitigen, aber leider gegenwärtig dominierenden Interpretation seiner Werke. Das epochale Werk von Smith *Inquiry Into the Nature and Causes of the Wealth of Nations* aus dem Jahre 1776, hat die ökonomische Theorie und Praxis am Ende des XVIII und in der ersten Hälfte des XIX Jahrhunderts sowohl in England als auch auf der ganzen Welt bestimmt. Es gilt als „Bibel des Liberalismus“. Ein Schattendasein führt hingegen eine andere fundamentale Arbeit von Smith, *Theorie moralischer Gefühle*, die auf die große Bedeutung hinweist, die der Autor mit dem Problem der sozialen Gerechtigkeit und dem Allgemeinwohl verband.¹⁸ In beiden Werken machte Adam Smith das einwandfreie Funktionieren des Mechanismus der unsichtbaren Hand von der Erfüllung des Gebots der sozialen Gerechtigkeit abhängig. Auf die interpretatorischen Schwächen im Hinblick auf die Werke Adam Smiths wird in der Fachliteratur hingewiesen, allerdings erst seit Kurzem, und hauptsächlich aufgrund der versagenden neoliberalen Doktrin und sich verstärkender Symptome wirtschaftlicher Dysfunktionen.¹⁹

Die für die neoliberale Doktrin charakteristische Marginalisierung ethisch-moralischer Werte ist sehr eng mit dem System der Messung sozial-ökonomischer Leistungen und den ihm innewohnenden Regelwidrigkeiten verbunden.

¹⁶ Mirowski, op. cit., S. 447

¹⁷ Rodrik, Dani: *After Neoliberalism, What?* Project Syndicate, September 2002, <http://www.project-syndicate.org/commentary/rodrik7/English>

¹⁸ Smith, Adam: *Teoria uczuć moralnych*. Warszawa 1989

¹⁹ Dönhoff, Marion: *Ucywilizujmy kapitalizm. Granice Wolności*. Warszawa 2000; Zabieglik, Stefan: Adam Smith. Warszawa 2003; Polowczyk, Jan: *Elementy ekonomii behawioralnej w dziełach Adama Smitha*. In: *Ekonomista*, 4 (2010)

3. Regelwidrigkeiten der Messung

Die globale Krise hat auf spektakuläre Weise die Regelwidrigkeiten und Fehler bei der Messung sozial-ökonomischer Aktivitäten aufgedeckt. Diese Fehler treten sowohl auf mikroökonomischer Ebene, besonders bei der Bestimmung von Unternehmensaktiva und Kapitalwerten, wie auch auf makroökonomischer Ebene, vor allem bei der Bestimmung des Bruttoinlandprodukts (BIP), auf. Das Problem ist Gegenstand zahlreicher theoretischer und empirischer Analysen und wird in vielen Publikationen behandelt. So stellt Robert Skidelsky zum Beispiel fest: „The financial collapse of 2007-2009 was the result of a massive mispricing of assets by private banks and rating agencies”.²⁰ Aus den Messfehlern resultieren statistische Fehler, was das Risiko von Fehlentscheidungen zusätzlich erhöht.

Die Messung wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten ist sowohl in der ökonomischen Theorie als auch in der wirtschaftlichen Praxis eine der wichtigsten Fragestellungen. Sie findet aber nicht nur keine befriedigende Lösung, sondern kompliziert sich angesichts der fortschreitenden Globalisierung und der zunehmenden Komplexität sozial-ökonomischer Zusammenhänge immer mehr. Daher auch die Forschungen und Debatten, die auf die Suche nach neuen Bemessungsgrundlagen des Wirtschaftswachstums und der sozialen Entwicklung zielen. Obschon das Wirtschaftswachstum eine quantitative Dimension hat und deshalb leichter zu messen ist, gibt es auch hier eine Reihe von Ungereimtheiten. Noch stärker betroffen ist die Kategorie der sozialen Entwicklung, die wesentlich komplexer ist als das Wirtschaftswachstum, da sie sich aus Wirtschaftswachstum sowie sozialer Lebensqualität und ökologischer Lage zusammensetzt.

Die Messmethode der Aktivitäten von Marktteilnehmern wirkt sich immer auf die Qualität, den Stil und die Intensität der Arbeit und auf das Verhalten und die Entscheidungen derjenigen aus, die direkt oder indirekt von der Messung betroffen sind. Wenn sie fehlerhaft oder unvollständig ist, kann dies zu einem regellosen Funktionieren der Gesellschaft und Wirtschaft führen. Messfehler bedeuten die Nichtübereinstimmung mit der Realität, mit den echten, aber zumeist unbekannt bleibenden Größen. Ein solcher Fehler ist kein gewöhnliches Missverständnis, sondern Ergebnis der Komplexität des Messvorgangs und der angewandten Methoden.

Die Bedeutung der Messung sozial-ökonomischer Aktivitäten wird durch die Tatsache belegt, dass sich herausragende Ökonomen für sie interessieren. Mit den Unzulänglichkeiten im aktuellen System der Messung der Wirtschaftsleistung und der sozialen Entwicklung, unter anderem hinsichtlich unserer Lebensqualität, beschäftigen sich die Analysen von Jean-Paul Fitoussi in seinem Buch *Fehler der Messung. Warum das BIP nicht ausreicht* sowie die Arbeiten der beiden Nobelpreisträger Joseph E.

²⁰ Skidelsky, Robert: Democracy or Finance, Project Syndicate, April 18. 2011, <http://www.skidelskyr.com/site/article/democracy-or-finance/>

Stiglitz und Amartya Sen.²¹ Diese Autoren versuchen, nicht nur Unzulänglichkeiten, sondern auch Lösungsmöglichkeiten für dieses Problem zu bestimmen.

Die Leistungsmessung ist eine Fragestellung, die in hohem Maße die individuellen Emotionen, Urteile und Stimmungen der Menschen tangiert, wobei Glücksgefühle sowie die Unzufriedenheit mit dem beruflichen oder privaten Leben Berücksichtigung finden. Deshalb ist die Bestimmung der Ursachen, die bedingen, dass diese Gefühle immer häufiger nicht den allgemein gültigen Bewertungen der sich vollziehenden sozial-ökonomischen Veränderungen entsprechen, besonders wichtig, zumal diese Bewertungen auf dem in den einzelnen Ländern erarbeiteten BIP beruhen.

Das BIP ist ein Messwert, dessen Bedeutung in der neoliberalen Wirtschaft sehr stark zugenommen hat. In den Werken der Klassiker des Liberalismus gab es diese Kategorie nicht. Das BIP stellt den aggregierten Mehrwert (das heisst den nach dem Abzug des Werts der zur Produktion benötigten Güter und Dienstleistungen vom Wert der Gesamtproduktion verbleibenden Wert) dar, oder – einfacher ausgedrückt – das BIP entspricht dem Nettowert fertiggestellter Güter und Dienstleistungen, die in einem bestimmten Zeitraum auf dem Territorium eines Landes oder einer Region erzeugt werden. Es ist der gegenwärtig populärste, auf der ganzen Welt verpflichtende Messwert wirtschaftlicher Leistung, der vergleichende Analysen in Raum und Zeit erlaubt, ein Messwert mit recht gut beschriebenen begrifflichen und statistischen Grundlagen, der zudem internationalen Standards entspricht. Das BIP ist allerdings nur ein Maß und Parameter der Marktproduktion. Obwohl es Basis und Bestandteil mehrerer Indikatoren ist, die der Messung des Wirtschaftswachstums dienen, bildet es nicht direkt den Wohlstand eines Landes und seiner sozialen Verhältnisse ab. Das BIP enthält nicht die Ergebnisse der Aktivitäten und Arbeiten, die außerhalb des Marktes durchgeführt werden, zum Beispiel der so wichtigen Hausarbeit. Deshalb versagt das BIP als Messwert des sozial-ökonomischen Fortschritts sowie des sozialen und nationalen Wohlergehens und ist für die komplexe Bewertung dieses Bereichs unzureichend. Das Beharren auf den auf dem BIP beruhenden Messwerten, ohne vertiefte, holistische sowie qualitative Analyse kann unvermeidbare Konsequenzen generieren und zu teuer erkaufte Fehlern in der Wirtschafts- und Sozialpolitik führen. Das BIP ist nämlich ein harter quantitativer Messwert, bei dem existenzielle Werte wie Vertrauen, Sicherheit und Ästhetik unberücksichtigt bleiben. Hierbei handelt es sich um sog. „weiche Werte“, Werte ohne Preis.²² Tomáš Sedláček stellt in diesem Zusammenhang fest, dass „Hartes Weiches vernichtet“ und „uns zu große Genauigkeit genauso effektiv täuschen kann wie zu viel Unbestimmtes“.²³ Hierzu passt die aufgrund der Virtualisierung der Wirtschaft immer aktuellere Maxime Einsteins, dass *nicht alles was zählt, zählbar ist, und nicht alles, was zählbar ist, etwas zählt*. „Zum Beispiel die Überzeugung, dass wir die Natur und unsere Umgebung nicht mit einem Übermaß an Reklame vermüllen sollten. Dabei

²¹ Stiglitz, Joseph, E., Sen, Amartya, Fitoussi, Jean-Paul: Błąd pomiaru. Dlaczego PKB nie wystarcza. Warszawa 2013

²² Sandel Michael J.: Czego nie można kupić za pieniądze. Moralne granice rynku. Warszawa 2012

²³ Sedláček, Tomáš, Orrellm David: Rozmowa z Romanem Chlupatym. Zmierzch Homo Economicus. Warszawa 2012, S. 27-28 u. 76

handelt es sich um ein immaterielles, weiches Gefühl. Erlebnisse, die mit dem Sehen verbunden sind, stellen einen Wert ohne Preisschild dar. Andererseits haben Reklame, Materialismus und Gewinn einen harten Kern, einen Wert, der einen harten, nicht diskutablen Preis hat. Diese Auseinandersetzung ist äußerst ungerecht. Denn, wenn du etwas in Zahlen fasst, so verwandelt es sich in ein hartes Argument. Was man nicht in Zahlen ausdrücken kann, ist weich. Und damit ist es schon vor Spielbeginn auf der Verliererstraße".²⁴ In diesem System gerät das BIP zum Fetisch und zu einem alles beherrschenden, dominierenden Maß für Veränderungen.

Sehr vereinfacht ausgedrückt ist das BIP die Summe der Gewinne von Wirtschaftseinheiten, die von Kapitalgewinnen bis hin zu den von Beschäftigten erzielten Einkommen reichen, ungeachtet des Charakters und der Bedeutung der verrichteten Arbeit. So werden bei der Berechnung des BIPs Produktion und Hasard gleich behandelt. Die Mäander dieser Berechnungsart verdeutlicht die Tatsache, dass das Funktionieren von Gefängnissen oder der im Winter erfolgende Einsatz von Streusalz das BIP erhöhen. Dies gilt auch für massive Werbung, die den Menschen häufig lästig werden kann. Das BIP wächst auch durch Finanzspekulationen, die nicht selten ganze Unternehmen ruinieren. Zweifel und starke Kontroversen weckt auch die jüngst im Zusammenhang mit EU-Richtlinien, die auf die Vereinheitlichung der Berechnungsgrundlagen des BIP zielen, diskutierte Einbeziehung von Prostitution und kriminellen Aktivitäten, wie etwa dem Drogenhandel, in das BIP. Gemäß dieser Regulierungen sollen diese Aktivitäten in allen EU-Ländern bei der Berechnung des BIP berücksichtigt werden.

Gesteigert wird das BIP aber weder durch Arbeiten in den Haushalten, selbst nicht bei Investitionen, die im legalen Wirtschaftsrahmen erfolgen. Ebenso wächst das BIP nicht durch ehrenamtliche, unbezahlte Tätigkeiten oder bei gegenseitigen Hilfsleistungen. Daher steigert die eigenständig durchgeführte Repartaur oder der Ausbau eines Hauses das BIP nicht in einem solchen Umfang wie die Auftragsvergabe dieser Arbeiten an eine Firma. Das materielle Resultat ist allerdings identisch. Dies gilt auch in hohem Maße für Ehrenämter und soziale Leistungen.

Zu berücksichtigen ist ferner, dass ein Teil des im Inland erarbeiteten Einkommens ins Ausland abfließt (Transfer der Gewinne transnationaler Korporationen sowie der Gehälter ausländischer Beschäftigter). Andererseits kommt es auch verschiedentlich zum Transfer von Gewinnen polnischer Firmen und von im Ausland tätiger polnischer Arbeitnehmer nach Polen. Diese Zuflüsse werden aber nicht im BIP berücksichtigt, sondern nur im sog. Nationaleinkommen. Dieses fällt zum Beispiel geringer aus als das BIP, wenn ausländische Investoren ihre Gewinne in ihr Mutterland rückführen. Aufgrund der Globalisierung spielt dieser Faktor eine immer größere Rolle. Diese Gewinne werden im BIP berücksichtigt, stärken aber nicht die Kaufkraft der Bürger eines Landes und auch nicht deren Nachfrage. Daher kann – wie die Autoren des

²⁴ ibd.,S.27-28

Buches *Fehler der Messung* schreiben – für ein Entwicklungsland „die Feststellung, dass sein BIP gewachsen ist, von nur geringer Bedeutung sein. In diesem Land möchte man nämlich wissen, ob es den Bürgern besser geht, und so betrachtet sind die Messgrößen des Nationaleinkommens wesentlich zielführender als die des BIPs“.²⁵

Solche Beispiele für die Komplexität der Messung der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gibt es Legion, wodurch das in vielen ökonomischen Veröffentlichungen geschilderte Syndrom eines *Zahlentheaters*, bestätigt wird, bei dem Zahlenangaben und Statistiken den Vorhang bilden, der uns von der Wirklichkeit trennt. Zahlreiche Wissenschaftler und Praktiker weisen auf diese Gefahren hin, und sie spiegeln sich auch in vielen Publikationen wider. Symptomatisch sind Titel, die auf die Unzulänglichkeiten des Marktes sowie die Intransparenz und Verfälschung von Marktmessungen abheben, bei denen häufig weder die sozialen Kosten noch die externen Effekte (*externalities*) und eine nachhaltige Perspektive berücksichtigt werden. Daraus ergibt sich, dass vielfältige Messverfahren benötigt werden. Denn sicherlich gibt es nicht *die* Messgröße, mit deren Hilfe man so etwas Komplexes abbilden könnte, wie die Gesellschaft und ihre Entwicklung. Die Autoren von *Fehler der Messung* heben hervor, dass der Versuch, den Zustand einer Wirtschaft mit Hilfe eines zu kleinen Zahlenwerks zu beschreiben, zu falschen Schlussfolgerungen führt, und das nicht reflektierte Streben nach Steigerung des BIP die Existenzgrundlage und die Lebensqualität der Menschen verschlechtern kann. Die Analysen zum Thema fehlerhafter Messungen zielen auf die Suche nach neuen, besseren Messwerten für die sozial-ökonomische Entwicklung, den sozialen Wohlstand, das Wohlergehen eines Landes und seiner Bürger. Solche Analysen werden schon seit Jahren vorgenommen. Es sei daran erinnert, dass diese Probleme auch in polnischen Publikationen erörtert werden. Grzegorz W. Kołodko postuliert im Zusammenhang mit neueren Messungen von Fortschritt und Wohlstand, wie sie etwa der *Gross National Happiness Index* (GNH) bietet, die Intensivierung dieser Forschungen, und schlägt selbst einen „Integrierten Wohlfahrtsindex“ vor.²⁶

Die Unzulänglichkeiten des BIPs als Maßstab für die sozial-ökonomische Entwicklung und seine für die letzten Jahrzehnte charakteristische Fetischisierung bewirken, dass wirtschaftspolitische Modelle, bei denen das Wirtschaftswachstum die absolute Priorität darstellt, immer kritischer bewertet werden. Dabei ist gerade diese Priorität für das neoliberale System charakteristisch. Allerdings zeichnen sich bereits die ersten Entwürfe sozial-ökonomischer Modelle ab, die das Konzept des BIPs ablösen, und den qualitativen, weichen Faktoren mehr Aufmerksamkeit schenken. So weist G.W. Kołodko auf die Notwendigkeit hin, einen „neuen Pragmatismus“, eine maßvolle Ökonomie zu entwickeln, und hebt hervor, dass „eine Wirtschaft ohne Werte wie ein Leben ohne Sinn ist“.²⁷ Damit wird die Bedeutung der Prioritäten und Präferenzen eines sozial-ökonomischen Systems unterstrichen.

²⁵ Stiglitz, Joseph, E. Sen Amartya, Fitoussi Jean-Paul: Błąd pomiaru, S. 29

²⁶ Kołodko, Grzegorz, W.: *Wędrujący świat*. Warszawa 2008

²⁷ Kołodko Grzegorz W.: *Dokąd zmierza świat. Ekonomia polityczna przyszłości*. Warszawa 2013, S.164 u. 377

4. Das Problem der Präferenzen

Die Bestimmung der Präferenzen ist eine fundamentale Frage, die eine vertiefte, komplexe Analyse alternativer Ziele und möglicher Ausrichtungen des sozial-ökonomischen Fortschritts erfordert. In diesem Zusammenhang schrieb Ignacy Sachs, indem er sich eines Zitats aus *Alice im Wunderland* bediente, sehr zutreffend: „Alice fragte im Wunderland bei dem Kater aus Cheshire höflich an, in welche Richtung sie jetzt gehen sollte, und der Kater antwortete: Sehr viel hängt davon ab, wohin du hin möchtest“.²⁸ Sachs wies schon in den 1990er Jahren auf das Risiko hin, das aus der Loslösung der Realwirtschaft von der Finanzwirtschaft resultiert, und warnte davor, dass „die Verlockung spektakulärer Gewinne im ‚globalen Kasino‘ der Finanzmärkte gerade jenes Finanzkapital anzieht, das produktiv investiert werden könnte. (...) Die Finanzmärkte, die rund um die Uhr an sieben Wochentagen aktiv sind, mobilisieren Geldströme, die im Verhältnis zu den Bedürfnissen der Realwirtschaft überproportional hoch sind. Die Gier nach leichten, obschon riskanten Gewinnen neutralisiert einen wesentlichen Teil der Mittel, die für produktive Investitionen eingesetzt werden könnten“.²⁹ Nach Auffassung von Ignacy Sachs wird dieses Kapital „unfruchtbar“ und hemmt damit die sozial-ökonomische Entwicklung.

Mahnungen zu diesem Thema wurden bereits früher formuliert. Schon im Jahre 1936 sagte John M. Keynes geradzuprophetisch voraus, dass „mit der sich verbessernden Organisation der Märkte die reale Gefahr einhergehe, dass die Spekulation das Unternehmertum dominieren werde. Spekulantensindunschädlich, wenn sie den Schaum auf den ruhigen Wellen des Unternehmertums bilden. Es wird allerdings ernst, wenn das Unternehmertum anfängt, den Schaum auf dem Strudel der Spekulation zu bilden“.³⁰ Diese Kursänderung bewirkt, dass, *der Diener zum Herrn wird*.³¹ Dies ist aber eine der Konsequenzen, die sich aus den Präferenzen eines bestimmten sozial-ökonomischen Systems ergibt.

John Kenneth Galbraith wies 1996 darauf hin, dass es gegenwärtig „zu einer wesentlichen Verschiebung der Präferenz zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit gekommen sei. Einst weckte die Arbeitslosigkeit die größten Befürchtungen, und die Vollbeschäftigung war der elementare Test für den Erfolg einer Volkswirtschaft. Sie ist es im Übrigen bei allen seriösen ökonomischen Ansätzen noch immer. Allerdings bewirkt die komplexe Realität, dass gegenwärtig die einflussreichsten Politikergruppen die Inflation für die Hauptbedrohung erfolgreichen Wirtschaftens erachten, wodurch stabile Preise zum dominierenden Ziel werden. Aufgrund dessen ist die Arbeitslosigkeit zu einem Instrument der Preisstabilität geworden. Dies ist das Abbild der neuen Wirklichkeit, die selten ungeschminkt beschrieben wird, aber real existiert – und sich geradezu augenfällig aufdrängt. Entscheidend ist die Tatsache, dass im wirtschaftlichen

²⁸ Sachs, Ignacy: W poszukiwaniu nowych strategii rozwoju. In: *Gospodarka i Przyszłość*, 1/4 (1996), S. 48

²⁹ *Ibid.*

³⁰ Keynes John Maynard: *Ogólna teoria zatrudnienia, procentu i pieniądza*. Warszawa 2003, S. 140

³¹ Mączyńska, Elżbieta: Gdy sługa staje się panem, czyli dysfunkcje pomiaru wartości biznesu i wyników działalności gospodarczej. In: D. Zarzecki (Hg.): *Czas na pieniądź. Zarządzanie Finansami Inwestycje, wycena przedsiębiorstw, zarządzanie wartością*. Szczecin 2011

und sozialen Leben der Gegenwart jene Akteure das Wort führen und politischen Einfluss ausüben, die inflationsbedingt größere Verluste hinnehmen müssten als aufgrund von Arbeitslosigkeit. Die Arbeitslosigkeit spüren diejenigen, die von ihr betroffen sind sowie ihre Familien, deren Schmerz können aber diejenigen, die ihn nicht verspüren, mit Leichtigkeit ertragen”.³²

Auf die negativen Folgen der Übernahme der monetaristischen Doktrin und der Priorisierung der Geldpolitik, bei einem gleichzeitig nicht reflektierten Glauben an die Richtigkeit der *Efficient Market Hypothesis* geht auch Joseph E. Stiglitz in seinen Schriften ausführlich ein. Er verweist auf die Notwendigkeit, die sozial-ökonomischen Präferenzen stärker zu berücksichtigen: „Imagine, (...) what it would be like if the world had free movement of labour, but not of capital. Countries would compete to attract workers. They would promise good schools and a good environment, as well as low taxes on workers. This could be financed by high taxes on capital. The result would be a much more equal society”.³³

Zum Problem der Priorisierung nahm auch Ignacy Sachs Stellung, wobei er betonte, dass sich die Dysfunktionen der gegenwärtigen Wirtschaft aus einer ungeeigneten Organisation des sozial-ökonomischen Systems und nicht aus einem Mangel an Gütern ergeben. Er verwies auf die Notwendigkeit, den Ökonomismus zu überwinden, eine universelle Axiologie zu schaffen, die Beziehungen zwischen Wirtschaft, Ökologie und Sozialem zu verändern, und die Rolle des Staates neu zu definieren. „In der anhaltenden Diskussion über die Rolle des Staates stellt man aus verschiedenen Gründen nur wenig geeignete Fragen. Ausgangspunkt der Diskussion ist dabei die Konfrontation von Staat und Markt, wiewohl jeder Markt staatlich reguliert werden sollte, besonders dann, wenn man möchte, dass die Marktwirtschaft auch soziale Funktionen erfüllt. Die Kritik am Etatismus, bei der berechnete Vorwürfe wegen Missbräuchen und Bürokratisierung erhoben werden, vereinfacht mit der Losung ´weniger Staat` das Problem zu stark, zumal es um einen effektiveren, das heißt weniger kostenträchtigen Staat geht”.³⁴

Als eines der Symptome des Umdenkens und veränderter Prioritäten, zumindest in der ökonomischen Theorie, kann man die Tatsache werten, dass der Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften im Jahre 2009 an die US-Amerikanerin Elinor Ostrom für ihre Forschungen über ein effektiveres wirtschaftliches Management verliehen wurde. Ostrom stellte die allgemein vertretene Ansicht und Theorie in Frage, dass kollektives Eigentum immer ineffektiv und irrational verwaltet werde, und damit auch die These, dass Privatisierung der einzig effektive Weg sei.³⁵ Damit wurde die in der zweiten Hälfte des XX Jahrhunderts stark exponierte These von der „Tragödie der kollektiven Weide”, gemäß der kollektives Eigentum immer zu Verwüstung und Verlusten führe, hinterfragt.³⁶ Allerdings fanden die Forschungen dieser Nobelpreisträgerin bisher keine

³² Galbraith J.K.: *Godne społeczeństwo*, S.45

³³ Stiglitz, Joseph, E.: *An ordinary Joe*. In: *The Economist*, 23.06.2012

³⁴ Sachs, Ignacy: *W poszukiwaniu*, S.48

³⁵ Ostrom Elinor: *Understanding institutional diversity*. Oxford, Princeton 2005

³⁶ Hardin Garrett: *The Tragedy of the Commons*. In: *Science*. Cambridge (12) 1968, S. 1243-1248

nennenswerte Umsetzung in die Praxis. Die im Rahmen der neoliberalen Doktrin postulierte Priorisierung einer monetaristischen Wirtschaftspolitik, die mit Deregulierungen des Finanzsektors einhergeht, generiert angesichts einer virtualisierten Wirtschaft grundsätzliche Veränderungen bei der Funktion des Staates. Es kommt zu einer deutlichen Weiterentwicklung des Staates, seiner Mutation vom Steuer- zum Schuldenstaat.³⁷ In neoliberalen Ökonomien macht sich eine fortschreitende Abnahme der staatlichen Einnahmen aus der Einkommenssteuer bemerkbar, was von steigenden öffentlichen Schulden begleitet wird. In der Konsequenz gleichen sich die Interessen des Staates und des Finanzsektors immer mehr an, wodurch die Transparenz der Beziehungen zwischen diesen beiden Seiten immer stärker abnimmt. Die Hilfeleistungen, die der staatliche Sektor in den letzten Jahren für die Finanzinstitutionen erbrachte, um sie aus der Krise zu retten, machten diese Verbindung noch enger. Daher „kann man heute fast nicht mehr unterscheiden, was Staat und was Markt ist, ob die Staaten die Banken verstaatlicht oder die Banken die Staaten privatisiert haben“.³⁸

Gleichzeitig zwingen verringerte staatliche Steuereinnahmen dazu, öffentliche Investitionen und Leistungen zu beschränken, was wiederum die private Kreditaufnahme bei den Banken antreibt. Das Fehlen öffentlicher Leistungen, zum Beispiel bei der Bildung, zwingt die Haushalte dazu, sie privat zu finanzieren. Dies ist ein weiterer Faktor, der den Finanzsektor in der Wirtschaft stärkt. Dieser wird in immer höherem Grade von Krediten getrieben, was man in der Sachliteratur als „privaten Keynesianismus“ bezeichnet. Die für die neoliberale Philosophie charakteristische Jagd nach Gewinnen bedingt eine verringerte Reflexion im Hinblick auf die ethisch-moralische Dimension des Geschäftslebens, die durch eine rücksichtslose Marktlogik verdrängt wird.³⁹ Eine der zahlreichen negativen Folgen ist das sich verstärkende Phänomen des Vertragsbruchs, Betrugs und nicht eingehaltener Absprachen.

5. Nicht eingehaltene Verträge

Auf das an Intensität zunehmende Phänomen des Rechtsbruchs und gebrochener Verträge (*breaking promises*) verweist unter anderem János Kornai.⁴⁰ Er zeigt, wie destruktiv und weitreichend die Folgen von Vertragsbruch im sozial-ökonomischen Leben sein können. Kornai illustriert dies mit Beispielen aus Ungarn und weist nach, dass gebrochene Verträge nicht nur den Vertrauensverlust gegenüber einzelnen Personen oder Institutionen, die ihre Verpflichtungen nicht einhalten, nach sich ziehen, sondern einen Dominoeffekt auslösen, der weitflächig zu einer Erosion des Vertrauens führt. Der Autor führt aus, dass es dadurch zur Gefährdung demokratischer Prinzipien komme, zumal demokratische Systeme auf dem Vertrauen der Wähler zu den gewählten Personen und Institutionen, die sie repräsentieren, beruhen. Im Unterschied zu

³⁷ Streeck, Wolfgang: *Gekaufte Zeit: Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus*. Frankfurt a.M. 2013

³⁸ Pióciennik Sebastian: *Kupiony czas i kryzys demokratycznego kapitalizmu: notatki o książce Wolfganga Streecka*. Juli 2013

³⁹ Bakan, Joel: *The Corporation: The Pathological Pursuit of Profit and Power*. New York 2004

⁴⁰ Kornai, Janos: *Breaking Promises, Hungarian Experience*, December 2012 http://www.kornai-janos.hu/Kornai2012_Breaking_promises.pdf

Diktaturen oder etatistischen Systemen fußen Demokratien auf Gesellschaftsverträgen. Deshalb kann die straffrei bleibende Verletzung selbst des geringfügigsten Bestandteils dieses Systems, der kleinste gebrochene Vertrag zur Erosion der Demokratie führen. Vertrauensverlust wirkt sich auch negativ auf die Wahlbeteiligung aus, was die Demokratie offensichtlich schwächt. Dabei ist wesentlich, dass es häufig sehr leicht und schnell zum Verlust von Vertrauen kommen kann, dass dessen Rückgewinnung aber nicht selten einen langjährigen, generationenübergreifenden Prozess darstellt.

Die Erosion des Vertrauens bedingt, dass der allgemeine Lebensstandard sinkt. Paradoxerweise betrifft dies auch die meisten reichen Länder, obwohl dort die Höhe des BIPs, das die Wohlstandsgewinne eines Landes widerspiegelt, steigt. Die ungebremste Jagd nach Reichtum und schrankenloser Konsum sind demnach primäre Faktoren des sich vertiefenden Ungleichgewichts.

Im Zusammenhang mit den von Kornai angeführten Beispielen gewinnt eine gegenwärtig massiv ignorierte Mahnung an besonderer Bedeutung: „*Don't let money change you!*“. Schließlich haben fast alle Typen von Vertragsbruch einen Zusammenhang zum Geld. Dies betrifft nicht nur das private und geschäftliche, sondern auch das öffentliche Leben, inklusive seiner Finanzen. Die Gegenwart ordnet sich heute aber eher dem Motto, dass *Gier gut ist*, unter.

Gebrochene Verträge sind eines der bedrohlichsten Symptome für institutionelles Chaos und die Desorganisation sozial-ökonomischer Systeme. Deshalb sind auch die Analysen und Reflexionen zu diesem Thema von so großer Bedeutung.

Die Nichteinhaltung von Verträgen ist mit Rechtsbrüchen verbunden, allerdings gibt es auch zahlreiche Fälle, wo dies im legalen Rahmen geschieht. Das ist dann der Fall, wenn es in den rechtlichen Regelungen Lücken oder uneindeutige Vorschriften gibt; dies erleichtert es einer der Vertragsseiten, eingegangenen Verpflichtungen straffrei nicht nachzukommen. Intransparentes Recht trägt dazu bei, dass es umgangen und nicht angewendet wird. Unter diesen Bedingungen entwickelt sich das, was Piotr Sztompka als „Kultur der Unsicherheit und des Zynismus“ bezeichnet. Darunter versteht man „in einer Gesellschaft Haltungen zu verbreiten, die es erlauben, andere auszunutzen und zu betrügen, und – ausgehend von der Überzeugung, dass niemand Vertrauen verdient – zu empfehlen, misstrauisch, argwöhnisch und vorsichtig zu sein“.⁴¹

Nicht zufällig ist das Fälschen von Waren, das in der Sachliteratur ironisch als „Warenveredlung“ bezeichnet wird, weit verbreitet⁴², aber auch die „Antifunktionen“ (antifeatures), also die gezielte Einschränkung der Effizienz und Lebensdauer von Haushaltsgeräten, um die Nachfrage nach neuen Produkten anzukurbeln. Daher auch die vielsagende Umschreibung dieses Phänomens als: „Schrotteinkauf für's Haus“. „Geradezu Modellcharakter für eine Antifunktion hat ein Simlock, der installiert wird,

⁴¹ Sztompka, Piotr: *Zaufanie*, S.300

⁴² Sennett, Richard: *Kultura nowego kapitalizmu*. Warszawa 2018, S.115-118

um die Benutzung von Simkarten fremder Herstellung zu verhindern".⁴³ Dies alles wird von Systemlösungen begleitet, die auf die Verschleierung von Verantwortung zielen.⁴⁴ Den unkonventionellen Umgang bei der Bewertung dieser negativen Erscheinungen hat Nassim Taleb in seinem neuesten Buch mit dem bezeichnenden Titel „Antifragile: How to Live in a World We Don't Understand?“ dargestellt. Taleb weist darin nach, dass Wirtschaft und Gesellschaft ihre natürliche Widerstandskraft aufgrund vielfältiger Instrumente und Methoden der Risikoabsicherung einbüßen, hauptsächlich durch die Risikoverlagerung auf andere Subjekte.⁴⁵ Er illustriert seine Ausführungen mit Hilfe zahlreicher überzeugender Beispiele und Querverweise aus der Geschichte, indem er beispielsweise daran erinnert, dass es in der Antike zwar keine Bauaufsicht gab, dass die Erbauer von Brücken – nach deren Fertigstellung – aber eine Zeit lang unter ihnen nächtigen mussten. Immerhin funktionieren Aquädukte bis zum heutigen Tag.

Aufgrund der Dysfunktion des Rechts und des Vertragsbruchs werden die Rechtsbestimmungen demokratischer Staaten, die eigentlich die Schwächeren schützen sollten, zu einer Waffe der Stärkeren, die nicht selten gegen die Schwächeren gerichtet wird. Dazu trägt auch eine asymmetrische, die Interessen der Stärkeren berücksichtigende Rechtsauslegung bei. So erhöht sich das Risiko, dass eine Situation entsteht, in der die *Regulierenden zu Häftlingen der Regulierten (regulatory capture)* werden. Daher ziehen Vertragsbrüche häufig keine rechtlichen Sanktionen nach sich und bleiben straffrei, allerdings nur für den Vertragsbrüchigen. Dagegen hat die andere Vertragsseite die negativen Konsequenzen zu tragen. Rechtlosigkeit mit gebrochenen Verträgen und Absprachen ist ein Symptom für die Schwäche eines sozial-ökonomischen Systems, und zugleich ein Faktor seiner Erosion.

5. Resumee

Die Sachliteratur und die Krisenerfahrungen belegen eine starke Rückkopplung zwischen neoliberaler Doktrin und Symptomen gesellschaftlicher Anomie, die aus den Dysfunktionen und dem Chaos im System der Werte und sozial-politischen Präferenzen resultieren. Die dem neoliberalen System zugrunde liegenden sozial-ökonomischen Präferenzen erfordern kritischer Reflexion und Analyse. Die für neoliberale Lösungsansätze charakteristische Priorität der Geldpolitik trägt nicht zur Rationalisierung auf dem Arbeitsmarkt und zur Verringerung der Arbeitslosigkeit bei. Sie fördert vielmehr einen wuchernden Finanzsektor auf Kosten des realen Sektors und neuer Arbeitsplätze.

Aufgrund der sich (vor allem im Ergebnis der Krisentriade: Finanzkrise → Wirtschaftskrise → Verschuldungskrise) deutlich abzeichnenden Ungleichgewichte und anderer Dysfunktionen im neoliberalen sozial-ökonomischen System ergibt sich die natürliche Notwendigkeit vertiefter Überlegungen im Hinblick auf die erwünschten und möglichen Richtungen systemischer Veränderungen. Die für das neoliberale System

⁴³ Rohwetter, Marcus: Tandeta kontrolowana. Złom w dom. In: Tygodnik Forum, 32 (2011)

⁴⁴ Sennett, Richard: Kultura, S.118

⁴⁵ Taleb, Nassim, N.: Antifragile: How to Live in a World We Don't Understand. London 2012.

typische absolute Dominanz reiner Marktlösungen bei gleichzeitiger Marginalisierung ethisch-moralischer Aspekte führt zu Deformationen im System der ökonomischen Messung und Rechnung. Überdies bildet sie die Grundlage für vielfältige Missbräuche und eine Krise des Vertrauens, die sich ihrerseits nicht nur ungünstig auf die Wirtschaftsergebnisse auswirkt, sondern – und das ist ganz entscheidend – eine Bedrohung für die Demokratie als Basis des sozial-ökonomischen Systems darstellt.

Ein sehr folgenreicher Faktor für die Erosion sozial-ökonomischer Systeme sind die Regelwidrigkeiten bei der Messung sozial-ökonomischer Leistungen. Diese ergeben sich aus zahlreichen Mängeln des BIPs als grundlegendem Messwert dieser Leistungen. Die Mängel der auf dem BIP beruhenden quantitativen Messung der sozial-ökonomischen Leistungen machen es notwendig, tiefreichende qualitative Analysen durchzuführen, und auch sog. „weiche Faktoren“, die sich einer direkten Messung in geldwerten Größen entziehen, zu berücksichtigen. Auf dieser Basis getroffene Entscheidungen sollten eng an die erstrebten Entwicklungsprioritäten gekoppelt werden. Eine solche Priorisierung ist für die Ausrichtung der zukünftigen sozial-ökonomischen Entwicklung von fundamentaler Bedeutung. In der ökonomischen Sachliteratur wird hervorgehoben, dass die Abkehr von monetären Prioritäten zugunsten der Realwirtschaft und der Schaffung von Arbeitsplätzen notwendig ist.

Die mangelhafte Messung von Leistungen und die Fehler bei ihrer Bemessung sind eng mit dem Faktor Vertrauen, als Bedingung für eine effektive Wirtschaft und Gesellschaft, verbunden. Ein sehr bedrohliches Symptom und eine Ursache für die Krise des Vertrauens – und damit auch für das sozial-ökonomische Chaos – sind gebrochene Verträge und Zusagen sowie Wirtschaftsvergehen. In vielen Ländern hat das Phänomen gebrochener Verträge in den letzten Jahren zugenommen, was unter anderem daraus resultiert, dass man Fragen der Ethik und Verantwortung dem freien Marktmechanismus überließ und die Rolle des Staates marginalisierte. Dieser Ansatz erweist sich als falsch. Der Vertragsbruch ist Faktor und zugleich Symptom fortschreitender gesellschaftlicher Anomie.

Die in diesem Beitrag dargestellten Dysfunktionen des neoliberalen sozial-ökonomischen Systems bedürfen einer Intensivierung der Forschungen und der Diskussion über mögliche Systemänderungen.

Lösungsansätze, inklusive systemischer, stellen, obschon intensiv diskutiert wird, weiterhin offene Fragen dar. Angesichts gravierender globaler Probleme wird allerdings die Notwendigkeit, Zukunft zu denken und zu gestalten sowie eine strategische Denkkultur zu entwickeln, immer offensichtlicher. Einst wurde die futurologische Reflexion durch die auf der neoliberalen Doktrin beruhende Fukuyamasche These vom Ende der Geschichte prinzipiell in Frage gestellt, da man davon ausging, dass die Zukunft vom freien Markt gestaltet werde. Heute vertritt Francis Fukuyama diese Auffassung nicht mehr, vielmehr kritisiert er den „Fetisch des offenen Marktes“ und unterstreicht, dass „die erste Lektion nach der Krise des Jahres 2000 darin bestand,

diesen Glauben aufzugeben. Eine Folge der Finanzkrise der Jahre 2008/2009 bestand darin, dass die Amerikaner und Briten erkannten, was die Asiaten schon zehn Jahre zuvor verstanden hatten: dass offene Kapitalmärkte verbunden mit einem nicht regulierten Finanzsektor ein hervorragendes Katastrophenrezept sind⁴⁶.

Angesichts globaler Ungleichgewichte und systemischer Dysfunktionen wird als Ausweg in der Sachliteratur auf die drei sog. positiven Utopien hingewiesen. „Die erste Utopie besagt, dass es gelingen könnte, einen Verhaltenskodex der Nationen einzuführen, der das globale Gleichgewicht garantiert. Die zweite Utopie postuliert aufgrund der technologischen Revolution ein sicheres „grünes Wachstum“. Die dritte Utopie geht davon aus, dass es einen anthropologischen Umbruch gibt, eine Verhaltensänderung der Menschen, bei der der weltweite westliche Export überflüssiger Zivilisationsprodukte in Frage gestellt werden könnte. Es stehen also drei attraktive, wenn auch vage Utopien zur Auswahl: eine politische, eine technologische und eine anthropologische“⁴⁷.

Allerdings werden sich diese durchaus triftigen Postulate – zumindest in absehbarer Zeit – sicherlich nicht verwirklichen lassen. Sie sind Ausdruck des Versuchs, den Dysfunktionen der gegenwärtig herrschenden globalen Wirtschaft entgegenzuwirken und die Prioritäten der sozial-ökonomischen Politik zu verändern. Die analysierten Dysfunktionen im sozial-ökonomischen System sowie deren anomische Grundlagen bedingen, dass man sich – als Gegengewicht zum Neoliberalismus – überall in der Welt ordoliberalen Ideen zuwendet. Allerdings müssen diese an die aktuellen Bedingungen der globalen Wirtschaft angepasst werden. Das Modell der sozialen Marktwirtschaft, obschon im Verfassungsentwurf der Europäischen Union und den Verfassungen einiger Länder, inklusive Polens, festgeschrieben, findet in einer durch die neoliberale Ideologie geprägten Wirklichkeit nur bedingt Anwendung.

Ob und in welchem Maße sich die Ideen der sozialen Marktwirtschaft, eines Modells, das wirtschaftliche mit sozialen Zielen verbindet und ein System des Gleichgewichts postuliert, umsetzen lassen, wird die Zukunft zeigen. Angesichts der in der Weltwirtschaft zunehmenden sozial-ökonomischen Unordnung und eines global wachsenden Ungleichgewichts gibt es aber sicherlich das Bedürfnis, Lösungen zu finden, die auf die Wiederherstellung von Ordnung und die Verbesserung der sozial-ökonomischen Existenzbedingungen zielen.

⁴⁶ Fukuyama, Francis: Nie stać nas na kapitalizm. In: Forum (17/18) 2011, S. 2-3

⁴⁷ Cohen, Daniel, Nowicki N.: Kapitalizm nie potrzebuje społeczeństwa. In: Dziennik, dodatek „Europa”, Nr 177, 25.08.2007, S.16-17

Berichte

Anke Ralle

Bericht Deutsch-Tunesischer Jugendaustausch September/Oktober 2014

Vor ein paar Jahren hat der arabische Frühling die Region durcheinander gewirbelt. In Tunesien hat alles angefangen. Am 17. Dezember 2010 verbrannte sich der Gemüsehändler Mohamed Bouazizi selbst, aus Verzweiflung und Perspektivlosigkeit. Seit Langem sind die Menschen in Tunesien unzufrieden. Sie leben nicht nur unter einem autokratischen Regime, mit Geheimpolizei, Folter und Wahlen, die eine Farce sind. Ihre Regierung schafft es auch nicht, ihnen wirtschaftliche Perspektiven zu bieten. Das Misstrauen in staatliche Institutionen ist groß. Die Selbstverbrennung von Bouazizi bringt das Fass zum Überlaufen. Die Menschen gehen auf die Straße, demonstrieren, lassen sich nicht weiter von der Polizei einschüchtern. In der Jasmin-Revolution gelingt ihnen das, was die Menschen in der DDR vor 25 Jahren erreicht haben: die illegitimen Machthaber vom Thron zu stürzen. Am 14. Januar 2011 ergreift Staatspräsident Zine el-Abidine Ben Ali die Flucht. Der Weg ist frei für Veränderungen. Aber es ist ein harter Weg, ein schwieriger Prozess. 2014, vier Jahre nach der Revolution wird eine neue, dauerhafte Verfassung verabschiedet. Im Herbst finden die zweiten freien Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Ein großer Schritt für ein kleines Land. Was für uns selbstverständlich ist, Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die Sicherheit, dass unsere Wahlen fair und frei ablaufen, und dass wir uns auf Recht und Gesetz in den allermeisten Fällen verlassen können, all das ist neu für die Tunesier.

Das alles passiert nur ein paar Flugstunden von Deutschland entfernt. Es sollte uns nicht egal sein. Und es ist vielen Menschen in Deutschland auch nicht egal. Mit dem deutsch-tunesischen Jugendaustausch hatten wir die Möglichkeit, junge Tunesier kennen zu lernen, ihnen ein wenig von Deutschland zu zeigen und im Gegenzug ihr Land zu besuchen. Wie sieht ihr Alltag aus? Was wünschen sie sich für ihre Zukunft? Wo haben wir Gemeinsamkeiten, wo Unterschiede? Und sind diese Unterschiede Hindernisse oder Bereicherung? Was können wir voneinander lernen? Das klingt irgendwie schon nach romantischem Sozial-Blabla. Eigentlich ist bei uns ja alles super. Eher könnten wir denen beibringen, wie man es richtig macht. Stimmt das so? Nein, ich denke es stimmt nicht. Denn unsere Zukunft kann nur gemeinsam gelingen. Längst sind wir so vernetzt, so mobil, dass wir die anderen nicht ausblenden oder übergehen können. Wir sind nicht nur Deutsche, wir sind heute zwangsläufig auch Europäer. In Deutschland haben ca. 20% der Bevölkerung einen Migrationshintergrund. Auch von unseren tunesischen Gästen haben einige Freunde und Verwandte in Deutschland. Viele möchten gerne in Europa studieren oder arbeiten. Multikulti ist ein heikles Thema. Für viele ist das Leben mit Menschen aus anderen Kulturkreisen eine Selbstverständlichkeit bzw. eine willkommene Bereicherung. Wir brauchen mehr junge Menschen, Fachkräfte, sagen auch viele. Andere haben Angst, um ihren Job, ihre Identität, ihre Sicherheit. Der

Austausch ist unfassbar wertvoll. Den anderen kennen lernen, ihn verstehen und die Gemeinsamkeiten finden, auf denen unser Zusammenleben im weiteren Sinne basieren waren früher die Römer, wir haben enge Verbindungen nach Frankreich, wir sprechen ja

auch Französisch und Italien ist bei uns um die Ecke. Pizza ist ein fester Bestandteil der Speisekarte in vielen tunesischen Restaurants. Pizza wird in Deutschland auch gern gegessen, das ist schon mal ein Anfang.



In aller Eintracht im Vlothoer Hafen.

In unserer Gruppe sind auch Deutsche mit tunesischen Wurzeln. Sie haben sowohl sprachlich als auch durch ihren familiären Hintergrund einen besonderen Blickwinkel. Sie erklären vieles, was sonst vielleicht zwischen den Zeilen verloren gegangen wäre. Überhaupt ist Sprache eine der wichtigsten Stellschrauben bei diesem Austausch. Man

merkt schnell, mit wem man über was reden kann, allein die Sprachbarriere macht es manchmal schwer. Mein Französisch ist mehr als holprig, das Englisch vieler Tunesier auch. Am Anfang kennen wir uns noch gar nicht. Es dauert ein wenig, bis wir gut kommunizieren. Teamarbeit ist gefragt, ein weiterer wichtiger Faktor. Obligatorisch steht da am Anfang eine Kennenlern-Übung. Wir sollen Steckbriefe voneinander erstellen. Ich bin in einer Gruppe mit Ashref und Oussama. Beide studieren irgendetwas mit Ingenieurwesen, was genau verstehe ich nicht. Aber Ashref erzählt mir von dem kleinen Bauernhof seiner Großeltern, da haben sie Schafe. Meine Eltern haben auch Schafe. Eine weitere Gemeinsamkeit, die man vielleicht nicht vermutet hätte. In Tunesien wird Oussama mich und ein paar andere zum Essen in sein Haus einladen. Wir sehen, wie er lebt, fahren mit ihm im Auto durch die Stadt und lernen seinen Vater kennen. Mit dem reden wir dann über Politik, er findet es völlig in Ordnung, dass die neue tunesische Verfassung vorschreibt, der Staatspräsident müsse Muslim sein. Die Mehrheit der Bevölkerung sei ja auch muslimisch. Zum Abschied bekommen wir Granatäpfel und Mandarinen eingepackt. Gastfreundschaft ist eine Selbstverständlichkeit in Tunesien.

Beim Kennenlernen in Vlotho entwickeln wir auch Regeln, die unser Zusammensein erleichtern sollen, unsere Charta. Wir sollen einander aussprechen lassen, fair sein, unterschiedliche Meinungen akzeptieren, und alles mitnehmen, ausruhen können wir uns ja später. Und das Programm ist straff. Die Mitarbeiter des GESW halten Vorträge über die deutsche Entwicklung im 20. Jahrhundert, die Umbrüche in Osteuropa und das Prinzip der sozialen Marktwirtschaft. Warum sind wir in Deutschland da, wo wir sind? Es werden Parallelen sichtbar. Die Methoden der Stasi sind den Tunesiern von ihrem Geheimdienst bekannt. Ob sie sich vorstellen könnten, die Geheimdienstakten der Ben Ali-Zeit zu öffnen? Wollen sie wissen, ob es eine Akte über sie gibt und wenn ja, was da drin steht? Ist es wünschenswert zu wissen, wer einen bespitzelt hat? Wir diskutieren,

und es gibt verschiedene Ansichten. Das, was in Deutschland schon 25 Jahre heilen konnte, ist in Tunesien noch sehr frisch. Manche erzählen, dass sie immer noch das Gefühl haben, ihre Telefongespräche würden mitgehört. Und sie sind keine politischen Radikalen sondern größtenteils ganz normale junge Leute.

Unsere erste Exkursion führt uns nach Düsseldorf. Im Landtag kriegen wir eine Führung und es wird erklärt, wie dort Politik gemacht wird. Dann treffen wir Christian Dahm, einen der Abgeordneten. Gerade gibt es einen Skandal, weil jemand den Server des Landtags gehackt hat. Es soll jemand aus den Reihen der Piratenpartei sein. Das LKA ist eingeschaltet. Eine ungewöhnliche Vorstellung, bestimmt nicht nur für die Tunesier. Wir sprechen mit Herrn Dahm über seine Arbeit im Landtag. Wieviel Zeit verbringt er in Düsseldorf, wie viel im Wahlkreis, womit beschäftigt er sich inhaltlich? Christian Dahm ist eigentlich Polizist. Für einige der Tunesier ist es unverständlich, warum jemand, der zu den Sicherheitskräften des Landes gehört, wählen darf, gewählt werden kann und nach seiner Mandatszeit auch wieder in den Polizeidienst zurückkehren darf. In Tunesien sind Angehörige der Sicherheitskräfte vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen. Es gibt zu viele Eigeninteressen, die verfolgt werden. Christian Dahm ist auch inhaltlich im Parlament für Inneres, also hauptsächlich Sicherheitsthemen zuständig. Und natürlich hat er weiterhin Kontakt zu seinen Polizeikollegen und hört von den Bedingungen der täglichen Polizeiarbeit, von Problemen und Wünschen. Aber er sei ja nicht nur von Polizisten gewählt worden, sondern von einer bunten Mischung an Leuten im Wahlkreis. Wenn er nur Polizeiinteressen vertritt, wird er bestimmt nicht wiedergewählt. Ich habe noch nie darüber nachgedacht, ob die Bundeswehr so viel Eigendynamik und Eigeninteressen entwickeln könnte, dass sie die demokratischen Institutionen aushöhlen könnte. Aber da ist Deutschland mit seiner Geschichte vielleicht ein Sonderfall.

In Berlin erkunden wir wichtige historische Stätten auf einer Stadtrallye. Checkpoint Charlie, Topographie des Terrors, Brandenburger Tor. Was wir zuvor schon in Vorträgen und Diskussionen betrachtet haben, wird jetzt noch ein Stück realer für unsere tunesischen Gäste. Die Freizeit danach nutzen die meisten zum Shoppen. Primark ist beliebt, weil es so günstig ist. Manche denken darüber nach Handys, Tablets oder Laptops zu kaufen. Die sind in Tunesien wesentlich teurer. Jemand kauft für 60 Euro Markenschokolade, denn auch die ist in Tunesien viel teurer. Überhaupt gibt es so einiges in Tunesien nicht, was bei uns selbstverständlich ist. H&M zum Beispiel, oder sämtliche Fastfoodketten. Irgendwie gab es Schwierigkeiten bei den Verhandlungen mit der Regierung. Jetzt gibt es eben kein McDonalds, Burgerking oder KFC in Tunesien.

In Vlotho besuchen wir dann noch das Rathaus und spazieren durch die Innenstadt. Wir lernen einiges über diese Kleinstadt, wie schwer es ist genügend Kinder für die Schulen zu finden und dass die Innenstadt fast ausgestorben ist, weil das große Einkaufszentrum im Nachbarort alle Kunden anlockt. Auch das ist deutsche Realität. Am Ende bekommen wir schon mal eine Einstimmung auf Tunesien, eine Präsentation und kleine Gastgeschenke. Wir beschließen, uns in Tunesien entsprechend zu revanchieren.

Deutsche Süßigkeiten sollen es sein. Es wird am Ende ein ganzer Tisch voller Schokolade, Adventskalendern und einem englischen Weihnachtskuchen. Ich habe Ostfriesentee und Kluntjes mitgebracht. Tee trinkt man in Tunesien ja auch viel.

Wir fliegen von Frankfurt nach Tunis. Eine Teilnehmerin hat aber gar keinen Reisepass,



45 Parteien stehen zur Wahl.

und den braucht man für Tunesien. Zum Glück sind wir früh genug. Anscheinend passiert so was öfter, und ein hilfsbereiter Bundespolizist schickt uns zum Bürgeramt nach Frankfurt-Höchst, dort kann man sich einen vorläufigen Reisepass ausstellen lassen. Also schnell Passbilder im Automaten, ins Taxi, zum Bürgeramt, zurück zum Flughafen, einchecken, zum Gate rennen. Und dann hat der Flug eine Stunde Verspätung. Nochmal Zeit zum Durchatmen. In Tunis stehen wir noch mal ewig beim Einreiseschalter an. Einer aus unserer Gruppe trägt einen schwarzen Bart und hat die Haare kurz geschnitten. Der Zollbeamte will ihm nicht sofort einen Stempel in den Pass drücken. Er vermutet

wohl einen Radikalen. In unserer Gruppe ist aber auch ein Palästinenser, der in Deutschland studiert. Er erklärt den Zollbeamten auf Arabisch, dass wir eine Studentengruppe sind und der Bärtige nicht allein reist. Irgendwie eine ironische Situation.

Wir werden abgeholt, wechseln noch ein wenig Geld. Viel bräuchten wir eh nicht, Tunesien sei günstig. Das bestätigt sich voll. Für umgerechnet nicht einmal 25 Euro kaufe ich einen kleinen, handgeknüpften Teppich in Sousse. Ich traue mich gar nicht zu handeln. Durch die Krise in Europa und die Revolution in Tunesien ist der Tourismus stark zurückgegangen. Aber viele Menschen leben vom Tourismus. In Sousse stehen große Hotelkomplexe leer, direkt am Strand. Bestimmt nicht nur, weil Nebensaison ist.

In Sousse sind wir in der Résidence des Jeunes, der Jugendherberge, untergebracht. Am ersten Tag beschäftigen wir uns erneut mit unserer Charta und formulieren unsere Erwartungen für unsere Zeit in Tunesien. Nachmittags fahren wir nach Hammam Sousse und machen uns mit dem „City Game“ auf Entdeckungsreise. In Kleingruppen müssen wir verschiedene Stationen ablaufen. Die Tunesier zeigen uns ihre Heimatstadt. Wo sie zur Schule gegangen sind, wo sie Sport machen, wie man so lebt in Hammam Sousse. Die Stadt ist berühmt für ihre Hamams, die traditionellen Dampfbäder. Die Tunesier erklären uns, dass die Frauen in Hammam Sousse für Ordnung sorgen. Vormittags fegen sie die Straßen und sorgen für ein ordentliches Stadtbild. Vor vielen Häusern stehen kleine Bäume mit Zitrusfrüchten. Später werden wir im Rathaus von Vertretern des Stadtrats empfangen. Ein Mitglied des regionalen Wahlkomitees erklärt uns den Wahlprozess und beantwortet unsere Fragen. Die Wahlen sind sehr präsent. An

verschiedenen Stellen in der Stadt hängen die Wahlprogramme aller 45 Listen aus, die in Sousse und Umgebung zur Wahl stehen.

Freitags fahren wir nach Tunis. Zuerst besuchen wir das Arabische Institut für Menschenrechte. Gegründet 1989 in Tunesien, arbeitet diese NGO in verschiedenen arabischen Ländern für die Einhaltung der Menschenrechte. Ihre aktuelle Kampagne beschäftigt sich mit Frauenrechten und tatsächlich sprechen wir ausschließlich mit Frauen, die uns ihre Projekte vorstellen. Sie haben einen Werbespot zu den Wahlen gemacht. Darin werden gezielt Frauen angesprochen, wählen zu gehen und so am demokratischen Leben teilzunehmen. Die Regierung hat drei Ministerinnen und es engagieren sich viele Frauen in Parteien, aber in Führungspositionen schaffen sie es im Politikbetrieb trotzdem kaum. Im Vergleich mit anderen arabischen Ländern schneidet Tunesien aber noch gut ab. Ein großes Problem sei weiterhin, dass Frauen eher Männern politische Tätigkeiten zutrauen als anderen Frauen. Hier müsse noch viel Arbeit geleistet werden, damit Frauen sich und anderen Frauen mehr zutrauen. Denn gut ausgebildet sind viele von ihnen. Gleichberechtigung sei in vielen Bereichen eine Frage der rechtlichen Durchsetzung, aber politische Partizipation ließe sich so nur schwer erreichen. Auch junge Menschen hätten es eher schwer, sich im politischen Betrieb durchzusetzen.

Als nächstes besuchen wir das Parlamentsgebäude in Tunis. Erst seit der Revolution ist es Bürgern überhaupt gestattet, ihre Nationalversammlung zu besuchen. Der Plenarsaal ist groß und beeindruckend, es gibt einen riesigen Kronleuchter an der Decke. Auf manchen Sitzen wird mittels Tafeln und Blumenschmuck ermordeter Abgeordneter gedacht. Das erinnert einen daran, dass Tunesien turbulente Jahre hinter sich hat. Seit der Revolution 2010/11 hat eine Übergangsregierung, bestehend aus den drei größten Parteien, die Geschicke des Landes gelenkt. Im Januar 2014 wurde nach drei langen Jahren eine neue Verfassung verabschiedet. Es wird sich zeigen, wie sich diese mit den neuen gewählten Akteuren entwickelt und ob Tunesien politisch zur Ruhe kommt und sich konsolidiert. Den Rest des Tages verbringen wir mit einem Stadtbummel auf dem Bazar von Tunis und einem Besuch im Nobelvorort Sidi Bou Said, einem malerischen Dorf an der Küste mit Häusern in den traditionellen Farben weiß und blau.

Am kommenden Tag erkunden wir weitere spannende Orte wie die Stadt Kairouan. Die dortige Moschee ist ein wichtiges Zentrum islamischer Gelehrter, außerdem ist dort ein enger Vertrauter Mohammeds begraben. Sein Grab ist eine Pilgerstätte für Muslime. In der Altstadt kaufen wir verschiedene Souvenirs wie Teppiche oder die tunesische Süßigkeit Maqrouf. Auch in Sousse besuchen wir die Altstadt, die Medina. Auch hier merkt man, dass es für die Händler nicht so gut läuft, weil die Touristen ausbleiben. Vom Turm einer alten Festung hat man einen schönen Blick über die Stadt und den Hafen. Die Tunesier zeigen uns versteckte Orte wie ein Café in einem alten Beduinenhaus, irgendwo im Labyrinth der Gassen. Am späten Nachmittag fahren wir nach Monastir. Dort liegt der erste Präsident Habib Bourguiba in einem riesigen Mausoleum begraben. Er führte Tunesien 1956 in die Unabhängigkeit. Wir sind spät

dran und das Mausoleum hat eigentlich schon geschlossen. Für ein paar Dinar können wir und eine andere Touristengruppe jedoch noch durch den Seiteneingang rein, und bekommen eine schnelle Führung von einem jungen Tunesier.

Sonntags ist Wahltag und wir sind als inoffizielle Wahlbeobachter dabei. Es wird eine neue Nationalversammlung gewählt, die mit der neuen Verfassung Tunesiens Geschicke lenken soll. Die Wähler mussten sich bereits Monate im Voraus registrieren lassen. Auch 2011 gab es schon freie Wahlen zur Übergangsregierung. Aber trotzdem sind jetzt viele Tunesier zum ersten Mal in ihrem Leben auf dem Weg an die Urnen. Die Wahllokale sind in Grundschulen eingerichtet. Morgens gibt es sogar Schlangen vor den Klassenräumen. Jeder Wähler ist einem Wahlraum in einer Schule zugeordnet. Erläuterungen mit Bildern erklären, wie der Wahlvorgang abläuft. In jedem Wahlraum sitzen mehrere Wahlhelfer und Wahlbeobachter von der Wahlbehörde sowie von den verschiedenen Parteien, die sich so quasi gegenseitig kontrollieren. Wir sind wieder in Kleingruppen unterwegs. Aziz ist mein Partner und wir besuchen zuerst ein Wahllokal in Hammam Sousse. Wählen ist für mich etwas ganz Normales. Durch mein Studium ist mir bewusst, wie wichtig es ist, wählen zu gehen. Ich sehe es als eine Art Pflicht an. Gleichzeitig weiß ich auch, wie wenig die einzelne Stimme ausmacht. Unter den Tunesiern sind auch viele Menschen, die stolz darauf sind, an diesen freien Wahlen teilnehmen zu können. Ein Vater bringt seine zwei Kinder mit, um ihnen zu zeigen wie er seinen Wahlzettel in die Urne steckt. Ein älterer Herr dankt den Wahlhelfern und Wahlbeobachtern für ihren Einsatz, nachdem er seine Stimme abgegeben hat. Trotz aller Erklärungen gibt es viele Menschen, die nicht wissen, wie man wählt. Es sind viele alte Menschen an die Urnen gekommen. Manche können nicht lesen und schreiben und viele wissen überhaupt nicht, welche Parteien zur Wahl stehen beziehungsweise wofür diese Parteien stehen. Eine ältere Frau hat gar kein Kreuz gemacht, sie hat schlicht nicht verstanden, dass sie das machen muss. Und die Wahlhelfer dürfen es ihr nicht sagen, weil das eine unzulässige Beeinflussung wäre. Später erklärt ihr draußen jemand ihren Fehler und sie ist verärgert und traurig. Aber sie kann ihre Stimme ja auch nicht noch einmal abgeben. 2011 konnten auch nicht registrierte Wähler noch am Wahltag eine Registrierung erhalten und wählen. Das ist jetzt anders. Viele Menschen sind enttäuscht, weil sie jetzt ohne Registrierung nicht wählen dürfen. Unsere tunesischen Freunde erklären uns, dass es während der Registrierungsphase im Sommer große Medienkampagnen gab. Man hätte also mitkriegen können, dass man sich registrieren muss, um später wählen zu können. Alle Wähler müssen ihren linken Zeigefinger in Tinte tauchen, um Betrug zu vermeiden. Automatisch schaue ich am Wahltag und in den Tagen danach auf die Hände der Leute. Man sieht, wer gewählt hat und wer nicht. Wahlberechtigt waren ca. 7,9 Mio. Tunesier. Davon hatten sich 5,3 Mio. registriert und 3,5 Mio. haben am Ende wirklich ihre Stimme abgegeben. Die Wahlbeteiligung lag damit bei 69% der registrierten Wähler.

Insgesamt besuche ich fünf verschiedene Wahllokale an diesem Tag. Vor jedem Wahllokal stehen bewaffnete Sicherheitskräfte. Irgendwo in Tunesien musste ein Wahllokal später aufgemacht werden, weil salafistische Aktivisten davor Stellung

bezogen hatten. Aber insgesamt scheinen die Wahlen friedlich verlaufen zu sein. Ein Wahlleiter fragt uns, ob wir nicht abends bei der Stimmauszählung dabei sein möchten. Eine seiner Kolleginnen gibt uns ihre Einschätzung der Lage. Sie erklärt, dass sich ihr Land seit 2011 schon sehr verändert habe. Aber sie weiß auch, dass die demokratische Konsolidierung ein langwieriger und anspruchsvoller Prozess ist. Sie ist optimistisch, dass Tunesien sich weiter in die richtige Richtung entwickeln wird. Die Wahlbeteiligung in ihrem Wahllokal scheint gut zu sein. Um 18 Uhr schließt das Wahllokal. In jedem Wahlraum sitzen nun die Wahlhelfer, die offiziellen Beobachter und die Beobachter verschiedener Parteien und ich. Die anderen aus unserer Gruppe sind in einem anderen Wahlraum. Ich sitze also jetzt vier Stunden lang mit den Tunesiern dort und schaue ihnen bei der Stimmauszählung zu. Der leitende Wahlhelfer ist ein sehr gewissenhafter Mann. Bei einer ersten Zählung der Stimmzettel ergibt sich eine Differenz von sechs Stimmen im Vergleich zum Wählerverzeichnis. Jetzt wird nach Unterschriften im Wählerverzeichnis gesucht, die über zwei Zeilen gehen und aus Versehen als doppelt gezählt wurden. So klärt sich das Problem und die eigentliche Stimmauszählung kann beginnen. 45 Parteien/Listen standen zur Wahl und jeder Wähler konnte eine Stimme für eine der Listen abgeben. Ich habe noch nie als Wahlhelfer gearbeitet. Der gesamte Prozess ist also sehr spannend für mich. In unserem Wahlraum, wie auch in den meisten anderen, gewinnt eine Partei haushoch, die säkulare Nidaa Tounes (Ruf Tunesiens). Mit 37,6% gewinnt sie die Wahlen vor der islamischen Ennahda (27,8%). Alle weiteren Parteien erreichen nur sehr geringe Prozentsätze. Der Vorsitzende von Nidaa Tounes, der 87-jährige Beji Caid el Sebsi, wird auch im November die Präsidentschaftswahlen gewinnen. Trotzdem muss er in der Nationalversammlung eine Koalition eingehen, um eine Mehrheit zu bekommen.

Montags diskutieren wir über die Wahlen, schildern uns gegenseitig unsere Eindrücke. Viele unserer tunesischen Freunde sind zwar wählen gegangen, haben aber großes Misstrauen gegenüber Politikern. Wofür die einzelnen Parteien inhaltlich stehen, spielt für sie kaum eine Rolle. Es gehe ohnehin nur um Personen. Später treffen wir Vertreter verschiedener NGOs, die uns ihre Arbeit vorstellen. Das Komitee zur Verteidigung der Menschenrechte setzt sich seit 1976 für die Einhaltung der Menschenrechte in konkreten Situationen ein. Die NGO vertritt Bürger gegenüber staatlichen Institutionen. So werden zum Beispiel Gesetzgebungsprozesse begleitet, damit die Gesetze die Menschenrechte berücksichtigen. Unter dem alten Regime wurden die Mitglieder des Komitees oft verfolgt, seit der Revolution arbeiten sie wesentlich freier, finanzieren sich aber nur über Mitgliedsbeiträge. Eine neue NGO, El Karama Femme, arbeitet seit 2011 daran, die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen Bereichen der Gesellschaft durchzusetzen. Um Bewusstsein zu schaffen, werden über die Schulen besonders Mütter angesprochen. In ländlichen Regionen bietet El Karama kostenfreie medizinische Untersuchungen und Beratungen für Frauen an. Auch für diese NGO sind Frauen in der Demokratie und Frauen in der Politik sehr wichtig. Bei den Präsidentschaftswahlen im November wird es eine weibliche Kandidatin geben, die Richterin und ehemalige Präsidentin der Richtervereinigung, Kalthoum Kannou. Man sei sehr stolz auf sie und sie diene als Vorbild für die Möglichkeiten, die Frauen in der tunesischen Gesellschaft

haben. Auf nationaler Ebene machen Frauen zurzeit nur 12% aller Kandidaten für politische Ämter aus.

Salam Gaim von Amnesty International in Tunesien erläutert uns, wie sie den



Stadtrallye in Hammam Sousse.

Verfassungsprozess begleitet haben. Mit zehn Punkten zur Einhaltung bestimmter Menschenrechte sollte in einer Kampagne auf das Thema aufmerksam gemacht werden. Die Arbeit sei ein Prozess, der sich auch nach dem Inkrafttreten der neuen Verfassung fortsetzt. Die Tunesische Zivilgesellschaft-NGO vertritt die Interessen von Richtern. Diese spielten in der Revolution eine wichtige Rolle, da sie 2011 am besten wussten, wie man die Revolution durch das Recht schützen kann. Auch wenn ein breites Bündnis aus zivilgesellschaftlichen Akteuren weiterhin Defizite in der neuen Verfassung

aufzeigt und Änderungen fordert, sei man stolz auf die neue Verfassung und den Weg, den Tunesien seit 2011 gegangen ist. Der Vater einer unserer tunesischen Freunde vertritt die Organisation zur Unterstützung politischer Gefangener. Er selbst war in den 1990ern acht Jahre lang wegen seiner politischen Gesinnung im Gefängnis. Seine Schilderungen beleuchten die schlimmsten Schattenseiten des alten Regimes. Er erklärt uns, dass in seiner Organisation bis zu 20.000 ehemalige und aktuelle politische Gefangene vereint seien.

Nachmittags fahren wir noch einmal nach Hammam Sousse, um dort weitere Vertreter der Zivilgesellschaft zu treffen. Ein Termin bleibt besonders in Erinnerung: Cheryty, ein Verein, der Waisen und Menschen unter der Armutsgrenze unterstützt. Ein junger Tunesier erklärt uns in relativ gutem Deutsch, dass sein Verein Sachspenden an Bedürftige verteilt, die durch die Raster des wenig ausgebauten tunesischen Sozialsystems fallen. In Tunesien gilt die Familie als wichtiges soziales Netzwerk. Halb- und Vollwaisen werden von anderen Familienmitgliedern aufgenommen, Kinderheime oder Ähnliches gäbe es kaum. Er erklärt uns, dass der Staat nicht genug Einsatz für Menschen am Rande der Gesellschaft zeige und dass seine Organisation mit Hilfe von Spenden arbeite. Schon vor unserer Begegnung haben wir gehört, dass der Verein der islamischen Ennahda-Partei nahe stehen soll. Ob das wirklich so ist, und ob das angesichts der wohltätigen Gesinnung der Organisation problematisch ist, können wir als Außenstehende nur schwer bewerten. Einige unserer tunesischen Freunde sind sehr skeptisch und diskutieren auf Arabisch. Was genau besprochen wird, verstehen wir nicht. Auch Asma, die Vertreterin der Frauenorganisation Tounisiette muss sich von einem unserer tunesischen Freunde vorwerfen lassen, dass sie islamische Werte vermitteln wolle bzw. nur muslimischen Frauen offen stünden. Die junge Frau hatte lediglich erwähnt, dass sie auf einem ihrer Seminare die Rolle der Frau im Islam

besprochen hätten. Und sie trägt ein Kopftuch. Es wird klar, dass viele junge Tunesier sehr kritisch sind, wenn es um den Islam als gesellschaftlichen Faktor geht. Sie sehen sich als modern und westlich und möchten auch, dass wir ihr Land so wahrnehmen. Einige weitere Problemfelder werden noch besprochen an diesem Nachmittag. Der Verein „jeunes & science“, Jugend & Wissenschaft, widmet sich dem Bau von Modellflugzeugen und anderen Modellbauten. Raouf erklärt uns, dass sich aber nur wenige Jugendliche für Wissenschaft interessieren und dass diese Bereiche in den Schulen nicht ausreichend gefördert würden. Unser palästinensisches Gruppenmitglied stimmt zu und schildert seinen Eindruck, dass die Regime in vielen arabischen Ländern Angst davor hätten, dass Innovationsgeist gegen sie gerichtet werden könnte. Deshalb würden sie Forschung, gerade im naturwissenschaftlichen Bereich unterbinden. Und deshalb gebe es wenig innovatives Potenzial in arabischen Ländern. Es ist für mich als Außenstehende schwer zu beurteilen, ob diese Zusammenhänge wirklich bestehen, aber ich finde die Theorie interessant. Schließlich sprechen wir auch noch über die Umweltproblematik wie die Müllsituation in Tunesien. Die Tunesier erklären uns, dass nach der Revolution die Mitarbeiter der städtischen Verwaltung, also auch der Müllabfuhr, nicht mehr so pflichtbewusst arbeiten wie zu Zeiten des alten Regimes und sich dadurch die Müllsituation verschlimmert habe. Generell spielen Umweltthemen in der Gesellschaft und auch bei den gerade abgehaltenen Wahlen eine sehr untergeordnete Rolle. Die Menschen haben andere Sorgen.

An unserem letzten Tag in Tunesien besprechen wir noch einmal das Erlebte. Wir stellen fest, was uns am besten gefallen, am meisten beeindruckt hat. Es war eine interessante Zeit in einem Land, das schwierige Zeiten hinter und auch noch vor sich hat. Zusammen mit unseren tunesischen Freunden haben wir viel entdeckt und erlebt, unsere Gemeinsamkeiten und Differenzen ergründet. Wir wollen in Kontakt bleiben. Als deutsche Gruppe haben wir beschlossen, das GESW im kommenden Jahr bei der Planung des nächsten Austausches zu unterstützen, damit es nicht bei einer einmaligen Begegnung bleibt. Kontinuität ist wichtig. Wir haben junge, ambitionierte Menschen kennen gelernt, wer weiß, was sich daraus ergeben kann.

Navina Engelage

Schule mitgestalten – Eigeninitiative fördern

Bericht über SV-Vernetzungsseminare vom 22. bis 23. Januar und vom 2. bis 3. Februar 2015 in Vlotho

Über vierzig SchülervereinerInnen aus Herford und Umgebung tagten im Januar und Februar insgesamt vier Tage im Gesamteuropäischen Studienwerk e.V. (GESW) und tauschten sich intensiv über ihren Einsatz für die Interessen der SchülerInnen an ihren Schulen aus. Durch eine stärkere Vernetzung der Schülervereinerungen (SV) in der



Foto: Vlothoer Zeitung

Region lernten sie von den Erfahrungen anderer und gaben einander Tipps für die Umsetzung neuer Projekte an ihren Schulen. Darüber hinaus frischten sie ihre Kenntnisse über die rechtlichen Grundlagen der SV-Arbeit auf und lernten Möglichkeiten näher kennen, die ihnen das Schulgesetz NRW bietet.

Insgesamt nahmen Jugendliche von 20 verschiedenen Schulen am Programm teil. Das erste Seminar richtete sich an die Altersgruppe ab 16 Jahre, das zweite an Jüngere. Bei der Auswahl der TeilnehmerInnen wurde sehr darauf geachtet, SchülerInnen verschiedener Schulformen

einzu beziehen. Besonders wurden VertreterInnen von neuen Sekundar- und Verbundschulen sowie neugegründeten Gesamtschulen angesprochen, die bisher kaum Gelegenheiten zur Weiterqualifizierung ihrer SV-Arbeit hatten.

Kooperationspartner des Projekts waren neben dem GESW die Stätte der Begegnung e.V. in Vlotho sowie die SV-Fachberatung des Regierungsbezirks Detmold. Finanziell wurde das Programm durch Spenden der Stiftung der Volksbank Bad Oeynhausen-Herford, der Stiftung „Unser Herz schlägt hier – Stiftung für die Bürger im Kreis Herford“ sowie der Walbusch-Stiftung unterstützt. Die Kooperationspartner, die weitreichende Erfahrungen in der Weiterbildung von Jugendlichen und politischen Initiativen haben, ermöglichten ein inhaltlich und methodisch abwechslungsreiches Programm, in dem die Interessen und Partizipation der TeilnehmerInnen im Mittelpunkt standen.

Nach einer Kennenlernrunde, die das Eis zwischen den Jugendlichen gebrochen hatte, sprachen und diskutierten sie angeregt über ihre Erfolge, Probleme und „Baustellen“ der SV-Arbeit. Kurzzeitige Ereignisse würden oft gut laufen: Gern wird das Schulfest, das Musikfestival oder der Rosenverkauf zum Valentinstag von MitschülerInnen und Lehrkräften angenommen. Probleme und Baustellen bildeten vielmehr langfristige Projekte: die Schulhofumgestaltung und deren Finanzierung, der geringe Zusammenhalt der SchülerInnen an zwei Schulstandorten oder fehlender Nachwuchs bzw. geringe Akzeptanz der SV-Arbeit bei den MitschülerInnen. Als „Experten und

Expertinnen in eigener Sache“ coachten sich die Jugendlichen gegenseitig und gaben sich wertvolle Tipps, so z.B. die Durchführung eines Sponsorenlaufs zur Projektfinanzierung, die Entschärfung von Konflikten mit Hilfe von Streitschlichtern oder Hinweise auf Apps und Tools in sozialen Netzwerken, die die Kommunikation ihrer SV verbessern können.

Ihre Erfahrungen und ersten Erkenntnisse flossen in die Praxisworkshops am folgenden Tag ein. Drei Themen standen den TeilnehmerInnen zur Auswahl: 1. die rechtlichen Grundlagen der Schülermitwirkung 2. Projektentwicklung und -management 3. Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Durch die Workshops und die Erläuterung der Ergebnisse im Plenum fühlten sich die TeilnehmerInnen motiviert und gestärkt, für ihre Rechte, Interessen und Ideen an den Schulen einzustehen. Denn das Gesetz sieht viele Mitgestaltungsmöglichkeiten der Schülerschaft vor, die es zu nutzen gilt. Schließlich vermittelt politisches Handeln im Sozialraum Schule wichtige Kompetenzen, die auch für die demokratische Partizipation nach der Schulzeit von Nutzen sind.



Foto: Vlothoer Zeitung

Eine besondere politische Rolle spielen die Zusammenschlüsse von SchülerInnen in der Bezirksschülervertretung und der Landeschülervertretung. Diese Gremien vertreten nicht nur ein schulpolitisches Mandat, sondern dürfen sich auch zu allgemeinpolitischen Themen positionieren. Als Vorstandsmitglied der Landeschülervertretung stellte Lisa Kurapkat die Aufgaben und aktuellen Forderungen der Landeschülervertretung am zweiten Tag vor. Sie motivierte die TeilnehmerInnen auch zur Gründung neuer und Reaktivierung älterer Bezirksschülervertretungen in Ostwestfalen und bot dabei ihre organisatorische Hilfe an. Aus den SV-Seminaren in Vlotho sind Netzwerke hervorgegangen, die sich für ein solches Gremium nun einsetzen möchten. Erste Schritte wurden geplant.

Am Ende hatten die TeilnehmerInnen viel Lob übrig und resümierten, dass ihnen die Tage im GESW nicht nur sehr viel Spaß bereitet hätten, sondern dass ihnen auch die vermittelten Inhalte künftig weiterhelfen würden. Sie schätzten die positive Gruppendynamik zwischen den TeilnehmerInnen aus verschiedenen Orten, Schulformen und Jahrgängen. Die zwei Seminare haben gute Anstöße für weitere Schülerprojekte in Herford und Umgebung gegeben. Sie werden längerfristig nachwirken. Bereits jetzt besteht bei den TeilnehmerInnen Interesse an einem weiteren SV-Vernetzungsseminar im nächsten Schuljahr.

Nataliya Aleksova

Erfahrungsbericht zum PAD-Seminar Fortbildungskurs für Deutschlehrkräfte vom 12. bis 25. Oktober 2014

Mein Aufenthalt in Vlotho beim Gesamteuropäischen Studienwerk war für mich nicht nur eine gute Berufserfahrung, sondern auch ein ungewöhnliches Erlebnis. Ich hatte schon mehrmals Fortbildungsveranstaltungen besucht. Sie waren immer sehr gut vorbereitet, wurden von einwandfreien Fachleuten geleitet. Ich kam nach Hause mit neuen Kenntnissen und pädagogischer Erfahrung. Ich teilte das Gelernte mit meinen Kollegen, versuchte, die neuen Methoden in meinem Unterricht anzuwenden. Aber hier in Vlotho erlebte ich noch etwas: Freundschaft und Wärme.

Nach Vlotho fuhr ich mit der Überzeugung, das wäre mein letzter Fortbildungskurs, da ich schon 56 Jahre alt bin. Ich dachte, mich würde nichts mehr überraschen können. Ich hatte mich geirrt.

Auf unsere kleine Gruppe mit Teilnehmern aus unterschiedlichsten Ländern wartete eine große nette Familie. Ja, alle Mitarbeiter waren eine große Familie und wir wurden sehr schnell auch ein Teil davon. Wir wohnten alle in einem Haus und fühlten uns unter Bekannten vom ersten Tag unseres Aufenthalts an. Unsere Zimmer waren nebeneinander, wir aßen zusammen, beteiligten uns an den Seminaren, gingen gemeinsam spazieren, unterhielten uns. Abends sahen wir alle wie zu Hause einen Film oder die aktuellsten Nachrichten, führten lange Gespräche über unsere Länder, unsere Arbeit und Kollegen, unsere Kinder und Familien, über Probleme im Unterricht und zu Hause. Unsere Gastgeber hatten alles so gut vorbereitet, so dass wir uns miteinander sehr nah fühlten. Sie selbst benahmen sich so freundlich, so ungekünstelt. Ich hatte mich nie bei einem Kurs so wohl gefühlt. Ich fand hier neue Freunde. Es war alles so, als ob ich zu Hause gewesen wäre. Nichts fehlte uns. Diese Nähe und Freundlichkeit trug offensichtlich dazu bei, dass wir uns wie eine große Familie fühlten.

Jeder von uns wurde gleich beim Ankommen von unserer Kursleiterin Navina Engelage herzlich begrüßt. Unsere „Hausmutter“ Martina Karner holte die meisten von uns vom Bahnhof ab und dann führte sie uns ins Haus, zeigte jedem sein Zimmer.

Navina Engelage, diese nette junge Dame, hatte für uns ein vielfältiges Programm vorbereitet. Sie wollte uns so viel wie möglich zeigen und anbieten. Wir konnten als Lektoren den Leiter des GESW Dr. Zbigniew Wilkiewicz, den attraktiven und immer lachenden Bayer Dr. Gerhard Schüsselbauer, den Journalisten Bodo Kohlmayer, den amüsanten Lars Schulz und den jungen Philipp Bergmann bei uns begrüßen. Sie waren alle nett und warmherzig zu uns. Ihre Vorlesungen und Seminare waren sehr nützlich. Für mich ist die Landeskunde immer sehr wichtig für den Deutschunterricht. Man muss viel über das Land wissen, dessen Sprache man unterrichtet. Auf diesem Gebiet war der Kurs in Vlotho einwandfrei.

Wir erfuhren vieles über die Ausbildung und die neuen Veränderungen in NRW im Seminar, dann besuchten wir die Schulen in der Stadt. Wir waren am Weser-Gymnasium, an der Hauptschule und der Sekundarschule. Nach der Hospitation erzählten uns die deutschen Kollegen, wie sie arbeiten, was sie von der neuen Schulart – der Sekundarschule halten, welche Probleme sie dabei haben. Die meisten Kollegen waren sehr gastfreundlich, freuten sich, dass wir sie besuchen, wir tauschten Erfahrung und Meinungen aus. Das war für uns sehr wichtig. Die Hospitation war vielleicht der bedeutendste Punkt unseres Kurses. Nicht nur die Theorie, sondern die Praxis ist für uns von großer Bedeutung. Und das wurde sehr gut organisiert.

Unter uns in der Gruppe lief auch immer die Diskussion darüber. Wir erzählten, wie der Fremdsprachenunterricht in unseren Ländern läuft, was für Schwierigkeiten wir haben. Wir hörten viele Meinungen auch von den Fachleuten bei ihren Vorlesungen.

Ein weiterer landeskundlicher Programmpunkt waren unsere Reisen in die Friedensstadt Münster, nach Berlin und

Bielefeld. Ich möchte hierzu sagen: Das waren nicht einfach Reisen, wir haben dabei immer Aufgaben erhalten und etwas lernen können.

In Berlin hatten wir die Aufgabe eine Stadterkundung in drei Kleingruppen durchzuführen. Jede Gruppe hatte fünf Erzähl-Orte in Berlins neuer Mitte zu finden. Die Orte sollte jede der Gruppen für die anderen vorher vorbereiten. Mit Hilfe gewisser Informationen sollten wir die Orte zuerst erraten und dann finden und fotografieren. Das war eine interessante Weise, Berlin kennen zu lernen.

Wir besichtigten den Deutschen Bundestag. Die Führung war sehr interessant und das Gefühl im Gebäude des deutschen Parlaments war für mich sehr seltsam. Mich wundert immer wieder die Tatsache, wie die Deutschen für ihre Geschichte sorgen, egal wie sie war. Berlin war für mich auch deshalb ein besonderes Erlebnis, weil ich an dem Tag Geburtstag hatte und da ich nach genau 25 Jahren die Stadt neu erleben konnte. Die Hauptstadt hat mich fasziniert und ich hänge für immer daran.

Die letzte Reise ging nach Bielefeld. Es war eine neue Art der Stadterkundung, GPS-gesteuert. Unsere Schüler werden sich bestimmt wundern, was ihre Lehrer können! Wir wissen schon, was Geocaching ist. Lars Schulz führte uns in die Geheimnisse der Stadt ein, die wir mithilfe von GPS-Geräten entdecken sollten. Es war eine verlockende Herausforderung und wir schafften es sehr gut. Natürlich konnten sich die jüngeren



Im Münsteraner Rathaus.

Kollegen schneller orientieren. Hauptsache ich fühlte mich als Sieger – ich hatte mein Alter besiegt, indem ich die neuen Technologien erfolgreich ausprobierte.

Mit Lars hatten wir noch mehr zu erleben. Wir sollten einen Youtube Kurzfilm drehen! Einen echten Film. Wir erarbeiteten wieder in Gruppen drei Drehbücher. Das Thema war Werbung für DaF. Ein professioneller Kameramann entschied, welches passend war. Die Arbeit als Schauspieler vergesse ich nie. Wir fühlten uns einfach speziell. Mit dem Film klappte es sehr gut. Man kann ihn online sehen.

Frau Navina Engelage. Sie machte alles für uns. Ihre Kompetenz, ihre Erfahrung, ihr freundliches und menschliches Verhältnis zu uns waren eindrucksvoll. Die Seminarübungen mit ihr waren immer sehr interessant, innovativ. Wir haben viel gelernt. Der Unterricht verlief immer in einer freundlichen Atmosphäre. Ich fühlte mich nie gestresst oder unter Druck. Alles lief ruhig wie unter alten Freunden. Navina Engelage gelang es außerordentlich gut, uns sowohl bei den Seminaren zu packen, als auch uns als eine große Familie zu behandeln und zusammenzuhalten.

Ich habe nie einen Kurs so gut erlebt. Ich habe immer Angst vorm Sprechen. Hier habe ich ständig geredet – mit den Lektoren, mit den Kollegen. Das spricht selbst davon, wie ich mich fühlte.

Bei der Abschlussbesprechung des Kurses hatte ich eine Bemerkung. Ich schlug vor, dass es besser wäre, wenn wir auch im Haus, wo wir schliefen und die Freizeit verbrachten, Internetanschluss hätten. Jetzt bin ich davon überzeugt, dass unsere Gastgeber recht hatten. Wenn wir am Computer im Internet gesessen hätten, hätten wir nicht so viel Zeit zusammen verbringen können und wären nicht so gute Freunde geworden. Ich begriff, dass meine Bemerkung falsch war.

Ich möchte auch erwähnen, dass wir vom Bürgermeister empfangen wurden, was mir noch nie geschehen war. Unser Foto vor dem Rathaus stand am nächsten Tag in der Zeitung. Das ließ uns wichtig fühlen.

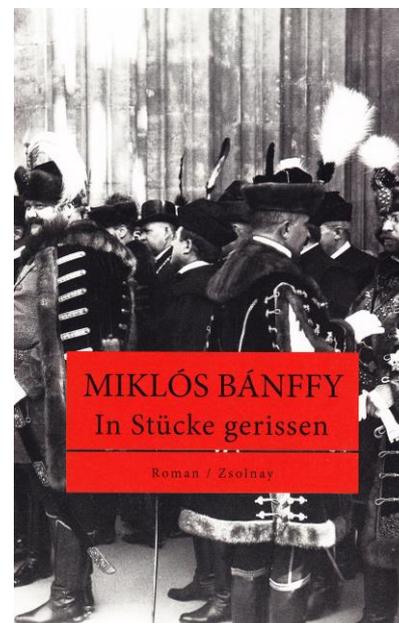
Ich könnte noch mehr darüber schreiben, wie ich diese vierzehn Tage in Vlotho verbrachte. Vielleicht vergesse ich etwas Wichtiges. Für mich ist aber am aller wichtigsten, dass ich, glücklich war und viele Erfahrungen nach Hause mitgenommen habe. Ich möchte mich noch einmal für die Hilfe und Gastfreundschaft beim ganzen Team des Gesamteuropäischen Studienwerks in Vlotho bedanken. Das wird vielleicht mein letzter Kurs sein. Es hat sich gelohnt!

Rezensionen

Miklós Bánffy: In Stücke gerissen**Paul Zsolnay Verlag Wien 2015, 400 S.**

„Sie standen lange unbeweglich. Sie waren allein, wie das erste menschliche Paar im Garten Eden. Um sie die Schar froher, zutraulicher Vögel. Sie blickten in den Glanz, der alles überflutete, in die Schönheit, welche die Welt ausfüllte und sie wie ein Magnet anzog, sie einlud fortzufliegen, sich mit ihr zu vereinen.“

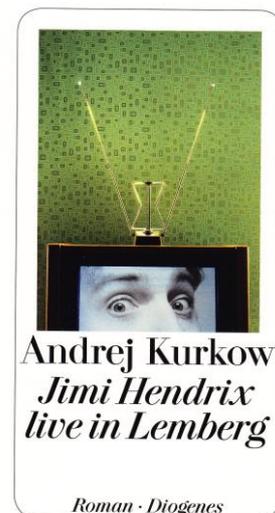
Nach dem Erscheinen der ausgezeichnet von Andreas Oplatka übersetzten ersten beiden Teile der Siebenbürger Trilogie von Miklós Bánffy veröffentlichte nun der Paul Zsolnay Verlag den dritten Teil der ungarisch-siebenbürgischen Geschichten aus den Anfangsjahren des 20. Jahrhunderts. In Stücke gerissen ist die kongeniale Fortsetzung von Miklós Bánffys ersten beiden Romanteilen Die Schrift in Flammen und Verschwundene Schätze. Die Trilogie wirkt in Detailtreue und Tiefenschärfe wie ein Historienspielfilm, in dem der Untergang der Aristokratie, politische Wirren im Vielvölkerreich sowie Familien- und Liebestragödien zu einem einzigartigen Sittengemälde verwoben sind. Es sind Geschichten, Erzählungen und keine erzählte Geschichte oder narrative Historie – darauf legen sowohl Bánffy als auch der Übersetzer Oplatka großen Wert. Vor allem die Fiktionalität überwiegt trotz des Eingebettetseins in den historischen Kontext. Miklós Bánffy, ein Kind der k. u. k. Donaudoppelmonarchie, wurde 1873 in Klausenburg (ungarisch Kolozsvár, rumänisch Cluj-Napoca), damals der zweitgrößten Stadt Ungarns, geboren. In der Zeit des Ersten Weltkrieges avancierte er zum Leiter der Budapester Oper, während er in der Zwischenkriegszeit von 1921 bis 1922 ungarischer Außenminister war. Der Ruhm seiner Siebenbürger Geschichten konnte ihm nicht mehr zuteilwerden, da er arm und mittellos 1950 in Budapest verstarb, nachdem er wegen seiner Besitztümer 1926 die rumänische Staatsbürgerschaft angenommen hatte. Versuche, seinen Einfluss als bekannter Siebenbürger auf eine Aussöhnung zwischen Ungarn und Rumänien nach dem Ersten Weltkrieg und dem Untergang der Monarchie sowie dem Vertragsschluss von Trianon im Jahr 1920 geltend zu machen, scheiterten aufgrund der veränderten politischen Lage in beiden Ländern, die auf Jahrzehnte hinaus ein spannungsgeladenes Verhältnis prägte. Erst heute in der neuen EU (28) gelingt eine zögerliche Besserung der binationalen Beziehungen zwischen Ungarn und Rumänien, für die sich Bánffy zeit seines Lebens eingesetzt hatte. In der über 1.700 Seiten umfassenden Trilogie verwebt Bánffy mindestens drei zentrale Ebenen: die Makrowelt der Agonie der Adeligenwelt, der herrschenden Aristokratie am Anfang des 20. Jahrhunderts am Vorabend des Ersten Weltkriegs, den Mikrokosmos der stets zum Scheitern verurteilten Liebe zwischen den einzelnen Protagonisten sowie die Metaebene der politischen Realität im Vielvölkerstaat der österreichisch-ungarischen Habsburger Doppelmonarchie. Sie sollte zwar als Vorläufer der Vereinigten Staaten von Europa gelten, ihr Schicksal schien aber aufgrund endogener sklerotischer Prozesse schon vor dem Attentat von Sarajewo und dem damit verbundenen Ausbruch des Ersten Weltkrieges entschieden. Bánffy ist dabei weder bloßer politischer Berichterstatter, noch

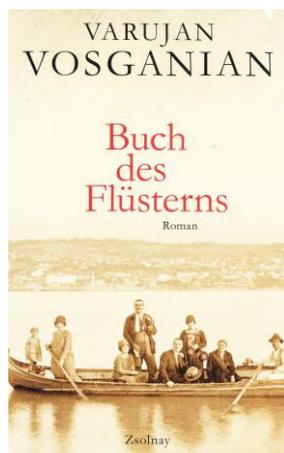


idealisierender Neoromantiker oder naturalistischer Beobachter. Am ehesten findet er seinen Platz in der klassischen europäischen Moderne. Seine literarische Leistung besteht darin, eine vielschichtige Romantrilogie auf verschiedenen Ebenen zu entwerfen, ohne dabei dem verklärenden Kitsch der Fin de Siècle-Nostalgie zu erliegen. Seine Naturbeschreibungen sind von eleganter Schönheit, seine historischen Schilderungen manchmal zu detailverliebt, seine Charaktere hingegen fein gezeichnet und psychologisch tiefgründig ausgearbeitet. Im dritten Teil *In Stücke gerissen* begegnet der Leser einem weiterhin rast- und ruhelosen Grafen und Humanisten Bálint Abády, einem vermögenden Großgrundbesitzer aus Siebenbürgen, der zwischen seinem Herrnsitz, Klausenburg und Budapest hin und her pendelt. Oszillierend zwischen Ordnungsliebe und Freigeist, zwischen der verzweifelt und vergeblichen Suche nach der ewigen Liebe und dem Pflichtbewusstsein seinem dem Untergang geweihten Vaterland gegenüber, wird Bálint Abády buchstäblich „zerrissen“ und kann dem Sog der Agonie nicht entkommen. Schon von Anfang an begleitet den letzten Teil der Romantrilogie eine Stimmung wie auf der Titanic, die „versunkene Vergangenheit“ der herrschaftlichen Strukturen kehrt nie wieder, der Weltenbrand des Ersten Weltkrieges verschlingt alles. Statt Aussöhnung im Vielvölkerreich folgt nun die „Todeskralle, die den Himmel entzweiriss.“ Nach seinem letzten Besuch auf seinem siebenbürgischen Herrnsitz und dem innerlichen Abschied von seiner großen Liebe Adrienne, zieht er die Uniform des Husaren an, bereit für die „Särge von Völkern“. Und gar einen sehr deutlichen Hinweis auf das heutige Ungarn unter der Herrschaft der ultrakonservativen Regierung Viktor Orbáns liefert Miklós Bánffy am Ende seiner Trilogie: „So wurde die Jugend mit trügerischen Idealen und chauvinistischen Parolen durchtränkt. Daraus entstand diese auf Juristenart denkende und intolerante Öffentlichkeit, welche [...] nur noch für schmeichlerische Phrasen empfänglich [war und] jede Kritik für unpatriotisch hielt.“ gs

Andrej Kurkow: Jimi Hendrix live in Lemberg Diogenes Verlag Zürich 2014, 405 S.

„Du lebst in einem tollen Land, in einer tollen Stadt, in der selbst zu Sowjetzeiten die Geheimdienstler Hendrix geliebt haben! Man muss ihnen ein Denkmal setzen, euren KGB-Leuten...“ Andrej Kurkow, Jahrgang 1961, wurde in St. Petersburg geboren und lebt seit seiner Kindheit in Kiew. Seine Bücher, auf Russisch geschrieben, erscheinen in Kiew und haben als Protagonisten Tagträumer und Menschen, die urplötzlich in der Nachwendzeit in einen Strudel unausweichlicher Geschehnisse geraten. Es sind aber seine ironische Distanziertheit und seine Fülle an Anspielungen, die den Charme seiner Romanwerke ausmachen. Schon in Kurkows Romanen Picknick auf dem Eis, Petrowitsch oder Die letzte Liebe des Präsidenten, die ebenfalls im Züricher Diogenes-Verlag erschienen sind, begegnet uns eine ganz spezielle post-sowjetische Reise durch die Hinterlassenschaften der ehemaligen UdSSR. Das zentrale Motiv kreist nicht um die Frage, wie oder ob, sondern wen der Mensch eigentlich liebt (darin ist Kurkow Kundera nicht unähnlich). Freiheit, Heimat, Nation oder Frau/Mann? Kurkows spannende Romane sind im Kern eine Abkehr von engstirnigem Nationalismus in Verbindung mit verblendetem, übersteigertem Nationalstolz. Damit ist seine Literatur zweifellos topaktuell in der heutigen Ukraine in der Auseinandersetzung um den russischen Imperialismus, aber auch um viele fatale Entwicklungen im Land selbst (Misswirtschaft, Korruption, Aufkommen faschistischer Gruppierungen, ethnozentrischer Hass). Für Kurkow ist das Tragische immer auch das Komische und Grotteske. Seine Protagonisten schweben zwischen Absturz und Magie, zwischen aussichtslosem Gefangensein und Befreiung. Vordergründig ist Jimi Hendrix live in Lemberg eine Art moderner Schelmenroman, im Inneren jedoch ein Protest gegen die Instrumentalisierung von Patriotismus und Nationalismus, ohne beide Begriffe austauschbar zu verwenden. „Ein absoluter Patriot kümmert sich nicht um nationale Mehrheiten oder nationale Minderheiten. Die Liebe zu seiner Frau ist stärker als die Liebe zur Heimat, weil die Frau, die seine Liebe erwidert, sowohl das Symbol der Heimat als auch das Ideal eines absoluten Patrioten ist. Die Verteidigung der Frau, die seine Liebe erwidert, ist die höchste Form des Patriotismus“. Eine Gruppe alternder Hippies, einem seltsamen Relikt, das es versprengt auch in der Sowjetunion gab, huldigt Jimi Hendrix, einem der größten musikalischen Vorkämpfer für Freiheit und Gleichberechtigung aller Menschen. Dazu gehen auf einem Lemberger Friedhof merkwürdige Dinge um, die Hippies glauben sogar, dass statt dem 1982 verstorbenen Leonid Breschnew in Wirklichkeit Jimi Hendrix im Sarg liege und so immer noch in den Herzen der postsowjetischen Menschen lebe. Zeitgleich erleichtert ein Chauffeur polnische Touristen für gutes Geld von Nierensteinen, indem er über das katastrophale Kopfsteinpflaster der Stadt brettet. Gespickt mit Allegorien, Anspielungen und Metaphern ist es der Einfallsreichtum Kurkows, der Jimi Hendrix live in Lemberg zu einem ausgesprochen kurzweiligen Lesevergnügen macht. Und dann hat Kurkow für seine Leser noch eine wichtige Botschaft: „In der heutigen Welt ist auch alles relativ, nur in anderer Form! Mit der Zeit wird diese Welt auch untergehen! Das Wichtigste ist, die eigene Welt vor allem Relativen zu bewahren!“ gs





Varujan Vosganian: Buch des Flüsterns Paul Zsolnay Verlag Wien 2013, 511 S.

„Der Sinn verpflichtet zur Beschränkung. Aber weil von allem, was es in der Welt gibt, der andere zu Kriegszeiten zum nutzlosesten Ding wird, starben die Menschen in unzählbaren Mengen. Auf diese Weise erwies sich das zwanzigste Jahrhundert hinsichtlich seiner Rechnungen mit dem Tod unter allen christlichen Jahrhunderten als das verschwenderischste.“ Im April 2015 wurde der Jahrestag des Völkermordes an der armenischen Bevölkerung im Osmanischen Reich begangen. Die Auseinandersetzung um die historische Einordnung und Wortwahl fand in Europa und in der Türkei, der Rechtsnachfolgerin des Osmanischen Reiches, einen gewaltigen Nachhall und löste heftigste diplomatische Dispute aus. Die furchtbar tragischen Ereignisse während des Ersten Weltkrieges waren immer ein wichtiges Thema literarischer Aufarbeitung. Franz Werfels *Die vierzig Tage des Musa Dagh* zählt zu den klassischen Werken des 20. Jahrhunderts. 2009 veröffentlichte der rumänische Schriftsteller und Politiker armenischer Abstammung Varujan Vosganian seinen ausgesprochen poetischen, stark autobiographisch geprägten Roman *Buch des Flüsterns*, in dem er dem Schicksal seines armenischen Volkes eine beeindruckende Stimme verleiht. Den meisten linkslastigen deutschen Feuilletonisten lobten zwar den Roman in höchsten Tönen, verurteilten aber vordergründig die politische Einstellung des ehemaligen liberalen Wirtschafts- und Finanzministers, dem sie vorschnell Rechtslastigkeit attestierten. Alle erzählten Geschichten beruhen auf mündlicher Überlieferung, damit es einmal jemanden geben könne, der schriftliches Zeugnis ablegen könne. So wurde Varujan Vosganian Chronist und Dichter, Berichterstatter und Poet. Die eingeflüsterten Geschichten verweben sich zu einem schier endlosen mosaikartigen Teppich, auf dem fein ziselierter Figuren und Charaktere ihren Platz finden. In einer „Welt der Finsternis“, einer Welt der Unterdrückung, Vertreibung und Rache ist der einzige Ausweg das kollektive Erinnern und Gedenken, das aufrechterhalten werden muss. Es ist der Großvater Garabet, der eine „wahrhaft kantianische Sicht auf die Welt“ hatte und die Erinnerung weitergibt. In seiner Reise durch Raum und Zeit seines armenischen Heimatvolkes tauchen wundersame und tragische Figuren in der westmoldawischen Provinzstadt Focșani auf. So muss Sahag von seiner Mutter für einen Sack Mehl an einen Araber verkauft werden, um die Schwester zu retten, während Siruni von den Russen nach Sibirien deportiert wurde. Es sind viele einzelne Schicksale, auch namenloser Armenier, doch das kollektive Gedächtnis darf niemals erlöschen – das ist Vosganians Botschaft. Armenien wurde im 20. Jahrhundert regelrecht zermalmt zwischen dem Osmanischen Reich und später der Sowjetunion. So nimmt es nicht Wunder, dass am Ende nur grenzenlose Melancholie bleibt: „so viele ungelebte Leben, die Kinder und Enkel in ein Nichtleben hineingebaren, und ihre irdischen Begleiter, die Helden dieses Buches sowie anderer Bücher, die noch geschrieben werden, in einen feinen Nebel der neuen und bis ans Ende der Tage nicht genannten Toten einhüllten.“ Großartig von Ernest Wichner übersetzt zählt Vosganians Roman zu den zeitlosen literarischen Dokumenten, großartig im Stil, bisweilen überbordend im Sentimentalen, immer wieder fantastisch ausschweifend und nie das menschliche Schicksal aus den Augen verlierend. gs

Steffen Huber: Einführung in die Geschichte der polnischen Sozialphilosophie. Ausgewählte Probleme aus sechs Jahrhunderten.

Harrassowitz Verlag. Wiesbaden 2014, 251 S,

In der vorliegenden Sammlung von philosophiegeschichtlichen Essays, in der sozialphilosophische Ansätze aus sechs Jahrhunderten polnischer Geschichte vorgestellt werden, stehen – so der in Krakau lehrende Autor – in erster Linie die Geschichte und das Soziale, nicht Ontologie und Epistemologie im Vordergrund. Rekonstruiert werden die geistesgeschichtlichen Beziehungen zur Realität des Landes und zum europäischen Umland. Ähnlich wie im übrigen Europa wurden auch in Polen Motive der griechisch-lateinischen, mittelalterlich-christlichen, neuzeitlichen und modernen Philosophie aufgegriffen, um gesellschaftliche Probleme zu durchdenken.



War die Startphase der polnischen Philosophie um 1400 noch nominalistisch geprägt, so entstehen bis hin zur ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts in Polen philosophisch-politische Konzepte, die sich auf den Grundgedanken einer natürlichen Vernünftigkeit des Menschen stützten und der realistischen Universalienlehre zuzuordnen sind. In diesem Zusammenhang grenzt der Autor auch den polnischen philosophischen Diskurs vom (nominalistisch geprägten) deutschen ab und verweist auf elementare Unterschiede: Im Unterschied zur deutschen Tradition gab es in Polen kein Vertrauen der Regierten gegenüber den Regierenden, in der Zeit des Sarmatismus herrschte ein auf dem Dissens, statt auf dem Konsens gründendes Freiheitsideal, auch blieb das für Polen so typische Konstrukt der Adelsrepublik mit dem berühmt-berüchtigten liberum veto der deutschen Tradition fremd. In seiner Einführung hebt Huber ferner auf die Besonderheiten der polnischen Staatswerdung und die existenziellen Krisen der polnischen Nation ab (Niedergang der Adelsrepublik, Polnische Teilungen, Existenzielle Bedrohung durch das 3. Reich), was sicherlich in hohem Maße dazu beigetragen hat, dass die polnische Philosophie in der Regel eine praktische blieb. An diese einleitenden, allgemeinen Erwägungen schließen sich neun chronologisch geordnete Kapitel an, in denen wichtige Persönlichkeiten, Bewegungen und Strömungen des philosophischen und gesellschaftlichen Denkens in Polen vorgestellt werden.

Im Zentrum des ersten Essays steht das Werk des Philosophen Matthäus von Krakau (1335-1410), der an der Gründung der Universität Heidelberg und der Neugründung der Universität Krakau beteiligt war, und später zum Bischof von Worms berufen wurde. Seine philosophischen Schriften sind von der Erkenntnis durchdrungen, dass Grundwahrheiten sich an einem praktischen Kriterium bewähren sollten: Was den Menschen nicht effektiv bessert, sei keine Grundwahrheit. (S.23) Im Rahmen seiner Auseinandersetzung mit der mittelalterlichen Wirtschaftsethik definierte Matthäus die Wirtschaft nicht nur über finanzielle, sondern auch über ihre realen Bedürfnisse. In diesem Kontext kritisierte er die Habsucht, das Genussstreben und den Ämterkauf der Weltgeistlichen. Der Wirtschaft möchte er eine allgemeine ethische Dimension

verleihen. Ob Matthäus deshalb als Vorläufer des neuzeitlichen Kapitalismus bezeichnet werden kann, lässt Huber offen. (S.32)

Der zweite Text ist dem bedeutenden Juristen und Philosophen Paweł Włodkowic (1370-1435) gewidmet. Im Mittelpunkt seiner juristischen und philosophischen Arbeit stand die Auseinandersetzung mit dem Deutschen Orden. Włodkowic gelang es als Think Tank des polnischen Königs in einem langwierigen Prozess, die These zu entkräften, dass Polen-Litauen ein häretischer und damit illegitimer Staat sei. Auf dem Konstanzer Konzil kritisierte er den Deutschen Orden wegen seiner Eroberungspolitik und der blutigen Heidenverfolgung in Litauen und im Preußenland. Włodkowic argumentierte hinsichtlich der Bekehrung der Heiden dabei – so die Einschätzung Hubers – wie ein Vertreter der frühen Phase des europäischen Naturrecht Denkens. (S.67) Im dritten Aufsatz vergleicht Huber die philosophischen Systeme zweier bekannter polnischer Humanisten: Andrzej Frycz Modrzewski (1503-1572) und Stanisław Orzechowski (1513-1566). Beide verstanden sich als dem Gemeinwohl verpflichtete Humanisten und Reformer. Da sie erkannten, dass in Polen die Monarchie und damit das gesamte Staatsgefüge gefährdet war, suchten sie nach Abhilfe. Frycz befürwortete die Korrektur, also eine grundlegende Reform der Gesetzgebung, und legte seine Überlegungen in der in zahlreiche europäische Sprachen übersetzten Schrift *Die Verbesserung der Republik* dar. Darin sprach er sich für eine starke Zentralgewalt der Monarchie und die Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz aus. Er kritisierte die Privilegien des Adels und die Entmündigung der Stadtbevölkerung bei Vergabe von öffentlichen Ämtern oder dem Kauf von Land. Ferner forderte er die Säkularisation des Schulwesens und die Trennung von Kirche und Staat. Orzechowski setzte dagegen auf die Exekution, also die Umsetzung der schon bestehenden Gesetze, und unterstützte im Unterschied zu Frycz die Interessen und Bedürfnisse des Adels und der katholischen Gegenreformation. (S.82)

Mit den Polnischen Brüdern und einem ihrer bekanntesten Vertreter beschäftigt sich Huber in seinem vierten Essay. Bekanntlich bestimmten Mitte des 16. Jahrhunderts in Polen die Reformierten (z.B. die Anabaptisten und Böhmisches Brüder mit ihren zum Teil utopischen Vorstellungen von einer gerechten Welt) das konfessionelle Geschehen. Die Vorgeschichte der Polnischen Brüder, die als Antitrinitarianer und radikale protestantische Gemeinschaft wahrgenommen wurden, reichte bis nach Italien, Deutschland, Böhmen und die Schweiz. Nach ihrer Ausweisung aus Polen (1658) stießen ihre Schriften und Lehren in England (Cromwell), in Siebenbürgen, aber auch in Schlesien, Preußen und den Niederlanden auf Interesse. Ihre enorme, europaweite Attraktivität gründete vor allem auf die philosophische Regel, dass keine Frage unterdrückt, keine Neuerung ausgeblendet und keine Konsequenz vermieden werden dürfe. Obschon sie das politische System in Polen akzeptierten, machten sie sich mit diesem radikalen rationalen Ansatz unter Theologen und Herrschenden zahlreiche Feinde. Die Anstöße für ihr Denken kamen aus Italien und konnten sich unter der Herrschaft der aus Italien stammenden Königin Bona Sforza (1518-1548), während der sich das tolerante Polen zu einem Asyl für Humanisten und anderswo verfolgte

Häretiker entwickelte, hervorragend gedeihen. In diesen Kontext gehörte auch das Schaffen von Fausto Sozzini (1539-1604), der sich nach Verfolgungen durch die Inquisition in Polen niederließ. In seinen Schriften beschäftigte sich Sozzini intensiv mit dem Dreifaltigkeitsdogma und in seiner Bibelexegese erhob er die Metaphorik zu einem wissenschaftstheoretischen Modell. Während er politisch pragmatisch blieb und eine rationalistische Offenbarungslehre vertrat, sind die von ihm vertretene Anthropologisierung und sein gemäßigter Naturalismus – so Huber – philosophische Neuerungen, die ihn zu einer unumstrittenen Autorität unter den Reformierten machten und ganz erheblich zur europaweit diskutierten Problematik der Toleranz beitrugen. (S.119) Mit zwei bekannten Vertretern der polnischen politischen Philosophie, die im Allgemeinen für ihre traditionalistischen und intoleranten Schriften bekannt sind, setzt sich Huber in seinem fünften Beitrag auseinander: Andrzej Maksymilian Fredro (1620-1679) und Szymon Starowolski (1588-1656). Beide vertraten die Interessen des mittleren Adels und sorgten mit ihrer Auslegung des polnischen Parlamentarismus und Konfessionalismus für viel Aufsehen. Fredro wurde besonders durch seine 1664 in Danzig veröffentlichte Schrift *Politisch-moralische Ermahnungen* bekannt, in der er als typischer Verfechter des Sarmatismus und in Anlehnung an die Tugendlehre Platons das liberum veto, also die Vetofreiheit im polnischen Reichstag, die freie Königswahl und den sarmatischen Leitspruch „Zeige, dass du von niemandem und nichts abhängig bist.“ begründete und rechtfertigte. (S.131) Das liberum veto, das im Polen des 18. Jahrhunderts für die tumbe Modernitätsverweigerung des polnischen Adels stand, und das von polnischen Aufklärern, wie etwa Stanisław Konarski, scharf kritisiert wurde, verteidigt auch der zweite Protagonist dieses Essays. Der überaus produktive, wortgewandte Vielschreiber Szymon Starowolski, der die Warschauer Konföderation von 1573, die in Polen die Konfessionsfreiheit garantierte, ablehnte. Als überzeugter Konfessionalist, der die Wahrheit mit dem Katholizismus gleichsetzte, appellierte er in seiner an die Polnischen Brüder gerichteten *Brüderlichen Ermahnung*, sich freiwillig dem Druck der katholischen Mehrheit zu beugen und ihr Veto aufzugeben.

Im sechsten Text beschäftigt sich Huber mit dem aufgeklärten politischen Schrifttum mehrerer Autoren, die) mit unterschiedlichen Reformansätzen und Konzepten auf den Verfall und die Auflösung des polnischen Staates (1772-1795) zu reagieren versuchten. Einen Höhepunkt dieser turbulenten Entwicklung, die das Land aufgrund interner Konflikte und externer Einflussnahmen der expansionistischen Nachbarmächte ins Chaos stürzte, war sicherlich die Verabschiedung der ersten geschriebenen Verfassung in Europa, die am 3. Mai 1791 in Polen verkündet, allerdings nicht umgesetzt wurde. Die angestrebten Reformversuche mit dem Ziel, eine moderne Republik zu schaffen, in der die nichtadligen Stände aufgewertet, Machtteilung eingeführt und das korrumpierende liberum veto abgeschafft werden sollten, wurden aber in erster Linie durch die Teilungsmächte Russland und Preußen verhindert, die an einer weiteren Destabilisierung des polnischen Staatswesens interessiert waren. Im Einzelnen charakterisiert Huber das Wirken des Aufklärers Stanisław Konarski (1700-1773) in seinem Kampf gegen das liberum veto, die Kommentare Jean-Jaques Rousseaus zu den polnischen Reformbemühungen, die Beiträge der bedeutenden Reformers Hugo Kołłątaj

(1750-1812) und Stanisław Staszic (1755-1826) im Hinblick auf die Schaffung der *Kommission für Nationale Bildung* und die Redaktion der polnischen Verfassung vom 3. Mai 1791. Auch behandelt er die profunde Kritik Adam Rzewuskis (1760-1835) am polnischen Verfassungswerk. Schließlich setzt sich Huber mit dem Schrifttum und den intensiven diplomatischen Aktivitäten des Fürsten Adam Jerzy Czartoryski (1770-1861) auseinander, der als einstiger Vertrauter und Gefolgsmann des russischen Zaren seine Konzepte einer Reform der internationalen Ordnung im Pariser Exil entwickelte, in dem er über lange Jahrzehnte als „ungekrönter König Polens“ residierte. Treffend benennt Huber das geistesgeschichtliche Paradoxon dieser aufklärerischen Epoche in Polen, wenn er feststellt, dass in der polnischen Geschichte nie so intensiv an Reformen gearbeitet wurde, dass diese Arbeit aber nie so wirkungslos erschien. (S.148) Der siebte Essay Hubers ist sowohl dem Schaffen des Hauptvertreters der polnischen Romantik Adam Mickiewicz (1798-1855) als auch der einige Jahrzehnte später einsetzenden Gegenströmung des polnischen Positivismus mit seinen Protagonisten Bolesław Prus (1847-1912), Henryk Sienkiewicz (1846-1916) und Aleksander Świątowoski (1849-1938) gewidmet. Die polnische Positivisten kritisierten den Irrationalismus und Mystizismus der Romantiker, die gegen Russland gerichteten polnischen Aufstände und ihre für Polen dramatischen Konsequenzen scharf. Mit ihrem auf das aufgeklärte und gebildete Bürgertum setzenden Konzept der „organischen Arbeit“ traten sie für die wirtschaftliche und soziale Modernisierung des Landes ein. Die polnischen Romantiker bekämpften ihrerseits die Postulate der (polnischen) Aufklärung, indem sie auf deren missglückten Versuche der Staatsrettung verwiesen und anklagend hervorhoben, dass die Teilungsmächte die Zerstückelung und Auflösung Polens zynischer Weise mit aufklärerischer Rhetorik bemäntelten: Um unterdrückten Minderheiten zu helfen, habe man den anarchisch-despotischen polnischen Staat beseitigen müssen. (S.179) Zutreffend charakterisiert Huber den für Mickiewicz typischen Messianismus, seine Abkehr von der „berechnenden“ Vernunft, und seine Hinwendung zu einem Mystizismus, der Polen – als dem Christus der Nationen – eine besondere Rolle in Europa zuwies. In der Tat schuf die romantische Literatur dadurch einen für das polnische Geistesleben lange verbindlichen Kulturcode, der es rationalistischen Strömungen – wie dem Positivismus – sehr schwer machte, in den kulturellen Mainstream Polens vorzudringen. (S.192)

Im Zentrum des achten Essays steht das Werk Tadeusz Kotarbinskis (1886-1981), der als bedeutendster praktischer Philosoph der Warschau-Lemberger Schule gilt. Als Verfechter des klassischen Prinzips „Erst leben, dann philosophieren“, fragte Kotarbinski danach, was die Philosophie für das Leben bringe. Und stellte davon abgeleitet die Frage, wovon es abhängt, dass ein Mensch effizient handelt, glücklich ist und ethisch lebt. Als praktischer Philosoph und konsequenter Antidualist entwickelte er den materialistisch geprägten ontologischen Reismus, der postuliert, dass alle Seienden Körper sind. Die Welt wird nüchtern betrachtet, die Realität bleibt faktisch möglich und erträglich, mehr nicht. Voraussetzung für eine wirklich philosophische Ethik ist die Unabhängigkeit von allen weltanschaulichen, metaphysischen und religiösen Vorgaben. (S.216) Der Mensch, der gegenüber seinen Mitmenschen und der realen Umwelt die

Rolle eines verlässlichen Betreuers übernehmen sollte, bleibt aber als Teil der Natur in seinen Möglichkeiten beschränkt. Insofern vertritt der Philosoph eine realistische und zugleich minimalistische Ethik, in der negative Postulate dominieren: man soll dem Anderem nicht schaden, auf Feindschaft und Hass verzichten und – positiv gewendet – versuchen, anständig und ehrlich zu bleiben. Allerdings nicht aus einer christlichen, sondern aus einer humanen Grunderkenntnis heraus, dass jedes Wesen seinen Wert hat und entsprechend behandelt werden sollte. Kotarbinskis unabhängige Ethik versteht sich demnach als materialistisch und als universalistisch zugleich. Der letzte Essay ist dem bedeutenden Philosophen, Essayisten und Aphoristiker Henryk Elzenberg (1887-1967) gewidmet, der als Kind und Jugendlicher eine gründliche humanistische Bildung in der Schweiz und Frankreich (etwa als Schüler von Henri Bergson) erhielt und nach freiwilligen Militäreinsätzen im Ersten Weltkrieg (in den Legionen Piłsudskis) und im Polnisch-sowjetischen Krieg (1920-1921) seine akademische Karriere in Polen fortsetzte. Von seinen zahlreichen in Manuskriptform vorliegenden Schriften wurden längst noch nicht alle veröffentlicht. Am bekanntesten dürfte sein philosophisches Tagebuch unter dem Titel „Kłopot z istnieniem“ (deutsch: Kummer mit dem Sein, 2004) sein, das er von 1907-1964 führte. Elzenberg setzte sich als Idealist in seinem von der polnischen Romantik und dem französischen Modernismus beeinflussten Schaffen kritisch mit dem Materialismus Kotarbinskis, den Lehren der Warschau-Lemberger Schule sowie der Erkenntnislehre Descartes (*cogito sum vs. cogitatur, ergo est aliquid*) auseinander, hinterließ aber kein geschlossenes philosophisches System, sondern ein offenes, (wertvolle) Fehler implizierendes und zuweilen widersprüchliches Werk, in dem sich Ansätze platonischen, epikureischen, aber auch buddhistischen Denkens finden. In seiner Ethik vertritt er im Unterschied zum minimalistischen Ansatz Kotarbinskis eine antihedonistische und antipragmatische Haltung und nimmt die Position des unruhigen Soteristen ein. Huber spiegelt wichtige Philosopheme Elzenbergs in zwei kurzen Werksfragmenten des bedeutenden polnischen Lyrikers und Essayisten Zbigniew Herbert (1924-1989) wider, der über Jahrzehnte ein ergebener Schüler des in Thorn lehrenden Philosophen blieb. Das hier zitierte Fragment aus Herberts Gedicht „Herr Cogito und der aufrechte Gang“ steht paradigmatisch für die Problematik des aufrechten Ganges und dessen Möglichkeitsbedingungen angesichts gravierender kultureller Veränderungen, mit denen sich Elzenberg nicht nur im polnischen und europäischen, sondern auch im Kontext der Diskussion um das von Gandhi postulierte Ideal der Gewaltlosigkeit (*Ahimsa*) intensiv auseinandersetzte.

Das Urteil über dieses sorgfältig edierte Buch, das mit etlichen Abbildungen, Bibliographien weiterführender und allgemeiner Literatur sowie einem Personenverzeichnis ausgestattet ist, fällt nicht schwer. Steffen Huber versteht es, am Beispiel ausgewählter Probleme zentrale Themen der polnischen Geschichte und des polnischen Geisteslebens überzeugend zu analysieren und darzustellen. Durch die konsequente Einbeziehung der europäischen Perspektive und den Vergleich wird es möglich, die Eigenart und Originalität polnischen Denkens gewinnbringend nachzuvollziehen. zw



Mark Blyth: Wie Europa sich kaputtspart. Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik.

Dietz Verlag, Bonn 2014, 348 S.

Das 2013 unter dem Titel „The history of a dangerous idea“ erschienene Buch des schottischen und in den USA lehrenden Wirtschaftswissenschaftlers Mark Blyth ist nun auch in deutscher Sprache erschienen. Der deutsche Titel klingt zunächst noch etwas reißerischer als der englische, wenn man sich aber mit dem Inhalt und den gut belegten Thesen dieser in flüssigem, leserfreundlichen Stil gehaltenen Abhandlung vertraut macht, so wird deutlich, dass der drastische deutsche Titel die gegenwärtig desaströse Wirtschaftslage in Gesamteuropa durchaus adäquat widerspiegelt. Die Frage ist nur, wer für dieses seit mindestens 2008 anhaltende Desaster verantwortlich ist?

Mark Blyth bezieht klar Stellung, für ihn ist es nicht eine wie auch immer geartete Staatsschuldenkrise, sondern die universelle – und bei weitem noch nicht überwundene – Bankenkrise, die ursprünglich die globale Wirtschaftsmisere hervorgerufen hat. Konsequenterweise kann die der EU und speziell einigen Krisenländern verordnete Sparpolitik auch kein Antidotum gegen anhaltende hohe Arbeitslosigkeit, wirtschaftliche Stagnation bzw. Rezession sein, im Gegenteil, die Austeritätspolitik erweist sich als ideologiegetriebenes und gegen besseres Wissen verabreichtes Gift, das die allgemeine Krise nur noch verschärft.

Was aber heißt Austerität und welche Ziele verfolgt sie? Austeritätspolitik ist eine Form von Deflationierung, durch die die Wirtschaft durch die Senkung von Löhnen, Preisen und öffentlichen Ausgaben wettbewerbsfähiger werden soll. Zu erreichen ist dieses Ziel – so ihre Apologeten – indem man das Budget, die Schulden und die Defizite des Staatshaushalts reduziert. Dies bringe den Unternehmen die Zuversicht, dass der Staat einerseits die privaten Investitionen nicht mit seinen eigenen Schuldtiteln vom Kapitalmarkt verdrängt und andererseits die ohnehin schon „zu hohen“ Staatsschulden nicht weiter erhöht werden.

Diese Kernthesen der Befürworter der Austeritätspolitik stellt der Autor in Frage, indem er am Beispiel der jüngsten Wirtschaftskrise in den USA und in Europa aufzeigt, dass nicht ausufernde staatliche Ausgaben und Schulden die gegenwärtige Misere hervorgerufen haben, sondern die in den USA einsetzende und auf Europa überschwappende Bankenkrise, für die man dann fälschlicherweise einzelne EU-Staaten verantwortlich gemacht habe. Nach einer kurzen Keynesianischen Periode und spektakulären Bankenrettungen versucht man nun in Europa mit einer vor allem von Deutschland geforderten und durchgesetzten Austeritätspolitik der Krise beizukommen. Dies trifft aber vor allem die Staaten des europäischen Südens und jene Marktteilnehmer und Bürger, die die geringsten Einkommen haben, ohne zu einer absehbaren und spürbaren wirtschaftlichen Erholung zu führen. In diesem Zusammenhang gibt Blyth in Anlehnung an das Sparparadox von Keynes zu bedenken, dass wenn alle gleichzeitig

dieselbe Sparstrategie anwenden, wie dies in Europa gegenwärtig geschehe, das Scheitern vorprogrammiert sei: „Wir können uns genauso wenig alle gesund schrumpfen, wie wir alle exportieren können, ohne uns darum zu kümmern, wer importiert.“ (S.33) Oder etwas polemischer und mit den Worten von John Quiggin, die Austeritätsidee ist ein Zombie, da sie ein ums andere Mal widerlegt worden ist, aber immer wieder von den Toten aufersteht. Blyth hebt hervor, dass man in der EU die Schuldenpolitik zu einer moralischen Frage gemacht und die Schuld von den Banken auf die Staaten geschoben habe. Die Konsequenzen für die gravierenden Haushaltsstreichungen seien aber nicht nur für die ärmeren, sondern auch für die reicheren Staaten, Marktteilnehmer und Bürger verheerend, da das Wirtschaftswachstum schrumpfe, die Arbeitslosigkeit steige, die Infrastruktur verkomme und die Verteilung von Ressourcen und Lebenschancen noch ungleicher werde. (S.39)

Im 2. Teil seines Buches rekonstruiert Blyth die doppelte Geschichte der Austerität: ideenhistorisch (John Locke, David Hume, Adam Smith) und in ihrer Praxis (Liberalismus, Neoliberalismus, Keynes, Schumpeter, Ordoliberalismus). In seinem Resümee kommt er zum Ergebnis, dass die Idee der Austerität nur in der deutschsprachigen Welt, die Lord Keynes gegenüber immun geblieben sei, überlebt habe. Intellektuell wurde sie von Ökonomen der Österreichischen Schule vertreten, eine nationale Operationsbasis boten ihr hingegen die deutschen Ordoliberalen. (S.178) Das europäische Zentrum der Austerität sei Deutschland, wo ordoliberales Theoretiker wie Walter Eucken in den 1930er Jahren die Voraussetzungen dafür schufen, dass sich die Vorstellung durchsetzen konnte, dass nicht der Konsum (die Nachfrage), sondern der Wettbewerb (das Angebot) für Wirtschaftswachstum Sorge. Ergänzt wurde diese Lehre durch das Postulat des Wohlfahrtsstaats, das in die Konzeption der sozialen Marktwirtschaft mündete (Alfred Müller-Armack). Deutschland, das nach dem 2. Weltkrieg bemüht war, sein Wachstum in bewährter Form durch Exporte zu generieren, verfolgte eine strikte Form der Kostenwettbewerbsfähigkeit (Lohnkontrollen, antiinflationäre Haltung). Entscheidend seien demnach das Sparen und Investieren (im Sinne des Leitsatzes erst sparen, dann kaufen), nicht die Nachfrageseite, der Konsum. Allerdings – so die Kritik von Blyth – ignoriere diese Weltsicht die Tatsache, dass Exportüberschüsse nicht erwirtschaftet werden können, wenn nicht gleichzeitig jemand anderes Defizite erleidet. Dem ordoliberalen Pfad folgt(e) aber nicht nur Deutschland, sondern auch die EU, bei der Wettbewerbsfähigkeit als Voraussetzung für Wachstum ein wiederkehrendes Leitmotiv darstellt. Dabei werde die Rolle der Überschussländer beim Entstehen der Krise komplett ignoriert. „Heute wollen Deutschland und die Europäische Kommission, dass jeder in Europa deutscher wird – doch das kann einfach nicht funktionieren“ – so Blyth. (S.192) Die für Deutschland erfolgreiche ordoliberales Gebrauchsanweisung gelte nicht für die Peripherie der Eurozone, die sich in einer zu permanenter Austerität führenden Einbahnstraße befinde.

Warum wird Austerität dann aber in einem so hohen Maße – und offensichtlich weltweit – akzeptiert und angewendet? Blyth beantwortet diese Frage mit der erfolgreichen Verdrängung des Keynesianismus durch den Monetarismus und die Neue Politische

Ökonomie sowie mit der Schwäche der Demokratie, also der These von der Inkonsistenz der Politiker. Dabei hebt der Autor hervor, dass die Problematik des moral hazard (der opportunistischen Versuchung) – als Kern aller „Public Choice“-Argumente der Neuen Politischen Ökonomie – dazu geführt habe, dass die Grundlagen für das Vertrauen, als Basis jedweden wirtschaftlichen Handelns, zerstört wurden. So betrachtet schien es in der EU durchaus legitim, die eine oder andere Regierung, die sich nicht an die Spielregeln gehalten hatte, auszutauschen. (212) Einen weiteren wichtigen Faktor im Hinblick auf die Akzeptanz der Austerität erblickt Blyth in der zeitweise sehr einflussreichen Lehre und Schule des italienischen Ökonomen Luigi Einaudi, aus deren Theoremen man die Schlussfolgerung zog, dass Demokratie Schulden und Inflation verursache. Es wurde argumentiert, dass es möglich sei, durch Kürzungen zu wachsen, wobei diese These – man exponierte damals die Wirtschaftspolitiken Dänemarks und Irlands – empirisch nicht belegt werden konnte. Trotzdem hielt man daran fest, dass man nur durch Haushaltskürzungen und Einschränkungen beim Sozialstaat die Finanzen in Krisenzeiten ordnen könne. Da es keine Alternative (TINA) für diese haushaltspolitischen Anpassungen gebe, bedeute dies, dass man Steuern nicht erhöhen und Ansprüche auf Transfers reduzieren müsse (Alberto Alesina). Die Umsetzung dieser Austeritätspolitik, wie sie gegenwärtig auch in der EU betrieben werde, habe aber in Wirklichkeit dazu geführt, dass Spanien und Griechenland ökonomisch wie politisch massiv geschädigt und Millionen von Europäern in die Armut getrieben wurden. (S.234) Auch auf Grundlage der sich anschließenden wirtschaftspolitischen Analyse der 1920er, 1930er und 1980er Jahre sowie der Allianz der sog. REBLL-Staaten, Rumänien, Estland, Bulgarien, Lettland und Litauen, die vom IWF und der EU als Beweis für das Funktionieren von Austeritätspolitik angeführt werden, kommt Blyth zum Ergebnis, dass Austerität ein ums andere Mal ausprobiert wurde, aber immer wieder gescheitert sei. Denn für die REBLL-Staaten gelte zwar, dass sie während der Krise ihre Wechselkurse aufrechterhalten konnten, allerdings nur deshalb, weil sie sich für massive Deflation, Migration und Arbeitslosigkeit entschieden. Die Frage, ob es das wert war, beantwortet Blyth mit einem entschiedenen Nein. (S.236)

Die Einführung des Euro, die der Autor mit der Wiedereinführung des Goldstandards gleichsetzt, betrachtet er als fundamentalen Fehler, denn ein Goldstandard – sprich der Euro – lasse sich in einer Demokratie auf Dauer nicht aufrechterhalten: Das System werde letztlich daran scheitern, weil Bevölkerungen nur ein gewisses Maß an Austeritätspolitik ertragen können. (S.242)

Was brachte die Austeritätspolitik also anstatt des in Aussicht gestellten Wohlstands und Wachstums? In der Lesart von Blyth waren dies Unruhen, politische Instabilität, Klassenpolitik, mehr und nicht weniger Schulden, Mordanschläge und Krieg. (S.297) Insofern und angesichts dieser katastrophischen Einschätzung amerikanischer und europäischer Sparpolitiken stellt sich natürlich die Frage, ob es vielleicht auch einen anderen Weg gegeben hätte, um die Krise zu überwinden.

Blyth vertritt in diesem Zusammenhang die Auffassung, dass der Siegeszug der Austerität nicht unausweichlich gewesen sei, auch wenn die Hauptursache der Krise, ein in eine Goldstandard-Weltuntergangsvorrichtung eingezwängtes Bankensystem, das zu stark für staatliche Rettungsaktionen ist, als einzige Reaktion zu erlauben schien, zusätzliche Liquidität ins System zu schießen, Staatshaushalte zu kürzen und zu beten. (S.299)

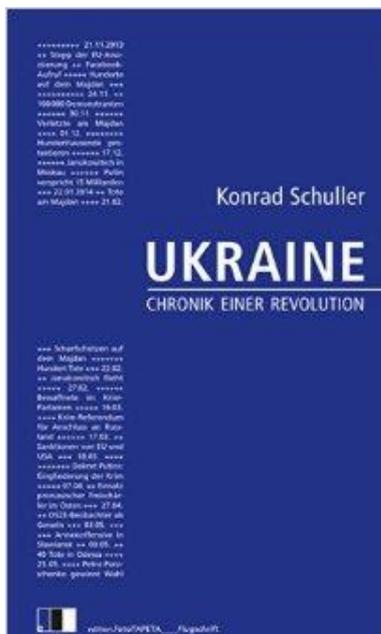
Welchen Weg der Krisenbewältigung kann es angesichts des von Blyth gut dokumentierten und belegten Versagens der Austeritätspolitik dann aber noch geben? Dazu schlägt Blyth vor, das Konzept einer Finanzrepression zu prüfen, also die Besteuerung unfreiwilliger Anleihegläubiger, wodurch eine Regierung einen ausgeglichenen Haushalt und den Abbau des Werts der Schulden erreichen könnte. Zudem postuliert er mehr Steuergerechtigkeit und schlägt eine höhere Besteuerung der Spitzenverdiener in den USA und der EU vor, schon alleine deshalb, weil Schuldenerlasse unwahrscheinlich scheinen und die anderen Optionen – Inflation und Staatsbankrott – noch schlimmer sind. Angesichts der in den USA und in der EU herrschenden Macht- und Mehrheitsverhältnisse scheint diese durchaus wünschenswerte Option aber kaum durchsetzbar. Dies ist dem Autor selbst klar, da er etwas resigniert feststellen muss, dass die Austeritätspolitik trotz ihres Versagens, als „klassenspezifische Verkaufsoption“, fortgesetzt wird, schon alleine deshalb, weil Regierungen, wenn sie die Banken retten, damit die Vermögenswerte und Einkommen der Top-30-Prozent der Einkommensverteilung retten. (S.333) *zw*

Konrad Schuller: Ukraine. Chronik einer Revolution. Berlin 2014, 207 S.

Dieses Buch Konrad Schullers, des seit 2004 für die FAZ aus Polen und der Ukraine berichtenden Korrespondenten, gliedert sich nach einem instruktiven Vorwort in vier übergreifende Kapitel, die der Chronologie der Ereignisse in der Ukraine folgen: Majdan, Krim-Krise, Destabilisierung, Wahlen. Vorab: Für einen aufmerksamen Leser der FAZ ein willkommenes déjà vu, denn hier bietet ein über literarische Mittel verfügender und stilsicherer Journalist – in kompakter Buchform – einen hervorragenden Überblick über ein gutes halbes Jahr ukrainischer Revolution. Genauer gesagt reichen die einzelnen Einträge von Ende November 2013 bis Ende Mai 2014, vom Beginn der Protestbewegung auf dem Kiewer Majdan bis hin zu den Präsidentschaftswahlen, aus denen bekanntlich Petro Poroschenko als klarer Sieger hervorging. Das erste, ausführlichste Kapitel ist dem Majdan gewidmet und beinhaltet 25 Artikel unterschiedlicher Länge, in denen sich die zunehmende Dynamik des Geschehens widerspiegelt, von einem recht zahmen,

gewaltlosen Bürgerprotest gegen den korrupten Kleptokraten Janukowitsch, dessen Umschwenken im Hinblick auf den Assoziationsvertrag mit der EU von einer aufgebrachtten Bürgerbewegung nicht akzeptiert wird, bis hin zu gewaltsamen Massenprotesten einer immer wütender werdenden Zivilgesellschaft, die auf die staatliche Gewalt der Ordnungskräfte mit zivilgesellschaftlicher Gegengewalt antwortet. Gefordert wird nun nicht nur der Rücktritt des Autokraten, sondern der Systemsturz; dementsprechend radikalieren sich auch Inhalte und Methoden des Widerstands. Schuller schildert auch die Ebene der großen Politik: die massive Einmischung und Erpressung des Kreml sowie die mehr oder minder erfolgreichen Versuche der EU, den Konflikt zu deeskalieren. Er stellt aber auch den Zwist und die Konkurrenz zwischen den Oppositionspolitikern Klitschko, Jazeniuk, Tjahniboh und Timoschenko dar, ebenfalls im Verhältnis zu den sich immer stärker radikalisierenden Repräsentanten des Majdan, die den unter der Vermittlung der Außenminister Deutschlands, Frankreichs und Polens zwischen den Oppositionspolitikern und Janukowitsch im Februar 2014 geschlossenen Kompromiss ablehnen und schließlich dafür sorgen, dass es zum Umsturz kommt. Insofern hat auch der im Titel des Buches verwendete Begriff der Revolution seine volle Berechtigung. Besonders lesenswert sind in diesem ersten Kapitel jene Reportagen Schullers, in denen der Autor wichtige historische, politische und wirtschaftliche Hintergrundinformationen liefert, mit deren Hilfe sich die tiefe Gespaltenheit des Landes, die Radikalisierung der Westukraine und Kiews sowie der Übergang des in erster Linie gegen Korruption und Oligarchen gerichteten Bürgerprotests in einen postkolonialen Widerstand gegen die russische Hegemonie und ihre Territorialforderungen überzeugend deuten und erklären lassen.

Das zweite Kapitel „Krim-Krise“ ist erheblich kürzer und deckt den Zeitraum vom 1. bis zum 20. März 2014 ab. In ihm setzt sich Schuller mit dem Plan B Putins (Föderalisierung der Ukraine und Unterstützung des Separatismus), mit der



zweilichtigen Rolle ukrainischer Oligarchen zwischen eigenem Gewinnstreben und ukrainischem „Patriotismus“, der schwierigen Situation ukrainischer Einheiten auf der Krim, die sich den sog. „grünen Männchen“ aus Russland teils ergeben, teils desertieren sowie der dramatischen Lage der Krimtataren und der die Krim bewohnenden Ukrainer auseinander, die vor und nach dem sog. Referendum einer zunehmenden Diskriminierung durch die russischen Besatzer unterliegen. Allerdings lässt Schuller auch keinen Zweifel daran, dass eine deutliche Mehrheit der Bewohner der Halbinsel den Anschluss an Russland befürwortet, wobei der Autor aber in einfühlsamen Einzelreportagen verdeutlicht, dass die Entscheidung für oder gegen die Ukraine nicht unbedingt der eigenen nationalen Identität entsprechen muss. In diesem Kontext sei besonders auf die das 2. Kapitel abschließende Reportage „Die Liebe in den Zeiten der Annexion“ (S. 132-136) verwiesen.

Im 3. Kapitel, das den Titel „Destabilisierung“ trägt, schildert Schuller die Zuspitzung des (militärischen) Konflikts nach der Annexion der Krim, wobei deutlich wird, dass die ostukrainischen Separatisten, die inzwischen mit dem Ausrufen von „Volksrepubliken“ begonnen haben, auf die massive, wenn auch verdeckte Unterstützung der russischen Führung zählen können. Im April 2014 stellt sich in der Tat die Frage, ob es Putin – ähnlich wie auf der Krim – um Annexion oder „nur“ Destabilisierung der Lage in der Ostukraine geht, um damit den Führungsanspruch der neuen ukrainischen Führung zu beschädigen und die angekündigten Präsidentschaftswahlen zu verhindern. Die militärischen Bemühungen der ukrainischen Interimsregierung unter Turtschinow, die Unruhen im Osten einzudämmen, sind nur zum Teil erfolgreich. Andererseits werden die Separatisten in der Ostukraine im April 2014 von der Bevölkerung aber auch nicht besonders breit unterstützt. Einen vorzüglichen Einblick in die Gefühlslage älterer, noch sowjetisch geprägter Bewohner des Donbass gibt die Reportage „Sagen Sie Merkel: Wir wollen eure Panzer nicht“ (S.158-162). Hier erklärt Schuller, warum die propagandistische Floskel „Majdan=Faschisten=Westen“ bei dieser Bevölkerungsgruppe so erfolgreich lanciert werden konnte, und warum es dort weiterhin eine so stark ausgeprägte Abneigung gegen die Westukraine und das „faschistisch gesteuerte“ Kiew gibt.

Schließlich das letzte Kapitel unter dem Titel „Wahlen“, das aus zehn Reportagen besteht und vom 9. bis zum 27. Mai 2014 reicht. Darin behandelt Schuller zunächst die Diskussion um die russischen Ansprüche auf das sog. Neurussland (Nowosrossija), die ausgerechnet am 9. Mai – also am Tag des Sieges – von einigen Separatistenführern, aber auch von Putin selbst befeuert wurde, und nicht nur in der Ukraine, sondern weltweit Irritationen hervorrief. Ferner arbeitet der Autor aber auch die großen Unterschiede zwischen solchen Industriemetropolen wie dem proukrainischen Dnipropetrowsk und der prorussischen Separatistenhochburg Donezk heraus, wobei er u.a. auf den politischen Einfluss und die wirtschaftlichen Interessen des allmächtigen und rücksichtslosen Oligarchen Kolomojskij abhebt, der aufgrund seiner prowestlichen Haltung von der Kiewer Übergangsregierung bekanntlich zum Gouverneur von Dnipropetrowsk berufen wurde. Kritisch beleuchtet Schuller zudem das von den

Separatisten durchgeführte „Referendum“, bei dem sich weit über 90% der Abstimmenden für eine Ablösung von der Ukraine ausgesprochen haben sollen. Überdies analysiert er die zwielichtige Rolle des dominierenden Oligarchen, Rinat Achmetow, dem es im Mai 2014 gelang, die Unruhen in der bedeutenden Industrie- und Hafenstadt Mariupol zu schlichten. Schließlich sind die letzten Beiträge dem Aufstieg und der Rolle des prowestlichen Schokoladenkönigs und jetzigen Präsidenten der Ukraine, Petro Poroschenko, gewidmet. Schuller berichtet in diesem Kontext auch von enttäuschten Anhängern des Majdan, die in dessen Wahl lediglich einen weiteren Oligarchenwechsel erblicken. Das Buch endet mit einem Artikel über die anfänglichen Erfolge der „antiterroristischen Aktion“ Poroschenkos. Die ersten Maßnahmen des neuen Präsidenten werden als eine Mischung aus Härte und Kompromissbereitschaft charakterisiert.

Konrad Schuller legt mit dieser Sammlung von zumeist zuvor in der FAZ abgedruckten Artikeln eine erfreulich differenzierende, analytisch überzeugende und zugleich empathische Veröffentlichung vor, die nicht nur über einen hohen Informationswert verfügt, sondern darüber hinaus auch anrührt und spannend zu lesen ist. zw

Erinnern

Theo Mechtenberg

Tadeusz Mazowiecki in Memoriam (1927 – 2013)

Meine erste Begegnung mit Tadeusz Mazowiecki reicht bis in die Mitte der 1960er Jahre zurück. Damals organisierte ich für die Magdeburger katholische Studentengemeinde einen Arbeitseinsatz in dem von katholischen Schwestern geleiteten Blindenzentrum Laski bei Warschau. Vor Ort erfuhren wir diese weitläufige Einrichtung zugleich als eine Stätte geistlicher Erneuerung, die gern von den in Warschau lebenden katholischen Intellektuellen aufgesucht wurde. So fügte es sich, dass wir hier mit Tadeusz Mazowiecki zusammentrafen, dessen früh verstorbene Frau auf dem dortigen Friedhof ihre letzte Ruhe gefunden hat. Er lud unsere Gruppe zu einem Gespräch über die Grundlagen der Demokratie ein und erläuterte uns die Situation in Polen, wobei vor allem die von christlichen und nationalen Werten bestimmte Identität seines Volkes hervorhob, die es gegen die kommunistische Macht und Ideologie zu bewahren gelte. Derlei Gespräche mit Mazowiecki gab es in jenen Jahren mehrere.

Von allen Begegnungen, zu denen es in den folgenden Jahren immer wieder kam, ist mir vor allem jene am Vorabend der Verhängung des Kriegsrechts in Erinnerung geblieben. Im Spätherbst 1981 verschaffte ich mir auf meiner Polenreise ein Bild von der angespannten Lage. Mein vorherrschender Eindruck war der einer Doppelherrschaft von Solidarność und kommunistischer Partei. Es war für mich mit Händen zu greifen, dass dieser Zustand nicht mehr lange andauern würde. In meiner sorgenvollen Stimmung traf ich Mazowiecki in der Redaktion des von ihm redigierten „Tygodnik Solidarność“. Als wir über die Situation im Lande sprachen und ich vor einer weiteren Radikalisierung der Solidarność warnte, sagte er mit einem resignierenden Unterton, dass die Entwicklung, zu welchem Ende sie auch führen werde, eine Dynamik gewonnen habe, die nicht mehr aufzuhalten sei. Wenig später wurde er in der Nacht vom 12. zum 13. Dezember mit tausenden Mitstreitern verhaftet; ein gutes Jahr blieb er interniert. Sieben Jahre später wurde er am 24. August 1989 zum ersten Premier des postkommunistischen Polens gewählt.

Kindheit und Jugend

Geboren wurde Tadeusz Mazowiecki am 16. April 1927 in Płock. Zwölfjährig erlebte er mit einem Bombardement seiner Heimatstadt den deutschen Überfall auf Polen. Nach diesem „Blitzkrieg“ wurde Płock dem deutschen Reich einverleibt, in Schröttersburg umbenannt und germanisiert. Für den jungen Tadeusz begann eine harte Zeit. Als Laufbursche eines Krankenhauses, später eines Handelszentrums, musste er zum Lebensunterhalt der Familie beitragen. Sein älterer Bruder wurde verhaftet und in das KZ Stuffhof eingeliefert, wo er verstarb. Aus dem Fenster des Krankenhauses sah er, wie die zahlreichen Juden der Stadt deportiert wurden. „Da gingen Mütter mit Kleinkindern, und ich stand hilflos am Fenster. Nicht einmal ein Stück Brot konnte ich

ihnen zuwerfen.“¹ Ein anderes Mal wurde er Zeuge einer Exekution von dreizehn Mitgliedern der Widerstandsbewegung, die mit dem Ruf „Es lebe Polen“ in den Tod gingen.

Doch Mazowiecki erlebte in den Jahren der Okkupation die Deutschen nicht nur als Unmenschen. Seit 1943 arbeitete er auf einem nahegelegenen Gut, das ein Deutscher namens Georg von Cardinal übernommen hatte. Dort herrschte „eine andere, ganz und gar erträgliche Atmosphäre. Mit ihm konnte man über Polen und die deutsch-polnischen Beziehungen sprechen.“ Als die sowjetische Front näher rückte, bot ihm dieser „Gerechte“ an, gemeinsam mit ihm vor der Roten Armee zu fliehen und mit nach Deutschland zu kommen. Mazowiecki lehnte ab und blieb. Bald nach Kriegsende machte er sein Abitur und ging 1947 zum Jurastudium nach Warschau.

Ein Leben als Journalist

Bereits als Student drängt es Mazowiecki, gesellschaftlich aktiv zu werden. Er schließt sich der Gruppierung von Bolesław Piasecki an, einem vor dem Krieg zur extremen Rechten zählenden Politiker, der 1944 von den Sowjets zunächst verhaftet worden war und nach Kriegsende von ihnen ausersehen wurde, die polnischen Katholiken für das kommunistische System zu gewinnen. Im Rahmen der von Piasecki gegründeten „Gesellschaftlich fortschrittlichen Bewegung weltlicher Katholiken“, der späteren PAX-Bewegung, macht Mazowiecki schnell eine journalistische Karriere. 1953 wird er Chefredakteur des „Wrocławski Tygodnik Katolików“. Sein in dieser Wochenzeitung verbreitetes Deutschenbild ist stark negativ geprägt. Ganz im Geist jener Zeit nimmt Mazowiecki Stellung gegen die „von Washingtoner Finanzkreisen unterstützten westdeutschen Revanchisten, die einen neuen Krieg anzetteln möchten, der es den neohitlerischen Soldaten ermöglichen würde, Polen niederzustampfen.“ Auf diese Weise geißelt er die „abenteuerliche antipolnische Politik Adenauers“, dem er Jahrzehnte später durch den Besuch seines Grabes Reverenz erweist.

Diese Phase antideutscher Propaganda endet für Mazowiecki 1955, als es zwischen ihm und der autoritären PAX-Führung zum Zerwürfnis kommt. Nach dem Polnischen Oktober 1956 wechselt er zur katholischen Znak-Bewegung und gründet 1957 die Warschauer Monatsschrift „Więź“, die er über zwei Jahrzehnte als Chefredakteur leitet. In ihrer grundsätzlichen Ausrichtung weiß sich „Więź“ in Abgrenzung gegenüber Individualismus und Kollektivismus dem französischen Personalismus von Emmanuel Mounier verpflichtet. Indem in den Beiträgen eine Gestaltung von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik unter dem Primat der Person, ihrer Würde, Freiheit und Verantwortung, vertreten wurde, stand „Więź“ in einem grundsätzlich kritischen Bezug zum kommunistischen System. Auch in kirchlichen Fragen bezog „Więź“ eine kritische Position, indem die Zeitschrift für eine Erneuerung der polnischen Kirche im Geiste des Zweiten Vatikanums eintrat, der Primas Wyszyński keine für Polen besondere

¹ Andrzej Brzeziecki, Mazowieckiego droga do Krzyżowej (Mazowieckis Weg nach Kreisau), Tygodnik Powszechny, 23.11.2014, S. 10. Dieser Text bildet weitgehend die Grundlage meines Beitrags. Weitere Zitate werden nicht eigens ausgewiesen.

Dringlichkeit beimaß. Zudem sprach sich die Redaktion immer wieder gegen antisemitische Tendenzen aus und suchte Kontakt zu Marxisten, die gegenüber der kommunistischen Partei kritisch eingestellt waren oder mit ihr gebrochen hatten und mit denen man auf der Basis eines personalen Humanismus eine Zusammenarbeit anstrebte. Angesichts dieser journalistischen Erfahrung von Tadeusz Mazowiecki, der allein in „Więź“ an die hundert Artikel publiziert hat, erscheint es nur konsequent, dass ihn Lech Wałęsa zum Chefredakteur der im April 1981 gegründeten Gewerkschaftszeitung „Tygodnik Solidarność“ ernannte.

Politiker, Dissident, Politiker

Eine Folge des mit dem Polnischen Oktober 1956 eingeleiteten zeitweiligen Tauwetters war die Zulassung von fünf Persönlichkeiten der Znak-Bewegung als Abgeordnete des Sejm, darunter auch Tadeusz Mazowiecki. Ihm gehörte er von 1961 bis 1972 an. Im März 1968 ergriffen die fünf Znak-Abgeordneten als einzige Gruppierung im Sejm für die gegen die Einschränkung der Meinungsfreiheit und lügnerische Berichterstattung demonstrierenden Studenten Partei und verurteilten die gewaltsame Niederschlagung der Proteste, wofür sie im Plenum scharf angegriffen wurden. 1972 durfte Mazowiecki wegen seiner regierungskritischen Haltung nicht mehr für den Sejm kandidieren. Damit begann für ihn eine Zeit als Dissident. 1975 gehörte Mazowiecki zu den Initiatoren und Unterzeichnern einer Eingabe gegen die von der Regierung geplante Verfassungsänderung, wodurch die führende Rolle der Partei in Gesellschaft und Staat sowie das den letzten Rest an Unabhängigkeit faktisch preisgebende unverbrüchliche Bündnis mit der Sowjetunion festgeschrieben werden sollte. Als im Juni 1976 zigtausende polnischer Arbeiter gegen die dramatischen Preiserhöhungen protestierten und die Streikenden, zumal in Radom und Ursus, von der Miliz brutal niedergeschlagen, verhaftet und viele von ihnen zu Haftstrafen verurteilt wurden, gehörte Mazowiecki als ihr Sprecher zu den hungerstreikenden Intellektuellen, die auf diese Weise die Freilassung der Häftlinge erreichen wollten. Zudem machte er 1977 die auch von der polnischen Regierung unterzeichneten Beschlüsse von Helsinki zur Wahrung der Menschenrechte auf einer Tagung des Warschauer Klubs Katholischer Intelligenz (KIK) publik und forderte ihre Umsetzung für Polen. 1980 spielte er von Beginn an in der landesweiten Streikbewegung eine führende Rolle: Er organisierte den Brief der 64 Intellektuellen zur Unterstützung der Streikenden, nahm im August 1980 auf der Danziger Leninwerft an den Verhandlungen mit der Regierung teil und hatte einen erheblichen Anteil an der Abfassung des Abkommens vom 31. August, das unter anderem die legale Gründung der unabhängigen Gewerkschaft Solidarność ermöglichte.

Nach seiner Haftentlassung kurz vor Weihnachten 1982 wird Mazowiecki bald wieder aktiv. Im Rahmen der „fliegenden Universität“ hält er Vorträge zu der in einem deutlichen Kontrast zur kommunistischen Ideologie stehenden katholischen Soziallehre und schreibt für die Untergrundpresse. Ein Angebot von General Jaruzelski, dem von ihm 1985 einberufenen Konsultativrat beizutreten, schlägt er aus. Im gleichen Jahr verfasst er gemeinsam mit Bronisław Geremek (1932-2008) die Situationsanalyse „Fünf Jahre nach dem August“. Als es 1988 im Land erneut zu Streiks kommt, stellt sich

Mazowiecki den streikenden Arbeitern erneut als Berater zur Verfügung. Um aus der Gesellschafts- und Staatskrise einen Ausweg zu finden, bietet die Regierung schließlich der Opposition Verhandlungen an. Mazowiecki und seine Mitstreiter nehmen das Angebot unter der Voraussetzung einer Wiedezulassung von Solidarność an. Wenig später sitzt Mazowiecki mit am „Runden Tisch“. Dass die Solidarność bei den halbfreien Wahlen vom 4. Juni 1989 einen überwältigenden Erfolg erzielte, ist auch dem langjährigen Engagement von Tadeusz Mazowiecki zu danken. Seine Wahl zum Ministerpräsidenten besiegelt das Ende kommunistischer Herrschaft in Polen und macht ähnliche Entwicklungen in den anderen kommunistischen Satellitenstaaten möglich.

Mazowiecki war nur eine kurze Regierungszeit beschieden. Nachdem er 1990 in der Stichwahl um das Präsidentenamt Lech Wałęsa unterlegen war, tritt er am 14. Dezember von seinem Amt zurück. In den knapp neunzehn Monaten seiner Regierungszeit schafft er es, dauerhafte Grundlagen für einen Rechtsstaat zu legen, und leitet durch seinen Vizepremier und Finanzminister Leszek Balcerowicz die mit hohen sozialen Kosten verbundene und als „Schocktherapie“ in die Geschichte eingegangene Wirtschaftsreform ein, die letztendlich die wirtschaftliche Gesundung sowie den wirtschaftlichen Aufschwung Polens ermöglicht hat.

Diese Leistung kann nur der wirklich würdigen, der neben der wirtschaftlichen Misere auch die politisch schwierige Ausgangslage seiner Regierung bedenkt. Es handelte sich schließlich um eine Koalition, in der die kommunistische Arbeiterpartei über die Schlüsselministerien des Inneren sowie der Verteidigung verfügte und General Wojciech Jaruzelski, der am 13. Dezember 1981 das Kriegsrecht verhängt hatte, Staatspräsident war. Zudem war Polen zu der Zeit noch Mitglied des Warschauer Paktes, und sowjetische Armeeeinheiten waren in Polen stationiert. Ein Putsch gegen die von Mazowiecki geführte Regierung war daher jederzeit möglich. Doch die Einbindung der Kommunisten in die Regierung bildete nicht nur eine Gefahr, sondern war auch eine Chance, weil sie für die notwendigen Reformen mit verantwortlich gemacht wurden und diese mittragen mussten. Dass es zu dieser letzteren, positiven Alternative kam, kann als besonderes Verdienst der Regierungskunst Mazowieckis verbucht werden.

Auch die deutsch-polnischen Beziehungen fanden unter Mazowiecki eine neue, vertragliche Grundlage. Mit der sich im Herbst 1989 abzeichnenden deutschen Wiedervereinigung ergab sich erneut das Problem der Anerkennung der polnischen Westgrenze, die zwar seitens der Bundesrepublik durch den Warschauer Vertrag akzeptiert war, nicht aber durch das vereinte Deutschland. Hier sorgte Bundeskanzler Helmut Kohl mit seinem im Herbst 1989 vorgestellten 10-Punkte-Plan für Irritation, weil in ihm die Grenzfrage mit keinem Wort Erwähnung fand. Mazowiecki war alarmiert und setzte alles daran, an den zur deutschen Einheit führenden Zwei-plus-Vier-Gesprächen beteiligt zu sein. In einem Telefonat vom 23. Februar 1990 machte er seinen Standpunkt gegenüber Kohl deutlich: „Wir legen sehr großes Gewicht darauf, Herr Bundeskanzler, dass wir in diese neue Epoche nicht mit irgendwelchen dauerhaften

Doppeldeutigkeiten eintreten, denn das macht eine Versöhnung unmöglich. Wir streben nicht in diesen Gesprächen den gleichen Status an wie die zwei deutschen Staaten und die vier Großmächte, doch Konsultationen reichen uns nicht. Wir müssen an ihnen teilnehmen. Es darf keine Wiederholung von Jalta geben; wir können nicht *per procura* anwesend sein. Wir müssen selbst präsent sein.“ Mazowiecki erreichte, dass polnische Vertreter die Forderung nach einem Junktim zwischen deutscher Einheit und Grenzenerkennung in diese Beratungen einbringen konnten. Am 12. November 1989 kam es dann im Rahmen der Kreisauer Versöhnungsmesse zu der denkwürdigen Umarmung zwischen Helmut Kohl und Tadeusz Mazowiecki, eine Geste, die den Beginn einer neuen deutsch-polnischen und europäischen Epoche symbolisiert. Mit der Unterzeichnung des deutsch-polnischen Grenzvertrages am 14. November 1990 sowie mit dem am 17. Juni 1991 abgeschlossenen deutsch-polnischen Vertrag „über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit“ waren die rechtlichen Grundlagen für die weitere positive Entwicklung der deutsch-polnischen Beziehungen gelegt.

Trotz all seiner Verdienste geriet Mazowiecki in seiner Heimat bei den stark rechtsnational orientierten Kräften in Misskredit.² In seiner Regierungserklärung hatte er gesagt: „Von der Vergangenheit trennen wir uns durch einen dicken Strich“. Gemeint hatte er, dass seine Regierung nicht die Verantwortung für die von den Kommunisten verschuldete gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Hypothek trage, sondern sich ausschließlich für das verantwortlich wisse, was sie unternahme, um Polen aus der tiefen Krise herauszuführen.

Doch Mazowieckis Gegner sahen im Diktum vom „dicken Strich“ in Verkennung sowohl des eigentlichen Sinns als auch der politischen Lage ein Versäumnis; er habe es gegenüber den Kommunisten an der notwendigen Härte fehlen lassen, ihren Machteinfluss nicht unterbunden und sie nicht ihrer Verbrechen überführt. Dieser unsachliche Vorwurf spielte 1990 bei der Präsidentschaftswahl eine nicht geringe Rolle und bescherte Mazowiecki erhebliche Stimmenverluste, so dass er sie gegen Lech Wałęsa verlor.

Mazowiecki blieb noch jahrelang, wenn auch wenig erfolgreich, politisch aktiv. Wie sehr er international geschätzt wurde, zeigte sich unter anderem darin, dass er 1992 zum UN-Sonderbotschafter für den von Kriegen erschütterten Balkan ernannt wurde. Doch er wurde von seiner Mission enttäuscht. Trotz seiner alarmierenden Berichte über Menschenrechtsverletzungen verhielt sich der Westen weitgehend passiv. Als die bosnisch-serbischen Truppen in Srebrenica rund 8.000 Muslime ermordeten und die niederländischen UN-Soldaten dem tatenlos zusahen, trat er 1995 von seinem Amt zurück.

² Vgl. hierzu den Beitrag von Joachim von Puttkamer: Der Mythos vom „dicken Strich“. In: Dialog. Deutsch-Polnisches Magazin, 108/2014, S. 52-54

Mazowieckis Verhältnis zu Deutschland und den Deutschen

Mazowieckis Einstellung zu Deutschland und den Deutschen steht in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Nachkriegsbeziehungen. Bis in die 1960er Jahre galt auch für ihn die polnische Staatsdoktrin, wonach das Bündnis mit der UdSSR die Existenz Polens garantiere, die durch den westdeutschen Revanchismus bedroht sei. Doch diese Doktrin besaß nur solange Gültigkeit, wie im deutsch-polnischen Verhältnis die Anerkennung der Westgrenze Polens an Oder und Neiße ungelöst war.

Eine erste, indirekte Infragestellung dieser Doktrin ging nicht von beiden Staaten, sondern von den Kirchen aus. Das Jahr 1965 markiert hier eine erste Zäsur – durch die evangelische Ostdenkschrift sowie durch den Briefwechsel polnischer und deutscher Bischöfe. Beide Initiativen beinhalten noch kein klares deutsches Votum für eine Anerkennung der polnischen Westgrenze, bilden aber einen wichtigen Impuls zur Lösung der für das deutsch-polnische Verhältnis entscheidenden Grenzfrage. Der polnische, an den deutschen Episkopat adressierte Brief vom 18. November 1965 mit der Intention wechselseitiger Vergebung als unverzichtbare Voraussetzung für politische Lösungen stieß in Polen nicht nur bei Partei und Regierung, sondern auch in breiten Teilen der Gesellschaft auf Unverständnis und Ablehnung, auch bei der kleinen Abgeordnetengruppe von Znak. Rückblickend sagt Mazowiecki in einem Interview aus dem Jahr 2005: „Wir waren schockiert, dass uns niemand über die Entstehung dieses Briefes in Kenntnis gesetzt hat. Wir erlebten dies umso bitterer, weil wir die Gruppe bildeten, die im polnischen Katholizismus Pionier war in der Anknüpfung von Kontakten mit den Deutschen, vor allem mit verschiedenen christlichen Zentren.“

Die fünf Znak-Abgeordneten sahen sich zu einer Stellungnahme genötigt. Verfasst wurde sie von Professor Stomma und Mazowiecki. Darin werden die Verdienste der Kirche um eine Integration der Westgebiete sowie das Bemühen um eine Überwindung der Feindschaft zwischen Deutschen und Polen gewürdigt, aber auch Kritik an einigen Formulierungen des Briefes geübt, die ihrer Meinung nach möglicherweise falsch interpretiert werden könnten. Ihre Kritik verstimmte Primas Wyszyński und bewirkte eine zeitweise Verschlechterung in seinem Verhältnis zu ihnen. Doch der Kirchenkampf, den das System wegen des Briefes in Szene setzte, sorgte bei Mazowiecki für eine letztlich positive Wertung des Briefes, die er 1966 auf einem internen Treffen von Znak vortrug, wobei er insbesondere die in ihm enthaltene Anregung zu einem wechselseitigen Dialog hervorhob.

Die politische Wirkung der evangelischen Ostdenkschrift und des Briefwechsels der Bischöfe zeigte sich fünf Jahre später mit dem Abschluss des Warschauer Vertrages. Mazowiecki kommentierte ihn in „Więź“ ganz „im Sinne all derer in Europa und in der Welt, die auf einen Prozess internationaler Entspannung setzen; all derer, die für die Versöhnung und Annäherung der Völker arbeiten.“ Rückblickend lässt sich sagen, dass der Vertrag aufgrund der Grenzankennung die bislang gültige polnische Staatsdoktrin

prinzipiell hinfällig machte und die Weichen für eine Entwicklung stellte, die 1989 zum Ende kommunistischer Herrschaft und zur Unabhängigkeit Polens führte.

Dialog, Versöhnung, Annäherung – mit diesen drei Worten lässt sich die persönliche Intention von Mazowiecki im Verhältnis zu Deutschland und den Deutschen seit Mitte der 1960er Jahre umschreiben. Bald nach dem Briefwechsel der Bischöfe kommt er in Kontakt mit Christen aus der DDR, die im Rahmen von Aktion Sühnezeichen in Polen darum bitten, in Auschwitz und anderen Gedenkortern deutscher Verbrechen zum Zeichen der Sühne arbeiten zu dürfen. Mazowiecki hilft bei der Vorbereitung und Durchführung solcher Einsätze. Aus dieser Zeit resultiert seine Bekanntschaft mit Günter Särchen (1927-2004), einem der ersten Wegbereiter deutsch-polnischer Versöhnung, mit dem ihn eine lebenslange Freundschaft verband.

Nach dem Warschauer Vertrag nutzt Mazowiecki die sich nun bietenden Möglichkeiten, mit westdeutschen Persönlichkeiten in Kontakt zu treten, zumal mit solchen aus dem Umfeld von Pax Christi und Bensberger Kreis. Nach kurzer Zeit zählt er in der Bundesrepublik zu den bevorzugten polnischen Gesprächspartnern. 1974 hält er auf dem Katholikentag in Mönchengladbach ein mit den polnischen Behörden nicht abgesprochenes Referat, worauf diese ihm für zwei Jahre Auslandsreisen untersagen. Das hindert ihn nicht, der „Frankfurter Allgemeinen“ 1976 ein Interview zu erteilen, in dem er das brutale Vorgehen der Miliz gegen die Streikenden in Radom verurteilt, sich für eine Liberalisierung des Systems ausspricht und unabhängige Gewerkschaften einfordert – ein mutiges Unterfangen, in einem ausländischen Organ auf solche Weise Kritik an der eigenen Regierung zu üben. Auch Richard von Weizsäcker zählt seit Anfang der 1970er Jahre zu seinen Gesprächspartnern. Dieser wertet die Begegnungen mit Mazowiecki mit den Worten: „Kein anderer Pole lieferte uns in jener Zeit so sachliche und glaubwürdige Informationen zu den in seinem Land herrschenden Verhältnisse und Stimmungen wie gerade er.“ In ihm sieht von Weizsäcker den Hoffnungsträger für ein neues Polen, was sich aus der Tatsache schließen lässt, dass er als Bundespräsident im Oktober 1987 mit Mazowiecki zu einem ausführlichen Gespräch zusammentraf. Diese bis in die Anfänge der 1970er Jahre zurückgehenden Kontakte waren für Mazowiecki nach eigener Aussage „wichtige Impulse; wir arrangierten Begegnungen, führten Gespräche; auf diese Weise änderte sich langsam unsere Wahrnehmung Deutschlands. Im Laufe der Zeit entwickelte sich auf unserer Seite eine Publizistik, die frei war von Elementen einer Irritation, die tiefere Saiten anschlug, die auf Versöhnung zielte.“

Soweit es seine Kräfte erlaubten, blieb Mazowiecki bis zu seinem Tod am 28. Oktober 2013 publizistisch sowie als politischer Berater tätig. Er erhielt zahlreiche nationale und internationale Auszeichnungen, so auch im Jahr 2000 für seinen Beitrag zur Überwindung der europäischen Spaltung das Bundesverdienstkreuz.

Anna Goc

Begegnung mit dem Doktor¹

Am 27. Januar 2015, dem 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz, wurde im ehemaligen Vernichtungslager, im deutschen Bundestag sowie in den Medien an den Holocaust erinnert und vor dem Vergessen gewarnt. In Auschwitz kamen noch einmal Überlebende des Grauens zu Wort. Beim nächsten runden Gedenktag dürfte dies nach menschlichem Ermessen nicht mehr möglich sein. Wir möchten mit Irena Jankowska-Wiśniewska das Schicksal einer einundneunzigjährigen ehemaligen Lagerinsassin vorstellen, eines der Opfer der pseudomedizinischen Experimente von Josef Mengele. Die Journalistin Anna Goc hat sie besucht, mit ihr gesprochen, ihre Aussagen zu Papier gebracht und ihre Aufzeichnungen eingesehen.

Über dem Stuhl neben dem Bett hängen Strümpfe und die Schuluniform. Sie sind neu, ebenso wie der Mantel, dessen goldene Knöpfe sich in der Dunkelheit verfärben. Die fünfzehnjährige Irena Jankowska wird sie in ein paar Tagen aus Angst, sie könnten die Aufmerksamkeit deutscher Piloten erwecken, eilig im Wald abtrennen.

Jung und diskret

Am 1. September 1939 erwacht Irena um 5.00 Uhr in der Frühe. Vom Krieg reden in der Familie bereits alle: Vater, von Beruf Polizist, Mama und ihre fünf Brüder. – Eine schwere Zeit – erinnert sie sich heute der folgenden Jahre, deren Beginn eben dieser Morgen im heimatlichen Ostrów Mazowiecka war.

Sie und ihre Altersgenossen hatten sich bis dahin für die erste im freien Polen geborene Generation gehalten. Oft sprachen sie darüber daheim, wo der Mythos der Legionen lebendig war, in der Schule, wo in jeder Klasse das Porträt des Marschalls (Piłsudski) hing. Sie lauschte Vaters Erzählungen aus seiner Jugend. Wie man im russischen Teilungsgebiet von der Schule flog, nur weil man von Polen gesprochen hatte, oder wie man der zarischen Armee einverleibt und in den Kaukasus verfrachtet wurde. Sie dachte, diese Zeit sei vorbei, und dass sie sicher seien.

Wusste sie in der ersten Septembernacht, dass sich die Geschichte wiederholt? Eher nicht. Damals ärgerte sie sich nur, dass sie die neue Uniform nicht anziehen und in die von ihr so geliebte Schule gehen konnte. Aus den Anfängen deutscher Okkupation erinnert sie sich vor allem zweier Dinge: An die Fülle von Verboten und Geboten sowie daran, dass in den Geschäften die Regale leer waren. Und noch an eines, dass der Schuldirektor zu den ersten von den Deutschen Verhafteten gehörte. Später brachte man ihn um.

Bereits nach wenigen Monaten gehört sie zum Untergrund – zum „Verband des bewaffneten Kampfes“ (Związek Walki Zbrojnej, ZWZ), der später in „Heimatarmee“

¹ Anna Goc: Spotkanie z doktorem. In: Tygodnik Powszechny, 01. 02. 2015, S. 8-10.

(Armia Krajowa, AK) umbenannt wurde. Sie verteilt in der Umgebung konspirative Nachrichten, besucht auf dem Fahrrad die umliegenden Dörfer und erhält eine Ausbildung zur Sanitäterin. Sie ist diskret. Sie ahnt, dass auch Vater und Brüder konspirativ tätig sind. Aber alle halten sich an den Grundsatz: Jeder weiß, was er zu tun hat, doch er spricht mit niemandem darüber.

Zur „Straßenbahn“ in die Szuch-Allee

Am 27. Mai 1942 werden sie gemeinsam verhaftet: Sie, Vater, der älteste Bruder, ein Onkel und eine Cousine. Auf der Liste steht ein weiterer Bruder, doch der kehrt – gewarnt – nicht nach Hause zurück. Insgesamt werden ein gutes Dutzend Personen aus ihrem Städtchen in Warschau in das deutsche Gefängnis Pawiak eingeliefert. Die erste Nacht verbringen sie gedrängt im ehemaligen Magazin. Irena sieht andere Bekannte: Nachbarn, Altersgenossen, Lehrer. Auch ihren geliebten Geschichtslehrer.

Den Menschen, der sie verriet, mochte sie nicht seitdem sie ihn kannte. Er war, wie es hieß, ein Umsiedler aus der Ukraine. Er wohnte in der Nachbarschaft und ließ sich häufig bei ihnen zu Hause blicken. Er fragte, was es so gibt, ob sie irgendwelche Informationen, irgendwelche Zeitungen haben. Er ging stets weg ohne irgendetwas. Bis zu jenem Abend.

Irena saß dem Kachelofen gegenüber. Gleich daneben glühte im Brotbackofen ein Feuer. Sie las die konspirative „Bibula“. Als sie des Nachbarn Stimme an der Tür vernahm, verbarg sie das Blatt hinter dem Rücken. Aber er hatte es bemerkt. Er fragte nach, provozierte, blieb länger als sonst. Als er sich ihr zu nähern versuchte, drückte sie die „Bibula“ in den Spalt zwischen den Öfen. An eben dieser Stelle begannen bald darauf die Deutschen ihre Durchsuchung. Später erfuhr sie, dass der Nachbar für jede ausgelieferte Person angeblich 400 Zł. erhielt.

„Heulsuse“ – so nannte sie sich selbst im Pawiak-Gefängnis. Sie weinte, als man sie abtransportierte, als sie das mit Menschen überfüllte Magazin sah und als man sie in die Zelle brachte. – Oh, eine Neue, hörte sie. Sie sah eine Frau, älter als sie, die sie durch ihre zu einer Lorgnette geformten Finger musterte. – Stimmt. Etwas Kleines. Schauen wir mal. Wohl irgendein Mikroorganismus – sagte die Frau gedehnt. Eine „Verrückte“ – dachte Irena. Gewiss, sie war dünn, sogar sehr, aber hochgewachsen.

„Nun, los, los. Trockne die Augen und lass sehen, wie sie sind. Ich kann nicht einmal sagen, ob sie schwarz, grün oder blau sind. Schließlich bist du ein gut erzogenes Mädchen, nicht so eine Heulsuse“ – ließ sich die Frau verlauten. So lernte Irena die Poetin Anna Zahorska kennen. In den folgenden Monaten war sie es, die jedes Paket mit Irena teilte, das man ihr von daheim schickte (was oft geschah). „Du bist zu dünn. Du musst essen. Ich bin alt und brauche nicht so viel“ – sagte sie stets, wenn Irena ablehnte. Sie wird auch andere Mädchen unterstützen, damit sie sich nicht in ihr Schicksal ergeben. „Sag, was hast du vor der Verhaftung gelesen.“ – „Kannst du ein Gedicht aus dem Gedächtnis rezitieren?“ – Es ging darum, unsere Gedanken von dem, was um uns

herum geschah, abzulenken. Es lag ihr nur daran, dass wir überlebten – sagt Irena Jankowska-Wiśniewska heute. Im Pawiak ängstigte sie sich besonders vor einem der deutschen Aufseher. Schön, gut gekleidet, in weißen Handschuhen und glänzenden Schuhen. Er wusste wohl um ihre Angst. So oft er konnte, kam er zu ihr, fragte nach ihrem Alter, und wenn sie antwortete, fragte er dasselbe nochmals. Und so drehte sich der Kreis, und man wusste nicht, wozu und warum. Wenn sie zu zweien gingen, wartete er schon von weitem ungeduldig. Kam sie an ihm vorbei, ließ er hinter ihr die Reitpeitsche knallen. Sie hörte sein Lachen und spürte den Händedruck von Anna Zahorska.

Als man sie im Juni 1942 mit einem Gefangenentransport zur Gestapo fuhr, sah sie durch einen Spalt die Straße. Frauen in farbigen Kleidern, Blumenverkäuferinnen auf dem Gehsteig, die Stadt im Sonnenlicht. „Die Zeit bleibt nicht stehen, das Leben geht weiter“ – dachte sie. Aus ihren Gedanken riss sie ein lautes „Aussteigen“. Sie war beim Sitz der Gestapo in der Allee Jana Chrystiana Szucha 25 angelangt. Plötzlich hörte sie eine Melodie. Schön. „Ich ging, wie verzaubert, ohne überhaupt daran zu denken, was mich hier erwartet“ – schreibt sie später in ihren Erinnerungen.

„Irena Jankowska“ – schallte es durch den Korridor, der sogenannten „Straßenbahn“. (Die Häftlinge warteten hier reihenweise auf Stühlen, bis sie drankamen.) „Du gingst hierhin und dorthin ... Du fuhrst ... Hast etwas abgegeben ...“ Sie leugnete. Als man sie zu schlagen begann, stand sie, wie die Kolleginnen geraten hatten, breitbeinig. Viel half es nicht. Im Pawiak kam sie wieder zu Bewusstsein.

Die Tochter wird Ärztin

Im August 1942 befanden sich unter den aus dem Pawiak verfrachteten Häftlingen auch ihr Vater und Anna Zahorska. „Wohin schafft man sie?“ – dachte sie, als sie sah, wie die zum Transport bestimmten Häftlinge vor der Abfahrt vom Priester die letzte Kommunion empfangen. Sie wusste, dass man den Vater während der Verhöre geschlagen hatte, dass sie sich von ihm nicht verabschieden konnte, dass sie ihn vielleicht nie wiedersehen würde.

„Öffne dies erst, wenn ich weg bin“ – sagte Anna, und drückte ihr ein Blechdöschen in die Hand. „Und denk daran, teile es mit niemandem. Du musst überleben.“ Es waren kleine Kapseln Vitamin C. Die stärkten sie natürlich. – Vielleicht habe ich dank ihrer überlebt – sagt sie. Bald darauf befand sich auch ihr Name auf der Transportliste. Am 12. Oktober 1942 verlässt sie zusammen mit einer fünfzigköpfigen Frauengruppe den Pawiak. Unter Bewachung mit dem Zug durch Tschenstochau. Über Auschwitz, das sie nach ein paar Stunden erreichen, weiß sie nichts Bestimmtes – außer dass sich dort ein deutsches Lager befindet. Aus ihrem Städtchen war ein Dutzend Männer dort eingeliefert worden; von diesem Lager hatte sie aus Briefen erfahren, die an die Familien geschickt worden waren.

Dachte sie, dass der Brief, den sie im Zug auf einen Fetzen Papier geschrieben und aus dem Fenster geworfen hatte, das heimatliche Haus erreichen werde? Schwer zu sagen. Doch die Hoffnung ließ es nicht zu, dies nicht zu tun. In Auschwitz begrüßte sie das „Arbeit macht frei“. Nacht, künstliches Lampenlicht, Hunde, ein Spalier von SS-Leuten. Den größten Eindruck machten die Hunde auf sie. – Die sollte sie ab jetzt täglich sehen, zu Füßen ihrer Herren.

Noch in dieser Nacht kamen sie ins Badehaus, wo slowakische Jüdinnen arbeiteten. Sie gaben ihre Kleidung ab. Man schor ihnen die Köpfe. Am nächsten Tag, nun in Häftlingskleidung und mit Nummern, wurden sie fotografiert. Da bemerkte sie, dass die Ärztinnen unter den Häftlingen nicht kahl geschoren wurden, sie ungetragene Häftlingskleidung erhielten und man ihnen erlaubte, im Revier, dem sogenannten Lagerkrankenhaus, zu arbeiten. „Sollte ich überleben und einmal eine Tochter zur Welt bringen, wird sie Ärztin“ – dachte sie damals.

In Block 3a, dem sie zugeteilt worden war, erkannte sie bekannte Gesichter aus dem Pawiak. Als sie nach Zahorska fragte, hörte sie: „Ich weiß nicht, ob es nicht schon zu spät ist.“ Sie fand sie noch lebend. Nur ein paar Minuten sprachen sie miteinander. „Kleines“ – flüsterte die Poetin bei ihrem Anblick. Wenige Stunden später starb sie.

Schuhe gleich Leben

Aus den ersten Lagerwochen hat sie den großen Hunger und die überschwere physische Arbeit in Erinnerung. Den ersten Laib Brot aus der Blockstube stahl ihre stets resolutere Cousine. Sie teilten ihn in sechs Portionen. Am nächsten und übernächsten Tag machte sie das gleiche. „Im Grunde tue ich dies für uns. Wir müssen im Wechsel stehlen. Jetzt bist du an der Reihe“ – gebot sie Irena.

Irena versuchte es, aber sie hatte das Gefühl, dass ihr dies nicht gelingen werde. Und so war es. Als ihr die Blockälteste ins Gesicht schlug, fiel sie fast zu Boden. Die sie ertappt hatte, sah ihre Nummer. „Lass sie. Schau. Sie ist gerade erst angekommen. Sie ist jung, sie versteht noch nichts“ – sagte sie. Das war ihre Rettung. Sie arbeitete etliche Wochen, häufig außerhalb des Lagers. Gewöhnlich beim Ausheben von Gräben und beim Balkenschleppen.

Eines Tages zeigte sich an der durch einen Splitter verletzten Hand ein roter Streifen. Man schickte sie ins Revier. Auf dem ganzen Weg dorthin weinte sie. Als man ihr die Hand mit Ichthyolsalbe einschmierte, mit einem Papierverband umwickelte und ihr befohlen hatte, wieder an die Arbeit zu gehen, weinte sie erneut den ganzen Rückweg. „Wenn sie dir befehlen, weiter zu graben, und du kannst nicht mehr, dann tue so als ob“ – riet ihr ein Häftling, ein Pole, der bei der Erweiterung des Frauenlagers arbeitete. „Wie heißt du? Hast du hier Vater oder Bruder?“ – fragte er.

Nachdem sie geantwortet hatte, schlug er vor, sich am nächsten Tag am gleichen Ort zu treffen. Sie kam. „Ich habe für dich etwas hingestellt.“ – Der Mann verwies auf einen

großen Stein. Sie bückte sich und fand vom Vater ein Paar Herrenschnürschuhe sowie einen Brief. Vater lebt! Und darüber hinaus dazu schickt er ihr Schuhe. Irena schien es, der Vater habe ihr mit diesen Schuhen zugleich das Leben geschenkt. Denn mit den Holzzlatschen, die hier jeder erhielt und die im Morast stecken blieben, konnte sie nicht gehen.

Experimente

Derweil lag das, was für sie im Lager das allerschlimmste sein sollte, immer noch vor ihr. Über das, was im November nach einem der Morgenappelle geschah, berichtet sie bruchstückhaft. Der Appell zog sich in die Länge. Als er schon zu Ende gehen sollte, kam ein deutscher Lagerarzt zu den in Fünferreihen stehenden weiblichen Häftlingen. Er lief hin und her, sah sich um und wählte zehn aus. Auch Irena.

Diese Frauen verband, dass sie jung, gesund, noch nicht ausgezehrt und erschrocken waren. Man befahl ihnen, dem Arzt zu folgen. Ihnen wurde gesagt, dass sie fortan im Revier arbeiten würden. Und dass sie zur Sicherheit gegen Typhus geimpft werden mussten. Zwei Wochen nach der angeblichen Impfung bekamen sie Fieber, Kopfschmerzen, Atemnot. Später folgten andere Symptome. Daraufhin verabreichte man ihnen Arzneien und prüfte deren Wirkung. Es handelte sich um ein Experiment, um eine an Menschen vorgenommene Medikamentenprüfung: Die Arzneien, die sich als effektiv erwiesen, waren für die Wehrmacht bestimmt.

In ihren Erinnerungen schreibt Irena: „Den 12. Januar 1943 habe ich genau im Gedächtnis behalten. Ich hatte den kritischen Zustand des Typhus bereits überwunden, lag auf der Pritsche im dritten Stock von Block 23. Plötzlich hörte ich jemanden laut meine Nummer 22524 rufen; ich höre, ja, das ist doch meine Nummer. Ich rufe: Hier bin ich, ja, das bin ich! Ich sehe ein hübsches junges Mädchen auf mich zukommen. Große blaue Augen, der Kopf voller nachgewachsener, zu Ringen gedrehter Haare, und sie trägt ein Paket.“

Nach ein paar Wochen habe ich die Krankheit überwunden – dank des polnischen Arztes, ebenfalls ein Häftling, der ihr heimlich Arzneien zusteckte. Sie beginnt, im Revier als sogenannter Schreiber zu arbeiten. Die Tätigkeit auf der Krankenstation bedeutet ein Dach über dem Kopf, eine größere Portion Suppe und geringere Erschöpfung. – Dank dem, dass ich zwei Jahre im Revier gearbeitet habe, überlebte ich das Lager – sagt sie.

Als Schreiber nimmt sie die Kranken auf, erstellt ihre Karteikarten, misst Fieber. Und gewöhnt sich an den Anblick des Todes. „Noch heute habe ich dieses Lager vor Augen. Kahl geschorene, nackte, fast am ganzen Körper mit Geschwüren bedeckte Frauen, mit wildem Ausdruck von Schmerz in den Augen, auf ihren Pritschen sitzend und Läuse tötend“ – schreibt sie in ihren Erinnerungen.

Sie kennt Dr. Josef Mengele. An die erste Begegnung mit ihm erinnert sie sich genau. Und dass sie vor seiner Visite weiße Betttücher verteilten, auf die sie sogleich gelegt wurden. Und dass die Decken entlaust wurden. Und dass die Visite nicht lange dauerte. Er ging zwischen den Betten zweimal hin und her. Beim zweiten Mal machte er auf den Karten bestimmter Frauen ein Kreuz. Nach seinem Weggang erhielten diese sogleich eine Phenolspritze ins Herz; die Leichen brachte man ins Krematorium.

Das waren Mengele – und die „Schwarze Mija“, eine Krankenschwester. Beide werden nach Verlassen des Lagers in ihren Träumen wiederkehren. Mengele mit der Phenolspritze über Irena gebeugt, und Mija mit dem Versuch, ihr die kleine Tochter aus den Händen zu reißen und in den glühenden Ofen zu werfen. „Mija“ tat dies tatsächlich.

Im Schatten des Kommunismus

Irena Jankowska war bis zum 18. Januar 1945 in Auschwitz, also bis zum Tag der „Evakuierung“ des Lagers. Dann kam der „Todesmarsch“ nach Wadowice. Von dort ging der Transport zum Frauenlager Ravensbrück. Anfang April 1945 kam sie ins norddeutsche Lager Neustadt-Grewe, das wenig später am 2. Mai von amerikanischen Truppen befreit wurde.

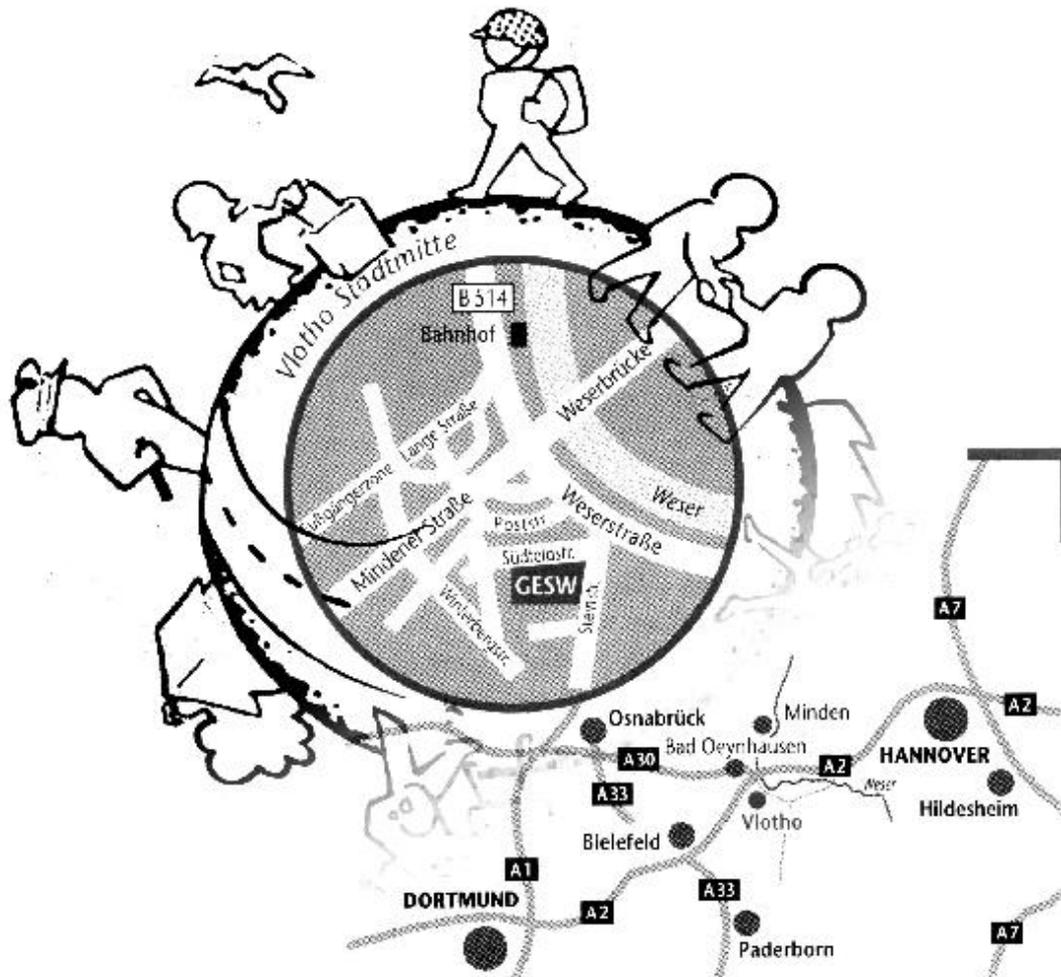
Den Bahnhof Małkinia bei Ostrów Mazowiecka erreichte sie schnell – bereits am 15. Mai; dort nahm sie ihre Mutter in Empfang. Einen Tag später kehrte ihr Bruder Hendryk heim. Vater Antoni kehrte nicht heim; Er starb noch vor Ende 1942 in Auschwitz. Nach dem Krieg nahm Irena Jankowska weder die ihr vom Geheimdienst angebotene Arbeit an, noch erklärte sie sich zur Mitarbeit bereit. Sie stand unter Bewachung. Gemeinsam mit ihrem Mann – geheiratet hatte sie gleich nach Kriegsende, auch ihr Mann gehörte der Heimatarmee an – mussten sie nach Wrocław fliehen, in die sogenannten „wiedergewonnenen Gebiete“. Wie viele andere Angehörige der Heimatarmee – in der Hoffnung, dass sich dort ihre Spur verlieren würde.

Sie verlor sich nicht. Ihr Mann wurde vom Geheimdienst verhaftet und zu neun Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Stalins Tod wurde das Strafmaß gemildert. Heute ist Irena Jankowska-Wiśniewska 91 Jahre alt. Sie wohnt mit der Familie in Warschau. Ihre Tochter Liliana ist Ärztin. Bitte, Frau Irena nicht zu viel über ihre Lagererinnerungen befragen; nach solchen Gesprächen findet sie nur schwer ihre Ruhe wieder – höre ich vor dem Treffen mit ihr von ihrer Bekannten.

Aber als wir unter uns sind, spricht sie nur vom Lager. Besonders von Menschen, dank derer sie überlebt hat.

Nur über das, was das allerschlimmste war, möchte sie nicht mehr sprechen. Sie zieht aus der Schublade einen Packen Erinnerungen in Maschinenschrift. – Besser, wenn Sie selbst darüber lesen.

GESW – Treffpunkt EUROPA



Gesamteuropäisches Studienwerk e.V. Vlotho
Südfeldstr. 2 – 4
32602 Vlotho

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 0 | Zentrale

Telefon +49 (0) 5733 9138 – 44 | Seminarbüro

Telefax +49 (0) 5733 9138 – 47

www.gesw.de | info@gesw.de